



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Die Auswirkungen der hohen Repräsentation von Frauen in Ruandas politischen Institutionen auf gender policies und die sozioökonomische Entwicklung

verfasst von | submitted by
Katharina Marie Watt BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree programme code as it appears on the student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree programme as it appears on the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Cengiz Günay

Zusammenfassung

Die Vertretung von Frauen in politischen Institutionen und die Förderung feministischer Politikansätze haben in den letzten Jahrzehnten weltweit Fortschritte gemacht. Diese Fortschritte sind jedoch uneinheitlich und können auch wieder rückgängig gemacht werden. Ruanda hat sich als führendes Land in der politischen Repräsentation von Frauen etabliert, wobei es im Jahr 2008 weltweit das erste Land war, das eine parlamentarische Mehrheit von Frauen verzeichnete. Diese Masterarbeit untersucht die Auswirkungen der starken Präsenz von Frauen in Ruandas politischen Institutionen auf die Integration feministischer Anliegen und die sozioökonomische Entwicklung des Landes. Es wird untersucht, ob diese verstärkte Beteiligung zu politischen Maßnahmen führt, die als frauenfreundlich angesehen werden können und die Gleichberechtigung und -gerechtigkeit der Geschlechter verbessert hat. Mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse wurden maßgebliche politische Dokumente und Gesetze, die von Politikerinnen initiiert wurden, untersucht. Eine deskriptive Datenanalyse und ein Vergleich der sozioökonomischen Entwicklung zwischen Ruanda und Malawi wurden durchgeführt, um festzustellen, ob es Verbesserungen bei den sozioökonomischen Faktoren gab, insbesondere solchen, die sich auf die Förderung der Geschlechtergleichstellung auswirken. Die Analysen zeigen, dass eine hohe Anzahl von Parlamentarierinnen und Ministerinnen die Inhalte politischer Maßnahmen beeinflusst. Die Kombination aus einer geschlechtersensiblen Regierungsführung und einer erstarkten Frauenbewegung nach dem Genozid 1994 schuf optimale Bedingungen für die hohe Repräsentation von Frauen und die daraus resultierenden politischen Maßnahmen und Gesetze.

Abstract

The representation of women in political institutions and the promotion of feminist political approaches have made progress worldwide in recent decades. However, this progress is uneven and can be subjected to rollbacks. Rwanda has established itself as a leader in women's political representation, becoming the first country in the world to have a parliamentary majority of women in 2008. This master's thesis examines the impact of the strong presence of women in Rwanda's political institutions on the integration of feminist policies in policymaking and on the socio-economic development of the country. It analyses whether this increased participation leads to policies that can be considered women-friendly and have improved gender equality and equity. Key policy documents and laws initiated by women politicians were analysed through a qualitative content analysis. A descriptive data analysis and a comparison of socio-economic development between Rwanda and Malawi was conducted to determine whether there were improvements in socio-economic factors, especially those that have an impact on gender equality. The analyses shows that a high number of female parliamentarians and ministers influence the content of political measures. The combination of a gender-sensitive Government and a strengthened women's movement following the genocide 1994 created optimal conditions for the high representation of women and this in turn had an impact on policies and laws.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	ii
Abbildungsverzeichnis	iii
1. Einleitung	1
1.1. Forschungsfrage und Vorgehensweise	3
1.2. Selbstpositionierung	4
2. Methoden	5
3. Theoretischer Rahmen	9
3.1. Repräsentation von Frauen in politischen Institutionen	10
3.1.1. Frauenquoten	15
3.1.2. Autokratische Systeme	18
3.2. Gendermainstreaming	19
3.3. Soziale Geschlechternormen	23
3.4. Gender policies	26
4. Repräsentation von Frauen in Ruandas politischen Institutionen	28
4.1. Ruandas politische Lage vor dem Genozid	28
4.2. Genozid	29
4.3. Frauenorganisationen	31
4.4. Regierungspartei (RPF)	34
4.5. Politische Institutionen	37
4.5.1. Parlament	37
4.5.2. Kabinett	39
4.5.3. Gender Machinery	40
5. Qualitative Inhaltsanalyse	43
5.1. Gendermainstreaming	44
5.2. Patriarchale Gesellschaftsformen und soziale Geschlechternormen	47
5.3. Prioritäten der gender policies	51
5.3.1. Economic empowerment und Zugang zu Ressourcen	51
5.3.2. Armutsbekämpfung	54
5.3.3. Gender Based Violence	57
6. Sozioökonomische Entwicklung Ruandas	60
6.1. Gesundheit und Reproduktionsgesundheit	60
6.2. Gender Based Violence	64
6.3. Bildung	66
6.4. Wirtschaftliche Teilhabe und Chancen	71
7. Fazit	78
8. Literaturverzeichnis	82

Abkürzungsverzeichnis

CAP	Campaign Action for Peace
ECOSOC	Economic and Social Council
EDPRS	Economic Development and Poverty Reduction Strategy
GBV	Gender Based Violence
GMO	Gender Monitoring Office
GNI	Gross national income
IPU	Inter-Parliamentary Union
MIGEPROF	Ministry of Gender and Family Promotion
MDG	Millenium Development Goals
NGOs	Non-governmental organizations
NWC	National Womens Council
PFA	Platform for Action
PR	Proportional representation
RPF	Rwandan Patriotic Front
RWPF	Rwandan Women Parliamentarian Forum
SDG	Sustainable Development Goals
UN	United Nations
UNDP	United Nations Development Programme

Abbildungsverzeichnis

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: Ausgewählte Dokumente für die qualitative Inhaltsanalyse	7
Tabelle 2: Frauenanteil der Abgeordnetenversammlung im ruandischen Parlament 1965 bis 2016.	38
Tabelle 3: Frauen in Minister*innen Positionen in Ruanda von 2008 bis 2019	39

Verzeichnis der Graphen

Abbildung 1: Geburtenrate bei Jugendlichen Ruanda.....	60
Abbildung 2: Geburtenrate bei Jugendlichen Vergleich Ruanda -Malawi	62
Abbildung 3: Müttersterblichkeitsrate Vergleich Ruanda-Malwi.....	63
Abbildung 4: Körperliche Gewalt durch einen Partner Ruanda Malawi Vergleich.....	64
Abbildung 5: Einschulungsrate in die Sekundarstufe II Ruanda	67
Abbildung 6: Einschulungsrate in die Sekundarstufe II Malawi	68
Abbildung 7: Hochschulbildung in Ruanda	69
Abbildung 8: Hochschulbildung Malawi	70
Abbildung 9: GNI Frauen und Männern Ruanda.....	72
Abbildung 10: Armutsquote bei 1,90 Dollar pro Tag in Ruanda.....	73
Abbildung 11: Erwerbsarmutsquote in Ruanda	74
Abbildung 12: Erwerbsarmutsquote in Malawi	74
Abbildung 13: Erwerbsquote Ruanda	75
Abbildung 14: Anteil der Geschlechter in Managementpositionen in Ruanda.....	76

1. Einleitung

Die Diskussion über die Vertretung von Frauen in politischen Institutionen und die Förderung feministischer Politikansätze war in den letzten Jahrzehnten von Fortschritten geprägt. Dennoch muss sie immer wieder neu verhandelt werden, insbesondere nach dem Wechsel politischer Parteien und Regierungen. Im kommenden Jahr wird die Beijing Declaration und Platform for Action ihr 30-jähriges Jubiläum feiern. Diese Erklärung, die 1995 von 189 Staaten auf der vierten Weltfrauenkonferenz unterzeichnet wurde, markiert einen bedeutenden Meilenstein in der Förderung der Frauenrechte und der Integration feministischer Anliegen in den Mainstream (vgl. ESCWA 2020). Die Plattform legt eine Agenda für Regierungen, internationale Organisationen, die Zivilgesellschaft und den Privatsektor fest, um die Menschenrechte von Frauen zu schützen und sicherzustellen, dass die Geschlechterfrage in allen nationalen, regionalen und internationalen Politiken und Programmen berücksichtigt wird (vgl. ebd.). Die Declaration hat somit weltweit die Aufmerksamkeit auf die Gleichheit und Gerechtigkeit der Geschlechter und die politische Repräsentation von Frauen als Ziel hervorgehoben.

Ruanda hat sich als das Land hervorgetan, das die größten Fortschritte in der politischen Repräsentation von Frauen gemacht hat. Ebenfalls Unterzeichner der Beijing Declaration erreichte Ruanda im Jahr 2008 einen historischen Meilenstein, indem es weltweit das erste Land wurde, das eine parlamentarische Mehrheit von 56 % Frauen verzeichnete (vgl. IPU Parline 2023). Bis zur Wahl im Jahr 2013 stieg dieser Anteil auf beeindruckende 64 % (vgl. ebd.). Ruanda hat damit erfolgreich das Ziel einer hohen Repräsentation von Frauen in politischen Entscheidungspositionen erreicht, während der globale Durchschnitt trotz eines signifikanten Anstiegs in den letzten Jahren immer noch bei 27 % liegt (vgl. Statistisches Bundesamt 2024). In meiner Masterarbeit beabsichtige ich, durch die Analyse spezifischer politischer Maßnahmen zu untersuchen, inwieweit feministische Politiken durch die hohe Repräsentation von Politikerinnen umgesetzt wurden und welche Auswirkungen sich daraus auf die sozioökonomische Entwicklung des Landes und die Gleichberechtigung der Geschlechter ergeben haben. Die hohe Präsenz von Frauen in den politischen Institutionen Ruandas stellt ein einzigartiges Forschungsfeld dar. Der historische Kontext des Genozids im Jahr 1994 und die sich daraus ergebenden politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen stellen ebenfalls einen bedeutsamen Hintergrund dar. Dieser Kontext ist von zentraler Bedeutung für die Analyse des Einflusses politischer Parteien und zivilgesellschaftlicher Frauenorganisationen hinsichtlich der Erreichung hoher Repräsentation sowie der Umsetzung von Genderpolitiken und Gesetzen.

In der vorliegenden Arbeit werden verschiedene Facetten der politischen Repräsentation und Partizipation von Frauen untersucht und dementsprechende Literatur und Theorien herangezogen, die diskutiert werden. So untersucht Mona Lena Krook (2008) die Motive hinter der Einführung von Frauenquoten in verschiedenen Ländern weltweit und deren potenzielle Auswirkungen auf die Rolle von Frauen als politische Akteure und als Gruppe. Sie kommt zu dem Schluss, dass trotz unterschiedlicher Beweggründe von politischen Parteien für die Einführung von Quoten diese konkreten Gewinne für Frauen im politischen Bereich bewirken können (vgl. Krook 2008: 361). Jedoch werden laut Elgie und Delvin (2008) Studien zu Frauenquoten oft anhand von Ländern des globalen Nordens durchgeführt und es gibt weniger detaillierte Analysen für Länder in Subsahara-Afrika, die sich mit dem Handeln von Politikerinnen in ihren gewählten Ämtern und Positionen sowie den daraus resultierenden Auswirkungen beschäftigen (vgl. Elgie & Delvin 2008: 239). Ruanda bietet daher ein relevantes Fallbeispiel, als ein Land in Subsahara-Afrika, das eine Frauenquote und eine Mehrheit an Frauen im Parlament aufweist.

Darüber hinaus wird die Diskussion zu den Auswirkungen einer hohen Repräsentation von Frauen in dieser Arbeit unter anderem anhand von Drude Dahlerups Theorien geführt, die mit der Critical-Mass-Theorie einen bedeutenden Beitrag zur Diskussion über die Teilhabe von Frauen in Parlamenten und Entscheidungspositionen geleistet hat. Sie etablierte die Annahme, dass eine 30-prozentige Beteiligung von Frauen in politischen Institutionen ausschlaggebend ist, um signifikante Veränderungen herbeizuführen (vgl. Dahlerup 1988: 276). In der Literatur wird zwischen symbolischer und inhaltlicher Repräsentation unterschieden, um die verschiedenen Auswirkungen einer hohen Frauenrepräsentation in politischen Institutionen zu beschreiben. Ein beträchtlicher Teil der vorhandenen Literatur konzentriert sich auf die symbolische Repräsentation, also darauf, wie sich eine hohe Anzahl von Frauen in Entscheidungs- und Machtpositionen auf die Wahrnehmung von Frauen in der Gesellschaft auswirkt und mögliche positive Auswirkungen für Frauen mit sich bringt. Hingegen ist die Anzahl spezifischer Analysen zur inhaltlichen Repräsentation, den Auswirkungen auf Gender-Policies und Gesetze sowie deren Einfluss auf die soziale Entwicklung eines Landes deutlich begrenzter. Diese Konzepte wurden von Hanna Pitkin in ihrem Buch "Politics of Presence" (1995) diskutiert und dienen auch als Grundlage für diese Arbeit. Kontextspezifische Forschungen wurden unter anderem von Esther Duflo und Raghavendra Chattopadhyay (2001) durchgeführt, in denen die Auswirkungen von weiblichen Lokalpolitikerinnen in Indien auf die Prioritäten politischer Maßnahmen erforscht wurden. Sie konnten einen positiven Effekt auf die Partizipation von weiblichen Bewohnerinnen an politischen Inhalten und Forderungen

feststellen (Chattopadhyay&Duflo 2001: 12). Jennie E. Burnet (2019) konnte Auswirkungen einer erhöhten Anzahl von Frauen im ruandischen Parlament auf die Wahrnehmung von Frauen in Entscheidungspositionen in der Gesellschaft feststellen. Jedoch betont sie, dass die bloße Anwesenheit von Frauen nicht automatisch sicherstellt, dass Frauenrechte vorrangig behandelt werden (vgl. Burnet 2019: 8).

Für diese Forschung wurde der Zeitraum 2008 bis 2018 gewählt. Im Jahr 2008 fanden parlamentarische Wahlen in Ruanda statt. Diese führten zum weltweit ersten Parlament mit einer Frauen-Mehrheit. Bei den darauffolgenden Wahlen im Jahr 2013 konnte die Anzahl an Frauen im Parlament noch weiter erhöht werden. Der Forschungszeitraum betrachtet und analysiert somit zwei Legislaturperioden: 2008 bis 2013 und 2013 bis 2018 (vgl. Government of Rwanda). Zusätzlich zur Bewertung der Auswirkungen auf politische Maßnahmen und Gender-Politiken werden in dieser Arbeit auch die Auswirkungen auf sozioökonomische Faktoren in Ruanda untersucht. Das Ziel ist es festzustellen, ob der hohe Frauenanteil in Ruanda positive Effekte auf die wirtschaftliche Teilhabe, Bildung, Gesundheitsversorgung und Gender Based Violence (GBV) hatte und somit zur Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter beigetragen hat. Dazu wird ein Ländervergleich mit Malawi durchgeführt, einem ostafrikanischen Land, das ähnliche demografische, wirtschaftliche und politische Merkmale wie Ruanda aufweist, jedoch einen deutlich niedrigeren Frauenanteil in politischen Ämtern verzeichnet. Hierdurch soll geprüft werden, ob eine Korrelation zwischen dem hohen Frauenanteil im Parlament und einer Verbesserung der sozioökonomischen Kategorien besteht und diese plausibel als kausal betrachtet werden kann.

1.1. Forschungsfrage und Vorgehensweise

Die Arbeit orientiert sich an den folgenden formulierten Forschungsfragen, die als Leitlinien für die Analyse dienen:

- 1) Hat sich die hohe Repräsentation von Frauen in Ruandas politischen Institutionen positiv auf gender policies ausgewirkt?
- 2) Wie wirkt sich die hohe Repräsentation auf die sozioökonomische Entwicklung in Ruanda aus?

Die Struktur und Methodik der Arbeit sind wie folgt konzipiert: Anhand einer Fallstudie wird die Entwicklung der Genderpolitiken Ruandas im Zeitraum von 2008 bis 2018 untersucht. In Kapitel zwei wird die Methode der Arbeit erläutert. Hierbei wird auf die Vorgehensweise der Inhaltsanalyse der policies sowie der quantitativen Analyse der sozioökonomischen Faktoren

und den Ländervergleich eingegangen. Kapitel drei setzt den theoretischen Rahmen der Arbeit, der die wissenschaftliche Sichtweise auf das Thema Repräsentation von Frauen in politischen Institutionen und dessen Auswirkung auf gender policies diskutiert und eingrenzt. Hierbei wird vor allem auf die symbolische und inhaltliche Repräsentation eingegangen. Das Thema wird anhand von feministischer Literatur und Modellen von feministischen Theoretiker*innen behandelt. Kapitel vier widmet sich einer Literaturrecherche, um herauszuarbeiten, wie es zu der hohen Repräsentation von Frauen in Ruanda kam. Dabei wird der historische Kontext beleuchtet und der Einfluss politischer Parteien sowie zivilgesellschaftlicher Frauenbewegungen analysiert. In Kapitel fünf werden mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse vier bedeutende politische Dokumente und Gesetze untersucht, die sich in diesem Zeitraum mit der Umsetzung bzw. Erreichung von Geschlechtergleichheit befassen und von Politikerinnen initiiert wurden. Die Dokumente werden sowohl anhand der im theoretischen Rahmen erarbeiteten Kriterien als auch hinsichtlich präsender Themenbereiche in den politischen Dokumenten selbst analysiert. In einem weiteren Schritt, in Kapitel sechs, erfolgt eine Untersuchung der sozioökonomischen Entwicklung Ruandas mithilfe einer deskriptiven Datenanalyse und eines Ländervergleichs mit Malawi. Dabei werden die Themenbereiche, die in der qualitativen Inhaltsanalyse identifiziert wurden, daraufhin überprüft, ob es zu Verbesserungen in sozioökonomischen Faktoren gekommen ist, insbesondere solchen, die eine positive Entwicklung für Frauen bewirken konnten.

1.2. Selbstpositionierung

Das Studium der internationalen Entwicklung zeichnet sich durch eine kritische Reflexion globaler Machtstrukturen aus, die einen wesentlichen Bestandteil des Schreibprozesses dieser Masterarbeit darstellt. Mir ist bewusst, dass meine Perspektive durch meinen westlich sozialisierten kulturellen Hintergrund und meinen eigenen Erfahrungen geprägt ist und daher möglicherweise nicht alle Facetten der Realität widerspiegelt. Insbesondere im Kontext dieser Masterarbeit geht es unter anderem um die Nachwirkungen kolonialer Herrschaft auf Gesellschaftsformen, soziale Normen und Konflikte in einem ehemals kolonialisiertem Land. Dabei ist es von Bedeutung, meine eigene Position als Forscherin zu reflektieren. Durch mein Studium der Internationalen Entwicklung und meinen Erfahrungen in Subsahara-Afrika, bin ich mir meiner Privilegien in dieser Welt bewusst. Als weiße Europäerin bin ich durch meinen Geburtsort in eine privilegierte Position hineingeboren und im sogenannten globalen Norden aufgewachsen, der stark von globalen Machtverhältnissen profitiert. Ich bin mir bewusst, dass ich aufgrund meiner Herkunft und Privilegien nur begrenzt in der Lage bin, die Realitäten und

Erfahrungen von Menschen in Ländern, die von den Auswirkungen des Kolonialismus und den daraus resultierenden Konflikten betroffen sind, vollständig zu erfassen.

Mein Interesse am Thema der Repräsentation von Frauen in politischen Institutionen und den Auswirkungen auf Inhalte und Maßnahmen zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit entspringt meinen Erfahrungen, als Frau in einer Gesellschaft zu leben, die von patriarchalen sozialen Normen geprägt ist. Die globalen Bemühungen von Frauenorganisationen und Politiker*innen der letzten Jahrzehnte haben zu bedeutenden Verbesserungen der Repräsentation und Rechte von Frauen geführt. Als Feministin und Forscherin interessiert mich insbesondere, wie Frauen diese Fortschritte erzielt haben und welche politischen und sozialen Kontexte dafür ausschlaggebend sind. Besonders interessant ist dabei Ruanda, das als erstes Land weltweit mit einer Mehrheit von Frauen im Parlament eine internationale Vorreiterrolle einnimmt. Obwohl ich mich aktiv für die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit und Frauenrechten einsetze, bin ich mir bewusst, dass ich als Forscherin aus dem globalen Norden nur begrenzt in der Lage bin, die komplexen Dynamiken vollständig zu erfassen, mit denen Frauenorganisationen und Politikerinnen in Ruanda konfrontiert waren und sind.

2. Methoden

Die Qualitative Inhaltsanalyse wird anhand einer *deduktiven* sowie einer *induktiven* Kategorienbildung durchgeführt. Hierzu werden Definitionskriterien festgelegt, die sich aus der Forschungsfrage ableiten und theoretisch begründet sind. Diese Kriterien bestimmen, welche Aspekte im Material berücksichtigt werden und leiten die Durchsicht der Dokumente anhand dieser Aspekte an (vgl. Mayring 2000: 4). Das Ziel besteht darin, die expliziten und impliziten Informationen des Datenmaterials unter Berücksichtigung ihres sozialen Kontexts und Bedeutungsfeldes zu deuten (vgl. Bortz&Döring 2002: 329). Im Fokus steht die Erklärung der analysierten Phänomene, die Identifikation von Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen und die Ableitung von Hypothesen (vgl. Borchardt&Göthlich 2009: 43).

In Bezug auf die Methodik dieser Forschung wird insbesondere auf Philipp Mayring Bezug genommen, der betont, dass eine qualitative Inhaltsanalyse einer theoretischen Leitlinie folgen sollte (vgl. Mayring 2010: 13). Der Schwerpunkt liegt nicht nur auf der bloßen Zusammenfassung eines Textes, sondern vielmehr darauf, das Material anhand einer präzisen definierten Fragestellung zu analysieren. Die Ergebnisse werden im Kontext der

entsprechenden Theorie interpretiert und sämtliche Analysephasen von theoretischen Überlegungen geleitet (ebd.: 13).

Die Inhaltsanalyse ist als eine schlussfolgernde Methode zu betrachten. Ziel ist es, durch Aussagen über das zu analysierende Material Schlussfolgerungen zu spezifischen Aspekten der Kommunikation zu ziehen. Dabei werden Erkenntnisse über den ‚Sender‘, wie beispielsweise dessen Absichten, oder über die Wirkungen beim ‚Empfänger‘ abgeleitet (vgl. Mayring 2010: 13). Im Fokus dieser Forschung stehen die Absichten des ‚Senders‘, insbesondere hinsichtlich der weiblichen Politikerinnen im ruandischen Parlament und in der ruandischen Exekutive. Das Ziel besteht darin, durch die Inhaltsanalyse Einblicke in die inhaltliche Repräsentation zu gewinnen.

Die qualitative Inhaltsanalyse orientiert sich an den folgenden Fragen:

- 1) Werden Konzepte wie Gendermainstreaming und soziale Geschlechternormen aktiv in die politischen Richtlinien integriert, um Geschlechtergleichstellung und -gerechtigkeit zu fördern?
- 2) Welche konkreten inhaltlichen Schwerpunkte und Prioritäten werden in den politischen Richtlinien gesetzt?

Durch die Analyse der Dokumente sollen Erkenntnisse darüber gewonnen werden, wie sich die vermehrte Präsenz von Frauen in den politischen Institutionen Ruandas auf die Implementierung von Geschlechter-Politiken auswirkt. Es wird ebenfalls untersucht, ob diese gestärkte Beteiligung zu politischen Maßnahmen führt, die als frauenfreundlich betrachtet werden können. Welche spezifischen Prioritäten setzen Politikerinnen im Kontext der Geschlechtergleichheit? Kann von einer inhaltlichen Repräsentation gesprochen werden, und wenn ja, aus welchen Themenbereichen besteht diese inhaltliche Repräsentation?

Die qualitative Sozialforschung bietet eine Methodik, bei der sich das Interesse auf die Analyse sozialer Strukturen konzentriert sowie auf das Bestreben, die Handlungskontexte von Individuen möglichst umfassend zu untersuchen (vgl. Mayring 2010: 33).

Auswahl des Textmaterials

Das Textmaterial der qualitativen Inhaltsanalyse besteht aus vier Dokumenten, die im Zeitraum 2008-2018, ruandische politische Dokumente in Bezug auf gender ausmachen.

Dokument	Datum der Veröffentlichung
National Gender Policy	Juli 2010
National Policy against Gender-Based Violence	Juli 2011
National Strategic Plan for Fighting Against Gender-based Violence 2011-2016	Juli 2011
GMO Strategic Plan 2011-2016	2011

Tabelle 1: Ausgewählte Dokumente für die qualitative Inhaltsanalyse

Außerdem wird das *GBV Law* (2008), in die Analyse einbezogen. Die Betrachtung erfolgte unter Einbeziehung entsprechender Literatur.

Kategorien

Die Kategorien wurden sowohl durch deduktive als auch induktive Verfahren entwickelt. Die Bildung der Kategorien richtet sich stark nach der Fragestellung und dem theoretischen Rahmen dieser Arbeit. Im theoretischen Rahmen dieser Arbeit wurde festgelegt, welche Aspekte im Material berücksichtigt werden sollen, und das Material wurde schrittweise dahingehend durchgearbeitet. Zusätzlich wurde durch ein induktives Verfahren inhaltliche Schwerpunkte in den Dokumenten identifiziert, die in den Dokumenten besonders präsent waren und somit in den Kategorisierungsprozess einbezogen wurden. In der Analyse erfolgte die Bewertung und Einordnung dieser Themen und eine Verknüpfung mit relevanter Literatur. Unter Berücksichtigung der Theorie wurden die nachfolgenden Kategorien entwickelt.

Deduktive Kategorien

In den Unterkapiteln des theoretischen Rahmens werden die deduktiven Kategorien *Gendermainstreaming* und *soziale Geschlechternormen* genauer untersucht und anhand der Literatur diskutiert. Die Kategorie *Gendermainstreaming* stellt eine maßgebliche Strategie dar, um Geschlechtergleichstellung zu realisieren. In den Dokumenten wird die strategische Bedeutung von Gendermainstreaming im Kontext der Bemühungen Ruandas, die Geschlechtergleichstellung zu fördern, genauer untersucht.

Die Kategorie *Soziale Geschlechternormen* konzentriert sich insbesondere auf patriarchalische Normen und Strukturen sowie deren Einfluss auf die Geschlechtergleichstellung. Es wird untersucht, inwieweit das patriarchale System in den politischen Richtlinien reflektiert und berücksichtigt wird. Dies stellt einen entscheidenden Aspekt dar, insbesondere wenn politische Maßnahmen Veränderungen hinsichtlich Geschlechtergleichstellung und -gerechtigkeit

bewirken sollen. In Kapitel 3.2. und 3.3. wird erläutert, warum diese beiden Aspekte als Kategorien festgelegt wurden und welche Bedeutung sie für die Analyse der politischen Maßnahmen haben.

Induktive Kategorien

Die induktiven Kategorien entstanden auf Basis des untersuchten Materials. Der Fokus liegt auf den Hauptzielen der politischen Maßnahmen: Welche Themen werden am häufigsten angesprochen, und welche erlangten während Phasen erhöhter politischer Repräsentation von Frauen in Regierung und Parlament besondere Aufmerksamkeit in den politischen Richtlinien und Gesetzen? Die Oberkategorie trägt den Titel *Prioritäten der policies* und wird durch Unterkategorien entsprechend den behandelten Themen untergliedert. Die qualitative Inhaltsanalyse der politischen Maßnahmen zielt darauf ab zu untersuchen, wie sich die gesteigerte Repräsentation von Frauen in der Regierung und im Parlament auf die Strategien und Inhalte politischer Maßnahmen in Ruanda ausgewirkt hat.

In Kapitel sechs wird anhand einer deskriptiven Datenanalyse die sozioökonomische Entwicklung Ruandas im Zeitraum 2008 bis 2028 analysiert. Ziel ist es zu untersuchen, ob sich die hohe Anzahl an weiblichen Politikerinnen positiv auf sozioökonomische Faktoren und die Geschlechtergleichberechtigung in Ruanda ausgewirkt haben. Für die Analyse werden Daten des *Gender Development Index*, *Gender Inequality Index*, *SDG-Indexe*, *ILOSTAT* und der *World Bank* verwendet. Die Datenanalyse der sozialen Entwicklung wird anhand der Bereiche *Gesundheit und Reproduktionsgesundheit*, *Gender Based Violence*, *Bildung* sowie *wirtschaftliche Teilhabe und Chancen* durchgeführt.

Die quantitative Analyse der zeitlichen Entwicklungen erlaubt, die Plausibilität einer kausalen Beziehung zwischen der erhöhten Repräsentation von Frauen und den umgesetzten policies zu erhärten. Damit überprüft werden kann inwiefern die sozioökonomischen outcomes kausal auf die policies und die Repräsentation zurückgeführt werden können, wird anhand der *method of difference* ein Ländervergleich durchgeführt. Hierfür wird ein Land ausgewählt, welches sehr ähnliche Faktoren zu Ruanda aufweist, sich aber in dem Punkt der Frauenrepräsentation unterscheidet. Die Daten zur sozialen Entwicklung der Länder werden hierfür in verschiedenen Bereichen verglichen. Im folgenden Zitat erläutert Bob Hancke (2009) den Ansatz der "method of difference":

„In the method of difference you select two cases that are similar in every relevant characteristic except for two, the first being the outcome that you are trying to explain

(the 'dependent variable') and the second what you think explains this outcome (the 'independent variable')" (Hancke 2009: 73).

Für den Ländervergleich wurde Malawi gewählt, da es sich um ein ostafrikanisches Land handelt, welches Ähnlichkeiten bezüglich der Demografie, der wirtschaftlichen Situation und dem Spektrum an politischen Parteien zu Ruanda aufweist, jedoch einen deutlich geringeren Anteil an Frauen in politischen Positionen besitzt. Diese Aspekte sind laut Bob Hancke (2009) für die *method of differences* ausschlaggebend (vgl. Hancke 2009: 76). Außerdem weist die Verfassung von Malawi aus dem Jahr 1994 im Gegensatz zu Ruanda keine Quoten und gesetzlichen Bestimmungen auf, um die Vertretung von Frauen in Wahlgremien zu gewährleisten (vgl. Amundsen&Kayuni 2016: 10). Die Präsenz von Frauen im malawischen Parlament betrug 2008 13% und stieg bis 2018 auf 16,7%. In Bezug auf Ministerinnen sank der Anteil von 23,8% im Jahr 2008 auf 16,7% im Jahr 2019 (vgl. IPU Women in Politics 2024). Diese Zahlen zeigen eine klare Diskrepanz in der Repräsentation von Frauen in Schlüsselpositionen der Politik im Vergleich zu Ruanda, wo Frauen eine höhere Präsenz haben und maßgeblich an der Entwicklung und Umsetzung politischer Maßnahmen beteiligt sind. In Malawi bleibt der Anteil von Frauen in politischen Ämtern weiterhin unter der als kritisch angesehenen Schwelle von 30%, wie sie von der critical mass Theorie definiert wird. Diese Schwelle wird als entscheidend betrachtet, um substantielle Veränderungen durch die Präsenz weiblicher Politikerinnen zu bewirken (vgl. Dahlerup 1988: 276). Der Ländervergleich dient dazu, die Hypothese zu untersuchen, ob eine signifikante Anzahl von Frauen in politischen Institutionen, die über 30% hinausgeht, tatsächlich bedeutende Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter und der Förderung sozioökonomischer Belange von Frauen bewirken kann.

3. Theoretischer Rahmen

Im ersten Unterkapitel werden verschiedene Repräsentationsmodelle und -theorien mit einem Fokus auf die Arbeiten von Anne Philips, Hanna Pitkin sowie Karen Beckwith und Kimberly Cowell-Meyers diskutiert. Die Einführung von Frauenquoten, insbesondere in autokratischen politischen Strukturen und das Konzept des Gendermainstreaming und sozialen Geschlechternormen, werden beleuchtet. Anschließend wird auf die Definitionen und Sichtweisen von gender policies eingegangen. Der theoretische Rahmen wird von der Frage geleitet, inwiefern Repräsentation in der Theorie diskutiert wird, welche Konzepte für eine hohe Repräsentation notwendig sind und was unter gender policies verstanden wird. Die folgenden Unterkapitel geben ebenfalls einen Einblick in das aktuelle Forschungsfeld und den Stand der

wissenschaftlichen Studien über Repräsentation von Frauen in politischen Institutionen, Strategien und Konzepte zur Erreichung von gender equality und dessen Auswirkungen auf politische Maßnahmen.

3.1. Repräsentation von Frauen in politischen Institutionen

Für das Verständnis von Repräsentation in politischen Institutionen orientiere ich mich für die vorliegende Arbeit an Anne Phillips und ihrem Buch 'The Politics of Presence' (1995) und zahlreichen weiteren Autor*innen, die ihre Arbeit aufgegriffen und weiterentwickelt haben. Phillips wurde gewählt, da sie einen Grundstein zu der wissenschaftlichen Diskussion von Repräsentation aus feministischer Sicht gelegt hat.

Laut Phillips (1995) wird die Vertretung von Gruppeninteressen in politischen Institutionen häufig mit einer spiegelbildlichen oder beschreibenden Vertretung gleichgesetzt, die nur den ersten Schritt auf dem Weg zu dem größeren Ziel einer inhaltlichen oder interessenbasierten Vertretung darstellt (vgl. Phillips 1995: 6). Die Diskussion, welche Personen in politische Ämter gewählt werden und welche Eigenschaften Politiker*innen haben, ist von Bedeutung, da für eine Repräsentation der Gesellschaft eine Heterogenität wichtig ist (vgl. ebd.: 5). Die Unterrepräsentation von bestimmten sozialen und marginalisierten Gruppen stellt sich in vielen politischen Institutionen als Problem heraus, das durch Reformen behoben werden soll. Wenn ein Parlament diverser wird und Frauen eine höhere Teilnahme und Repräsentation in Regierungen erreichen, spricht man von dem ersten Schritt einer *symbolischen Repräsentation*. Diese stellt nur den ersten Schritt auf dem Weg zu dem größeren Ziel einer *inhaltlichen Repräsentation* dar. Eine inhaltliche Repräsentation beschreibt Maßnahmen, die (von Frauen) ergriffen werden, um Entscheidungen in einem politischen System zu beeinflussen oder zu treffen (vgl. Mageza-Barthel 2015: 36).

Phillips greift Hanna Pitkins Arbeit auf, die sich ebenfalls mit den Modellen der symbolischen und inhaltlichen Repräsentation beschäftigt. Gemäß Phillips sieht Pitkin die inhaltliche Repräsentation im Vergleich zur symbolischen Repräsentation als ein überlegenes Modell an (vgl. Phillips 1995: 4). Jedoch merken Elizabeth Pearson und Elizabeth Powley (2008) an, dass durch die Argumentation für eine stärkere Präsenz von Frauen in der Gesetzgebungspolitik, die Trennung der symbolischen und inhaltlichen Repräsentation in Frage gestellt werden sollte, und vielmehr der Frage nachgegangen, inwiefern eine symbolische Repräsentation zu einer verbesserten inhaltlichen Repräsentation führen kann (vgl. Pearson&Powley 2008: 13). Laut den Autorinnen befassen sich Studien über den Einfluss von Frauen auf das politische Umfeld meist mit drei großen Kategorien: Folgen für die Regierungskultur, Folgen für die

Gesetzgebungsagenden und Folgen für die Gesetzgebungsverfahren (vgl. ebd.: 13). Für die vorliegende Forschung sind die Auswirkungen einer hohen Repräsentation auf die Gesetzgebungsagenden und die daraus resultierenden Folgen auf sozioökonomische Faktoren von Interesse.

Symbolische Repräsentation

Das Konzept der *symbolischen Repräsentation* kann in politischen Institutionen, in denen eine Gruppe der Geschlechter ausgeschlossen wird und in der Minderheit ist, hilfreich sein, damit existierende Hierarchien von Macht herausgefordert werden (vgl. Phillips 1995: 39-40). Phillips argumentiert, dass die Inklusion der bis dahin ausgeschlossenen Personen und Gruppen von Bedeutung ist, auch wenn die erhöhte Repräsentation keine wahrnehmbaren Konsequenzen oder Veränderungen auf zukünftige politische Maßnahmen hat. Die symbolische Repräsentation strebt danach, notwendige Inklusion zu fördern und bisherige Ausgrenzung umzudrehen. Darüber hinaus sollen bestehende Denkmuster bezüglich einer bestimmten sozialen Gruppe, die bisher als weniger geeignet für die Führung angesehen wurde, aufgebrochen werden (vgl. ebd.: 40).

Die symbolische Repräsentation in politischen Institutionen trägt primär dazu bei, dass die Präsenz von Frauen in Regierungen und Parlamenten zur Normalisierung der Vorstellung führt, dass Frauen Politikerinnen, Regierungsbeamte und Führungskräfte sein können und somit die kulturelle und gesellschaftlichen Wahrnehmung von Frauen beeinflusst (vgl. Pearson&Powley 2008: 14). Die Forschung zur symbolischen Repräsentation fokussiert sich deshalb primär auf die Folgen für die Regierungskultur innerhalb von Parlamenten, Parteien und der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Frauen in Entscheidungs- und Machtpositionen.

Claire Devlin und Robert Elgie (2008) haben beispielsweise in ihrer Studie die Effekte der symbolischen Repräsentation auf die Regierungskultur in Ruanda untersucht. Interviews mit Parlamentarier*innen haben ergeben, dass die Solidarität zwischen männlichen und weiblichen Abgeordneten zugenommen hat, nachdem die Anzahl der weiblichen Politikerinnen anhand einer Frauenquote maßgeblich erhöht wurde (vgl. Devlin&Elgie 2008: 250). Phillips kritisiert jedoch, dass eine symbolische Repräsentation (Umkehr von einer männerdominierten Politik) keine Garantie für die vollständige und faire Repräsentation der Bedürfnisse und Interessen von Frauen ist. Zusätzlich sieht sie die Gefahr eines *essentialist grounding*, dass alle Frauen alle Frauen repräsentieren könnten (vgl. Phillips 1995: 54). Hier muss kritisch hinterfragt werden, inwiefern eine hohe Repräsentation von Frauen die Bedürfnisse von allen gesellschaftlichen Schichten repräsentieren und folglich politische Maßnahmen formulieren, die diesen

Bedürfnissen entsprechen. An diese Diskussion schließen die Autorinnen Karen Beckwith und Kimberly Cowell-Meyers (2007) an und argumentieren, dass sich Themen, die Frauen betreffen, nach Faktoren wie Ort und Zeit differenzieren (vgl. Beckwith&Cowell-Meyers 2007: 554).

Interessant ist, inwiefern sich eine symbolische Repräsentation in eine inhaltliche Repräsentation entwickeln kann und welche Faktoren hierfür wichtig sind bzw. ab wann inhaltliche politische Maßnahmen zur Erreichung von Geschlechtergerechtigkeit umgesetzt werden. So wird der Einfluss einer bestimmten Anzahl an gewählten Frauen im Rahmen der *critical mass* Theorie diskutiert. In dieser Theorie, die ausschlaggebend durch Drude Dahlerups (1988) Arbeit zur politischen Repräsentation und Beteiligung von Frauen geprägt wurde, wird eine 30-prozentige Repräsentation als die Schwelle angenommen, ab der Politikerinnen in der Lage sind, in männerdominierten Kontexten Veränderungen zu bewirken (vgl. Dahlerup 1988: 276). Der Begriff der *critical mass* stammt aus der Kernphysik und bezieht sich auf die erforderliche Menge, um eine Kettenreaktion auszulösen, die einen unumkehrbaren Beginn einer neuen Situation oder eines neuen Prozesses bewirkt (vgl. Rendel 1987, nach Dahlerup 1988: 275-276). In Bezug auf politische Repräsentation wird argumentiert, dass ein qualitativer Wandel eintritt, wenn der Frauenanteil in einer Organisation 30 Prozent übersteigt und auch eine bedeutende Minderheit Veränderungen bewirken kann, selbst wenn sie immer noch in der Minderheit ist (vgl. Dahlerup 1988: 276). Dieser prozentuale Anteil von Frauen in politischen Institutionen soll die Wahrscheinlichkeit und Formulierung einer frauenfreundlichen Politik erhöhen. Kritik an der *critical mass* Theorie besagt jedoch, dass die symbolische Repräsentation nicht in jedem Kontext automatisch zu einer verbesserten inhaltlichen Repräsentation führen muss (vgl. Beckwith&Cowell-Meyers 2007: 553). Es wird zunehmend argumentiert, dass der allgemeine Anteil weiblicher Politikerinnen und das Erreichen einer ‚kritischen Masse‘ nicht zwangsläufig automatisch zu einer stärkeren inhaltlichen Vertretung von Frauen führen, sondern vielmehr davon abhängen, welche Frauen vertreten sind (vgl. Chaney 2012: 441).

Inhaltliche Repräsentation

Eine inhaltliche Repräsentation bedeutet, dass die Beteiligung von Frauen an Entscheidungsstrukturen zu politischen Maßnahmen führt, die frauenfreundlich sind. Beckwith und Cowell-Meyers (2007) definieren die inhaltliche Repräsentation als [...] „*women-friendly policy outcomes*“ (Beckwith&Cowell-Meyers 2007: 560). Unter einer inhaltlichen

Repräsentation wird somit die Förderung der Interessen von Frauen durch den politischen Entscheidungsprozess und gemessen an politische Agenden oder Gesetzesvorhaben, die den Schutz oder die Rechte und Interessen von Frauen stärken verstanden (vgl. Bauer&Burnet 2013: 104).

Paul Chaney (2012) argumentiert, dass die Frage was als *women-friendly* gilt, ein Punkt der Diskussion in der Forschung ist (vgl. Chaney 2012: 445). In seiner ‚Studie Critical Actors vs. Critical Mass: The Substantive Representation of Women in the Scottish Parliament‘ setzt Chaney in Anbetracht dessen in seiner Analyse der ausgewählte Debattenbeiträge von Politikerinnen thematische Schwerpunkte, die in bereits bestehenden Studien als solche identifiziert wurden und die die besonderen Perspektiven und Probleme von Frauen aufzeigen. Dazu gehören die Themen Lohngleichheit, Geschlecht und Strafjustiz, Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt, häusliche Kinderbetreuung, reproduktive Gesundheit und die gleichberechtigte Repräsentation von Frauen (vgl. ebd.: 445).

In der Studie ‚Women as policy makers‘ (2001), durchgeführt von Raghavendra Chattopadhyay und Esther Duflo, wurden die Auswirkungen der Führungsrolle von Frauen auf politische Entscheidungen untersucht. Die Studie kam zu der Erkenntnis, dass die Identität von Entscheidungsträger*innen einen maßgeblichen Einfluss auf die Entscheidungen von politischen Maßnahmen hat und eine unterschiedliche Themen- Priorisierung zwischen Männern und Frauen ergeben (vgl. Chattopadhyay&Duflo 2001: 12). Am Beispiel Indiens zeigte sich die hohe Priorisierung bei weiblichen Entscheidungsträgerinnen für die Gesundheit von Kindern und Infrastruktur, die mit Wasserbeschaffung zusammenhängt:

[...] *“women invest more in infrastructure that is directly relevant to the needs of rural women (water, fuel, and roads), while men invest more in education. Women are more likely to participate in the policy-making process if the leader of their village council is a woman”* (Chattopadhyay&Duflo 2001: 1).

Chattopadhyay und Duflo konnten in ihrer Forschung eine maßgebliche Erhöhung von Frauen, die sich mit Forderungen und Bitten an den Dorfrat wanden, wenn dieser weiblich war feststellen. Laut den Forscherinnen steht dieses Ergebnis im Einklang mit der Vorstellung, dass die politische Kommunikation durch die Tatsache beeinflusst wird, dass Bürger und Politiker das gleiche Geschlecht haben (vgl. Chattopadhyay&Duflo 2001: 16-17). Die Erhöhung von Politikerinnen hatte somit eine positive Auswirkung auf die politische Partizipation von Frauen. In diesem Fallbeispiel wird auch deutlich, dass Maßnahmen umgesetzt worden sind, die mit der

direkten Lebenswelt der Entscheidungsträgerinnen zu tun haben und dass Veränderungen in diesen Bereichen angestrebt worden sind (vgl. ebd.: 17).

Zwar stützen empirische Belege und die *critical mass* Theorie die Behauptung, dass sich die Anzahl der in politische Ämter gewählten Frauen positiv auf eine frauenfreundliche öffentliche Politik auswirken kann, jedoch muss der Kontext, in dem die gewählten Frauen agieren, berücksichtigt werden (vgl. Beckwith&Cowell-Meyers 2007: 556-557). Laut Beckwith und Cowell-Meyers haben Politikerinnen die besten Chancen, inhaltliche Politiken zu initiieren und umzusetzen, wenn die folgenden zwei Kontexte gegeben sind:

1) Der parlamentarische Kontext inkludiert die in der Regierung aktive Partei und ebenso, wie sicher deren fester Stand im Parlament ist. Dies kann sich auf die Wahrscheinlichkeit auswirken, dass das Parlament eine frauenfreundliche öffentliche Politik macht. Die Literatur über die Repräsentation von Frauen in der öffentlichen Politik ist sich einig, dass vor allem linke Parteien zur Förderung von Frauenfragen, insbesondere was die Rechte von Themen wie Abtreibung und Scheidung betrifft, beitragen (vgl. ebd.: 557). Die Einstellung zur Gleichstellung der Geschlechter und die politische Ideologie und Einordnung einer Partei spielt somit eine entscheidende Rolle, da politischen Parteien die Rolle der ‚Gatekeeper‘ zugeschrieben wird, wenn es um die Nominierung und Wahl von Frauen für Positionen in politischen Institutionen geht (vgl. Bieber 2022: 95).

2) Im zivilgesellschaftlichen Kontext hält eine aktive feministische Bewegung einen Platz inne, der die Anliegen von Frauen artikuliert und auf gesetzgeberische Maßnahmen drängt, und somit ein wichtiger Faktor sein kann, um inhaltliche Repräsentation zu erreichen. Starke Frauenbewegungen können Politiker*innen in politischen Institutionen bestärken, deren politischen Agenden anzunehmen und umzusetzen (vgl. Beckwith&Cowell-Meyers 2007: 557-558). Beckwith und Cowell-Meyers betonen, dass besonders erfolgreiche Kontexte eine Verschmelzung von Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft mit den günstigen politischen Bedingungen etablierter oder linker Regierungen bieten, die durch eine bedeutende Anzahl von Frauen repräsentiert werden. (vgl. Beckwith&Cowell-Meyers 2007: 560).

Zusammenfassen kann gesagt werden, dass sowohl der parlamentarische wie auch der zivilgesellschaftliche Kontext in Bezug auf die Repräsentation von Frauen in politischen Institutionen und der Umsetzung von politischen Maßnahmen eine wichtige Rolle spielen. Für die vorliegende Forschung wird hierfür in Kapitel vier eine genauere Analyse der Kontexte in Ruanda durchgeführt.

Laut der Studie ‚Breaking down gender biases - shifting social norms towards gender equality‘ (2023) kann eine Beteiligung von Frauen im Parlament und in der Exekutive dazu führen, dass neue Anliegen auf politischer Ebene diskutiert werden, und dies schließt die Einführung geschlechtsspezifischer Gesetze mit ein (vgl. UNDP 2023: 18). Durch diese vermehrte Vertretung können Aspekte, die insbesondere Frauen betreffen, besser in den politischen Diskurs einfließen und somit zu einer ausgewogeneren und geschlechtergerechteren Gesetzgebung beitragen (vgl. ebd.: 18).

Das obige Unterkapitel hat den Zusammenhang von unterschiedlichen Repräsentationsmodellen in Bezug auf Frauen in politischen Institutionen diskutiert. Zusätzlich wurden Theorien, deren Faktoren und Kontexte, die ausschlaggebend sind, vorgestellt. Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, welche Maßnahmen und Strategien es gibt, damit Frauen in Entscheidungs- und Handlungspositionen gelangen. Des Weiteren wird eine theoretische Auseinandersetzung über Frauenquoten präsentiert, die genauer darauf eingeht, warum es Frauenquoten gibt, wer sie unterstützt und welche Kritik an diesem Instrument geäußert wird.

3.1.1. Frauenquoten

Die Frauenquote ist eine Strategie, die Regierungen und Parteien zur Verbesserung der politischen Vertretung von Frauen einsetzen können (vgl. Dahlerup 1988: 277). Die niedrige Zahl von Frauen in der Politik hat zu Maßnahmen geführt, die von politischen Parteien eingesetzt werden, um die Zahl an gewählten Frauen zu erhöhen (Philips 1995: 57). Frauenquoten wurden erstmals in skandinavischen und afrikanischen Ländern in den 1970er Jahren eingeführt. So beinhaltete beispielsweise die erste demokratische Wahl des African National Congress in Südafrika eine Quote für Frauen, die Kandidatinnen für die Mandate auswählte (ebd. 57).

Laut der Inter-Parliamentary Union (IPU), eine weltweite Organisation nationaler Parlamente, gegründet 1889, existieren Frauenquoten für Regierungen und nationale Parlamente in allen Regionen der Welt und haben in über 130 Ländern erhebliche Auswirkung auf die Anzahl von Frauen in nationalen Parlamenten. Folglich wählen Länder mit gesetzlichen Geschlechterquoten deutlich mehr Frauen ins Parlament als ihre Pendanten ohne Quoten. In den oberen Kammern betrug der Unterschied im Jahr 2018 17 Prozentpunkte (33,2 % gegenüber 16,2 % Frauen) (vgl. IPU-Report 2019: 2). Frauenquoten haben somit einen erheblichen

Einfluss auf die Zahl an Politikerinnen und sind laut Sarah Bush und Pär Zetterberg (2021) eine der signifikantesten institutionellen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte (vgl. Bush & Zetterberg 2021: 1). Von 1995 bis 2019 hat sich die Anzahl von Frauen in Parlamenten weltweit deutlich erhöht. Der Weltdurchschnitt lag im Jahr 2019 bei 24,3 %, während dieser noch im Jahr 1995 11,3 % betrug (vgl. IPU-Report 2019: 2). Frauenquoten stellen somit ein ausschlaggebendes Instrument zur Erhöhung von Frauen in politischen Institutionen da.

Die hohe Anzahl von Frauenquoten und deren Einführung in vielen Ländern und Weltregionen zeigt laut Mona Lena Krook (2008) eine Entwicklung, die daraufhin deutet, dass Staaten begonnen haben, Quoten als eine entscheidende staatlich geführte Strategie zur Einbeziehung von Frauen in das öffentliche Leben und damit zur Förderung feministischer Ziele zur Verbesserung des allgemeinen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Status von Frauen zu erkennen (vgl. Krook 2008: 346).

Befürworter*innen einer Geschlechterquote haben ein 30-prozentiges Ziel in verschiedenen Formen übernommen, unter anderem in der Aktionsplattform von Peking aus dem Jahr 1995, die besagt, dass 30 Prozent aller Entscheidungspositionen von Frauen besetzt werden sollten. Staaten, die Quoten zur Erhöhung des Frauenanteils in der Regierung einführen, orientieren sich häufig an dem Mindestanteil von 30 Prozent, der weibliche Entscheidungsträgerinnen festlegt (Pearson & Powley 2008: 12).

Drude Dahlerup (2007) bewertet die Einführung von Frauenquoten in politischen Institutionen aus einer feministischen Sichtweise. Zielvorgaben und Ziele festzulegen, die auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis in politischen Institutionen abzielen, werden laut der Autorin von Feminist*innen, die in Frauenbewegungen aktiv oder in öffentlichen Gleichstellungsbehörden beschäftigt sind, befürwortet und als unerlässlich angesehen. Befürworter*innen von Quoten argumentieren, dass sowohl historisch als auch in der heutigen Gesellschaft die Chancen für Frauen nie wirklich gleich sind, solange männliche Standards die Normen für die meisten Wettbewerbe sind. Folglich werden positive Maßnahmen als notwendig erachtet (vgl. Dahlerup 2007: 75).

Die Anerkennung der Frauenquote ist jedoch auch unter feministischen Autor*innen umstritten. Obwohl ein Konsens darüber besteht, dass diese notwendig sind, um Frauen in Positionen zu bringen, argumentiert Frigga Haug, dass "die Quotenpolitik (bezogen auf Deutschland) weitgehend erfolglos war" (Haug 2007: 12). Mit dieser Aussage bezieht sich Haug darauf, dass die Frauenquote zwar die Zahl der politischen Repräsentation von Frauen (symbolische Repräsentation) erhöht hat, jedoch die grundlegende Ungerechtigkeit und Benachteiligung von

Frauen in der Gesellschaft, wie zum Beispiel in Lohnfragen, Karrierefragen oder Rentenregelungen, sich nicht wesentlich verändert haben (vgl. Haug 2007: 14). Antonie Katharina Nord kritisiert ebenfalls, dass auch Frauenquoten in Subsahara-Afrika nicht zwangsläufig zu einer tatsächlichen Teilhabe von Frauen an der Macht und zur Schaffung von Entscheidungsspielräumen für Frauen geführt hat. Insbesondere in autoritären oder semiautoritären Regimen, in denen das Parlament nur begrenzten politischen Einfluss hat und die Zivilgesellschaft eingeschränkt ist, kann eine Frauenquote allein nicht dazu führen, dass sich gesellschaftliche Machtverhältnisse ändern (vgl. Nord 2012: 7).

Verschiedene Arten von Frauenquoten

Laut IPU haben verschiedene Arten von Quoten in politischen Institutionen unterschiedliche Auswirkungen auf die Anzahl von gewählten Frauen. Parlamente, die eine 30-prozentige Quote eingeführt haben, erreichen eine deutlich höhere Anzahl von Frauen als Parlamente, die keine Quoten eingeführt haben. Länder, die eine Geschlechterparität als Ziel gesetzt haben, (50% Frauen) sind noch effektiver (vgl. IPU Report 2019: 2). Drei Arten von Quoten kommen in politischen Institutionen zum Einsatz: Parteienquoten, reservierte Plätze und gesetzliche Quoten (vgl. Krook 2008: 346). Die Einführung von Frauenquoten wurde insbesondere anhand von skandinavischen Ländern in mehreren Studien untersucht. Zwei Aspekte haben sich laut Claire Devlin und Robert Elgie (2008) besonders hervorgetan: Erstens haben die Politikerinnen ‚Frauenthemen‘ zu einem umfassenderen Thema der Gleichstellung der Geschlechter neu formuliert. Zweitens wandelten sie die Forderung nach einer Vertretung von Frauen in eine Forderung für eine umfassendere Demokratie (vgl. Devlin&Elgie 2008: 239).

Amanda Clayton und Pär Zetterberg beschäftigen sich in ihrer Studie ‚Quota Shocks: Electoral Gender Quotas and Government Spending Priorities Worldwide‘ (2018) mit Geschlechterquoten und deren Auswirkungen auf Regierungsbudgets. In der empirischen Studie finden die Autor*innen einen Zusammenhang zwischen einem starken Anstieg des Frauenanteils in der parlamentarischen Vertretung und steigende Staatsausgaben für öffentliche Gesundheit. Die Ergebnisse liefern starke Beweise, dass eine Quotenpolitik die Prioritäten von Regierungen in historisch feminisierten Politikbereichen beeinflusst, allerdings hauptsächlich dann, wenn Frauenquoten beibehalten werden und erhebliche numerische Folgen haben (vgl. Clayton&Zetterberg 2018: 1). Die Frauenquote als Mittel die Repräsentation von Frauen zu erhöhen kann sich positiv auf die inhaltliche Repräsentation in Form von *policy outcomes* auswirken. In der Studie wird außerdem festgestellt, dass der Anstieg der Gesundheitsausgaben durch relative Rückgänge bei den Militärausgaben und anderen Ausgabenkategorien

ausgeglichen wird (vgl. Clayton&Zetterberg 2018: 4). Diese Ergebnisse werden durch Forschungen z.B. von Chattopadhyay und Duflo (2001) bestätigt, die eine Erhöhung der öffentlichen Gesundheitsausgaben für Kinder in Indien nachweisen konnte (vgl. Chattopadhyay &Duflo 2001: 2). Veränderungen in den Ausgaben sind besonders dort zu verzeichnen, wo Quoten eine große Auswirkung auf die Anzahl von weiblichen Politikerinnen hatte und somit die bisherigen Muster der Überrepräsentation von Männern erheblich durchbrechen konnte (vgl. Clayton&Zetterberg 2018: 5).

3.1.2. Autokratische Systeme

Bei der Diskussion über Frauenquoten und die Repräsentation in politischen Institutionen gibt es verschiedene Beteiligte und Beweggründe für die Einführung von Frauenquoten. Insbesondere im Zusammenhang mit autokratischen politischen Systemen und Regierungen werden die Beweggründe für eine Einführung von Quoten in der Literatur diskutiert.

Akteur*innen, die sich für Quoten einsetzen, sind beispielsweise zivilgesellschaftliche Frauenbewegungen wie auch Parteien und Regierungen mit unterschiedlichen Motiven. Der parlamentarische, wie auch zivilgesellschaftliche Kontext spielt in der Umsetzung der Quoten, wie Beckwith und Cowell-Meyers im Zusammenhang mit der inhaltlichen Repräsentation argumentiert haben, eine wichtige Rolle. Eine engagierte Zivilbevölkerung oder eine starke und etablierte Regierung sind ausschlaggebend, damit Frauenquoten eingeführt werden und die Repräsentation von Frauen erhöht wird (vgl. Beckwith&Cowell-Meyers 2007: 560).

Sarah Sunn Bush und Pär Zetterberg (2021) haben Frauenquoten in Zusammenhang mit politischen Eliten, insbesondere autokratischen Regierungen, untersucht. Aufgrund der Stärkung globaler Normen im Zusammenhang mit Quoten und der Gleichstellung der Geschlechter ist die Einführung von Geschlechterquoten eine Strategie, die politische Eliten in Wahlautokratien anwenden können, um den Ruf ihrer Länder als demokratisch zu verbessern und gleichzeitig andere Einschränkungen der politischen Freiheit beizubehalten (vgl. Bush&Zetterberg 2021: 327). Empirische Analysen haben ergeben, dass die Einführung von Frauenquoten eine weit verbreitete Strategie von Wahlautokratien ist, ihren Ruf zu verbessern (vgl. ebd.: 327). Wahlautokratien können die Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter strategisch nutzen, um Ziele zu erreichen, die mit einem besseren Ruf verbunden sind, wie zum Beispiel zur Sicherung ausländischer Hilfe und anderer materielle Ressourcen, die sie für ihre Stabilität benötigen (vgl. ebd.: 329). In Regierungssystemen unter Ein-Parteien

Systemen kann es dazu kommen, dass sich Politikerinnen verpflichtet fühlen, der Parteienlinie treu zu bleiben. Diese Verpflichtung kann dazu führen, dass geplante geschlechtergerechte Gesetzgebungen nicht umgesetzt werden (vgl. Elgie&Devlin 2008: 240).

Die jüngsten politischen Erfolge von Frauen in afrikanischen Parlamenten können auf verschiedene Faktoren wie Veränderungen in den Wahlinstitutionen, Demokratisierung, wirtschaftliche Entwicklung, die zunehmende Bildung und Erwerbsbeteiligung von Frauen, der Aufstieg linksgerichteter politischer Parteien, zunehmender internationaler Druck seitens der UN und verschiedener regionaler Organisationen zurückgeführt werden (vgl. Hughes&Tripp 2015: 1514). Eine Besonderheit ist der hohe Anteil von Frauen in politischen Institutionen in afrikanischen Ländern, die einen Bürgerkriegshintergrund haben. So hatten im Jahr 2010 Frauen in afrikanischen Post-Konflikt-Ländern durchschnittlich 27 Prozent der Parlamentssitze inne, während es in den übrigen Ländern nur 14 Prozent waren (vgl. ebd.: 1514). Die Zeit nach einem Bürgerkrieg ist laut Hughes und Tripp (2015) in vielen afrikanischen Ländern ausschlaggebend für die institutionelle Entwicklungen wie beispielsweise in Ruanda gewesen. In der Phase nach Konflikten und Kriegen kommt es oft zu einer neuen Konstitution und Regierung. Es bietet sich eine Neuorientierung und Chance, neue Regeln in der Gesellschaft und Politik einzubringen und umzusetzen. Auch die Rolle von Frauen innerhalb der Gesellschaft verändert sich durch Kriege, etwa durch eine Teilhabe an den Kämpfen und einer neuen Wahrnehmung innerhalb der Gesellschaft (vgl. ebd.: 1515).

Anschließend an die Diskussion über Frauenquoten in politischen Institutionen und dem Verständnis von symbolischer und inhaltlicher Repräsentation, wird im Folgenden auf das Gendermainstreaming als Strategie zur Umsetzung von Geschlechtergleichstellung eingegangen.

3.2. Gendermainstreaming

Seit den 1990er Jahren wird das Gendermainstreaming als ein maßgebliches Instrument zur Erreichung der Gleichstellung von Geschlechtern eingesetzt. Viele Regierungen und Länder haben Gendermainstreaming als eine offizielle Strategie angenommen und richten ihre Vorgehensweisen danach aus (vgl. King 2002: 1). Gendermainstreaming spielt eine entscheidende Rolle in der Erörterung der Implementierung von Geschlechterpolitiken und ist daher ein wesentlicher Aspekt dieser Forschungsarbeit.

Gendermainstreaming wird als ein Instrument eingesetzt, mit dem Ziel, Frauen und Männer in allen Bereichen der Gesellschaft gleichermaßen zu beteiligen. Die Gleichstellung der

Geschlechter soll in alle Ressorts des politischen Handelns einbezogen werden und somit alle Gesetze, Programme und Projekte mit einem Blick auf Chancengleichheit entwickelt und konzipiert werden (vgl. Notz 2007: 8).

Platform for Action

Gendermainstreaming wurde im Jahr 1995 als ein Instrument der globalen Gleichstellungspolitik auf der vierten Weltfrauenkonferenz in Beijing unter der ‚Platform for Action‘ (PFA) proklamiert und in Folge von den Vereinten Nationen sowie auch anschließend von der Europäischen Union übernommen (vgl. Haug 2007: 12). In verschiedenen UN-Publikationen wird auf die Notwendigkeit verwiesen, die Genderperspektive durchgehend zu berücksichtigen (vgl. Purkarthofer 2004: 21). Die PFA hat keinen verbindlichen völkerrechtlichen Charakter, sondern stützt sich bei der Umsetzung auf das Engagement der Regierungen und ermutigt nichtstaatliche Akteure, seinen Empfehlungen zu folgen (vgl. Mageza-Barthel 2015: 23). Viele Regierungen nehmen das Gendermainstreaming jeher als Leitprinzip ihrer Regierungsarbeit auf. Im Bereich der Gleichberechtigung umfasst das Konzept die gesamte Gesellschaft, wie durch den Schwerpunkt des Gendermainstreaming auf die Einbeziehung und Verpflichtung von Männern als Akteuren deutlich wird (vgl. Notz 2007: 9).

Der Economic and Social Council (ECOSOC) der Vereinten Nationen definiert Gendermainstreaming folgendermaßen:

“Mainstreaming a gender perspective is, P.P. the process of assessing the implications for women and men of any planned action, including legislation, policies or programmes, in all areas and at all levels. It is a strategy for making women’s as well as men’s concerns and experiences an integral dimension of the design, implementation, monitoring and evaluation of policies and programmes in all political, economic and societal spheres so that women and men benefit equally and inequality is not perpetuated. The ultimate goal is to achieve gender equality” (King 2002: 1).

Die offizielle und internationale Anerkennung der Strategie durch die Vereinten Nationen hat Auswirkungen auf einer globalen Ebene, denn Länder weltweit können die Gendermainstreaming-Ratifizierung in ihre Regierungsprogramme aufnehmen. Die Definition des ECOSOC macht deutlich, dass sich das Gendermainstreaming auf die Programme und policies fokussiert. Ziel ist es, auf allen Ebenen gesellschaftliche Bereiche mit einer Gender-Linse zu betrachten und in politische Maßnahmen einzubinden. Das Mainstreaming dient ebenfalls dazu, Gleichstellungsfragen in den Mittelpunkt von Analysen und politischen

Entscheidungen zu rücken (vgl. King 2002: 6). Die UN macht deutlich, dass Gendermainstreaming für die Sicherung der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit von Frauen und Männer ein primäres Ziel darstellt. Die Strategie kann jedoch auch in der Entwicklungspolitik angewendet werden, indem sie durch die Einbeziehung der Geschlechterperspektive in verschiedenen Bereichen die effektive Erreichung sozialer und wirtschaftlicher Ziele sicherstellen soll (vgl. ebd.: 9). Die Vereinten Nationen betonen, dass Männer und Frauen gleichermaßen von einem Entwicklungsprozess profitieren und teilhaben sollen, deshalb ist die Empfehlung, Entwicklungspolitiken, Ziele und Programme unter dem Aspekt des Gendermainstreaming zu gestalten. Dies kann laut King (2002) zu Umstrukturierungen und Veränderungen in Organisationen, Strukturen und auch Kulturen führen, damit ein Umfeld geschaffen werden kann, welches die Gleichstellung der Geschlechter fördert (vgl. ebd.: 9).

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen ist ein wichtiges Grundprinzip der PFA der Weltfrauenkonferenz in Beijing 1995, bei der die Grundlagen des Gendermainstreamings verankert wurden. Gemäß Mageza-Barthel (2015) hat die Konferenz nicht nur darauf abgezielt, Diskriminierung zu verbieten. Sondern die Beteiligung von Frauen am öffentlichen Leben anzuerkennen, ebenso wie die sozialen Faktoren, die Machtbarrieren aufbauen. Die Staaten wurden ermutigt, mehr Frauen in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, die ihr eigenes Leben betreffen. Nach Ansicht der Autorin ist die Erhöhung des Frauenanteils in Machtpositionen und Entscheidungsprozessen eine bedeutende positive Maßnahme. Die Annahme dabei ist, dass Frauen, wenn sie an den Entscheidungen und Prozessen teilnehmen, die sie betreffen, politische Ergebnisse und Maßnahmen beeinflussen können, die ihren Bedürfnissen gerecht werden (vgl. Mageza-Barthel 2015: 24). Aus dieser Überlegung heraus entstanden Empfehlungen, in denen eine Parität in den Entscheidungsstrukturen angestrebt wird, und ein Ziel von 30 % als notwendig erachtet wird. Außerdem wurde das Gendermainstreaming im Einklang mit der *Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women* (CEDAW) als institutionelles Instrument zur Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter vorgeschlagen (vgl. Mageza-Barthel 2015: 24). Die Beteiligung von Delegationen aus afrikanischen Ländern, darunter Ruanda, spielte eine entscheidende Rolle bei der Festlegung der Themen, die auf der Weltfrauenkonferenz 1995 erörtert wurden. Obwohl es in den internationalen Beziehungen Machtungleichgewichte gab und Kritik an einem eurozentrischen Ansatz bei internationalen Geschlechterkonventionen laut wurde, haben Teilnehmer*innen aus dem Globalen Süden maßgeblich die Ergebnisse der Konferenz und des Aktionsplans geprägt (vgl. ebd.: 26).

Internationale Richtlinien können erheblichen Einfluss auf die Inhalte und Normen lokaler sowie nationaler Maßnahmen haben. Im Fall von Ruandas haben sich die UN-Normen besonders deutlich auf die Rechte der Frauen ausgewirkt, insbesondere in Bezug auf ihre wirtschaftlichen und politischen Rechte (vgl. Mageza-Barthel 2015: 12). Nach dem Genozid von 1994 musste die ruandische Gesellschaft einen umfassenden Wiederaufbau durchführen, wobei Frauen eine bedeutende Rolle beim Wiederaufbau spielten und ihre Rechte, die sowohl vor als auch während des Genozids stark beschnitten waren, im Fokus standen. Laut Mageza-Barthel (2015) haben die internationalen Strategien die ruandischen Befürworter*innen der Geschlechtergleichstellung dabei unterstützt, die Kodifizierung der Frauenrechte in den verschiedenen Phasen des ruandischen Transformationsprozesses nach dem Konflikt voranzutreiben, indem sie formell angenommen und informell an den lokalen Kontext angepasst wurden. Somit waren die Geschlechternormen der UN und die transnationale Geschlechterpolitik zentrale Ereignisse, um die herum die nationale Geschlechterpolitik in Ruanda nach dem Genozid aufgebaut wurde (vgl. Mageza-Barthel 2015: 12).

Diese institutionellen Instrumente hatten direkte Auswirkungen auf die neue Konstitution Ruandas, die im Jahr 2003 eine 30 %-Frauenquote für Parlamentarier*innen festgelegt hat (vgl. ebd.: 105). Die *Platform for Action* hatte somit unmittelbaren Einfluss auf die Präsenz von Frauen in den politischen Institutionen Ruandas sowie auf die Etablierung von Gendermainstreaming als Strategie und Instrument.

Kritik am Gendermainstreaming

Feministische Autor*innen sehen das Gendermainstreaming als Instrument zur Umsetzung der Gleichstellung der Geschlechter allein jedoch nicht als ausreichend an. Damit GM in Organisationen und Politikfeldern umgesetzt werden kann, braucht es Zugang zu diesen Institutionen und Entscheidungspositionen, die, so Notz, durch Quotierungen ergänzt werden müssen (vgl. Notz 2007: 9). Kritik wird an dem Konzept insbesondere wegen einer fehlenden Festsetzung von Kriterien, um Fortschritte zu evaluieren, sowie fehlender Sanktionsmaßnahmen geäußert (vgl. Purkarthofer 2004: 23). Außerdem gestaltet sich die Umsetzung der UN-Geschlechternormen aufgrund ihres *soft*-Charakters oftmals als herausfordernd (vgl. Mageza-Barthel 2015: 27). Zusätzlich wird ein fehlender Fokus auf Themen wie dem Abbau der Einkommensunterschiede oder Anreize für die Möglichkeit von Vaterschaftsurlaub kritisiert. Zwar bringt das Gendermainstreaming eine Sensibilisierung für Fragen der Geschlechterverhältnisse mit sich, jedoch herrscht oftmals Ungewissheit, inwiefern Programme aus einer Genderperspektive neu zu strukturieren seien (vgl. Purkarthofer 2004:

25). Eine Hauptkritik an diesem Ansatz lautet, dass die Fokussierung auf Gender Mainstreaming oft dazu führt, dass die Strategie selbst mehr Aufmerksamkeit erhält als konkrete Maßnahmen zur Lösung realer Probleme. Dadurch werden die Ziele von Gender Mainstreaming auf technische Aspekte reduziert, während die feministischen Bemühungen um sozialen Wandel vernachlässigt werden (vgl. Toledo et. al 2023: 351). Außerdem werden verschiedene Bedenken hinsichtlich der Umsetzung von GM aus dem globalen Süden geäußert, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass die Top-down-Anwendung von GM-Strategien nicht immer die Vielfalt der Kontexte und der Geschichte der Geschlechterbeziehungen in den verschiedenen Ländern berücksichtigt (vgl. ebd.: 351).

Das vorige Unterkapitel hat das Konzept des Gendermainstreamings definiert und dessen Ziele und Kritik beleuchtet. Es wird deutlich, dass Gendermainstreaming ein Instrument ist, welches durch internationale Deklarationen Auswirkungen auf die Politiken und politischen Maßnahmen von nationalen Regierungen hat. Jedoch wird das Konzept auch durch eine mangelhafte Durchsetzung und Klarheit in der Umsetzung kritisiert. Für die Masterarbeit ist es unter anderem von Interesse, inwiefern der Einsatz von Gendermainstreaming in nationalen Kontexten inhaltliche Politiken beeinflusst.

3.3. Soziale Geschlechternormen

Die Debatte über die Gleichberechtigung der Geschlechter wird maßgeblich von sozialen Geschlechternormen beeinflusst. Das European Institut for Gender Equality definiert Geschlechternormen folgendermaßen:

Standards and expectations to which women and men generally conform, within a range that defines a particular society, culture and community at that point in time (EIGE 2024).

Soziale Geschlechternormen sind kulturell geprägte Vorstellungen davon, wie Frauen und Männer sich verhalten sollten. Diese Normen werden früh im Leben internalisiert und können zu einem lebenslangen Prozess der Sozialisation führen, der Geschlechterstereotypen verstärkt (vgl. EIGE 2024). Die Existenz patriarchaler Strukturen behindert die Verwirklichung von Gleichberechtigung und Gerechtigkeit, was wiederum zu Gewalt gegen Frauen, Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt sowie Einschränkungen bei der Teilhabe und Selbstbestimmung führt. Laut einer Studie der UNDP ‚Breaking Down Gender Biases: Shifting social norms towards gender equality‘ (2023) manifestieren sich soziale Geschlechternormen sowohl durch den Sozialisationsprozess als auch durch Institutionalisierung (vgl. UNDP 2023:

14). Während Kinder heranwachsen, werden sie in die umgebenden Geschlechternormen, Erwartungen und damit verbundenen Verhaltensweisen sozialisiert. Diese Einflüsse stammen aus verschiedenen Quellen wie Schulen, Arbeitsplätzen, religiösen Institutionen und den medialen Darstellungen von Geschlecht. Ein weiterer bedeutender sozialer Prozess, der dabei eine Rolle spielt, ist die Institutionalisierung, denn soziale Geschlechternormen sind oft fest in institutionelle Strukturen eingebettet (vgl. ebd.: 14). Geschlechtsspezifische Vorurteile sind ein weltweit verbreitetes Problem, da diese Vorurteile für alle Regionen, Einkommensschichten und Kulturen gelten und somit ein globales Problem sind. Voreingenommene geschlechtsspezifische soziale Normen – die Unterbewertung der Fähigkeiten und Rechte von Frauen in der Gesellschaft – schränken die Wahlmöglichkeiten und Chancen von Frauen ein. Die drastischen Auswirkungen, die soziale Normen auf Frauen haben, wird in vielen Bereichen deutlich. So sind heutzutage die durchschnittlichen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern stärker mit geschlechtsspezifischen Sozialnormen korreliert als mit Bildungsunterschieden (vgl. ebd.: 3).

Außerdem verbringen Frauen in Ländern mit einer stärkeren Verzerrung der sozialen Geschlechternormen mehr Zeit als Männer - bis zu sechsmal so viel - mit Haus- und Pflegearbeit (vgl. UNDP 2023: 3). Vorurteile sind sowohl bei Männern als auch bei Frauen weit verbreitet, was darauf hindeutet, dass diese Vorurteile tief in der Gesellschaft verankert sind und weit verbreitete soziale Normen widerspiegeln. Diese Vorurteile und soziale Normen erstrecken sich über verschiedene Bereiche der Gesellschaft. Nahezu die Hälfte der Weltbevölkerung ist davon überzeugt, dass Männer bessere politische Führungspersonen sind als Frauen, und 43 Prozent sind der Meinung, dass Männer für wirtschaftliche Führungspositionen besser geeignet sind als Frauen (vgl. UNDP: 4). Diese fest verwurzelten Überzeugungen können Frauen daran hindern, an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen und in Führungspositionen zu gelangen. Dies spiegelt sich deutlich in der weltweit nach wie vor geringen Repräsentation von Frauen in politischen Institutionen wider. Maßnahmen wie die Frauenquote dienen dazu, diesen sozialen Normen entgegenzuwirken. Daher ist es von großer Bedeutung, dass Frauen aktiv an politischen Maßnahmen und Entscheidungen beteiligt sind, insbesondere mit dem Fokus auf die Überwindung patriarchaler Strukturen und negativer sozialer Normen im Kontext von Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung. Dementsprechend werden in Kapitel fünf die ruandischen Politikmaßnahmen bezüglich der Integration sozialer Geschlechternormen untersucht und wie sie dazu beitragen, negative Auswirkungen auf die Gleichberechtigung und Gerechtigkeit der Geschlechter zu mildern. Politische Maßnahmen zur Verwirklichung einer umfassenden Gleichstellung der

Geschlechter so konzipiert und umgesetzt werden, dass sie negativen geschlechtsspezifischen sozialen Normen entgegenwirken. Regierungen, die nicht anerkennen, dass soziale Normen einen Einfluss auf die Geschlechtergleichstellung haben, werden es schwer haben, nachhaltige politische Maßnahmen umzusetzen und wirkungsvolle Veränderungen zu bewirken (vgl. UNDP 2023: 4). Eine kraftvolle und aktive Frauenbewegung spielt eine entscheidende Rolle bei der Veränderung sozialer Normen. Der Human Development Report 2021/2022 zeigt, dass Länder mit geringerer Präsenz von Frauenbewegungen oder -protesten tendenziell stärkere Vorurteile gegen die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau aufweisen (vgl. Human Development Report 2022: 204). Die Beteiligung von Frauen an sozialen Bewegungen hat den Wandel traditioneller Geschlechternormen durch politische Reformen und die Neugestaltung von Geschlechterrollen sowie Machtverhältnissen vorangetrieben (vgl. ebd.: 204). In Ruanda hat sich nach dem gesellschaftlichen Neuanfang im Jahr 1994 eine starke Frauenbewegung aufgebaut, wie in Kapitel vier ausführlicher beschrieben wird. Dies deutet darauf hin, dass wesentliche Voraussetzungen geschaffen wurden, um soziale Normen in politische Maßnahmen zu integrieren.

Hervorzuheben ist, dass es eine direkte Verbindung zwischen den Aktivitäten von feministischen Frauenbewegungen und der Wahrnehmung von politischer Repräsentation von Frauen gibt. Denn in Ländern mit geringerer feministischer Mobilisierung sind fast 50 Prozent der Menschen der Meinung, dass Männer bessere politische Führungskräfte sind (vgl. Human Development Report: 205). Die Aktivitäten von Frauenbewegungen und eine Veränderung von Wahrnehmungen können demnach den Weg zu politischen Maßnahmen ebnen (vgl. UNDP 2023: 16). In vielen Ländern der Welt gibt es jedoch Gesetze, die Frauen ausdrücklich diskriminieren. Bei einer Überprüfung von Gesetzen zum Unternehmertum und zur Beschäftigung von Frauen hat die Weltbank im Jahr 2019 in 189 Ländern Belege für rechtliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen gefunden, die ihre Rechte auf Eigentum und ihre Fähigkeit zu wirtschaftlichem Handeln differenzieren: 18 Länder gaben Ehemännern das Recht, ihre Ehefrauen an der Arbeit zu hindern, 37 Länder schränkten das Recht der Frauen auf Reisen ein, und 104 Länder hatten Gesetze, die Frauen daran hinderten, in bestimmten Berufen zu arbeiten (vgl. Kabeer 2021: 17-18). Naila Kabeer (2021) merkt an, dass in dem Bericht festgestellt werden konnte, dass Länder mit einem höheren Maß an rechtlicher Diskriminierung von Frauen auch ein geringeres Maß an Erwerbsbeteiligung von Frauen meldeten. Neben dieser formalisierten Geschlechterdiskriminierung können die Einstellungen und das Verhalten von Akteur*innen im öffentlichen Raum die Fähigkeit von Frauen, wirtschaftliche Chancen zu nutzen, weiter einschränken. Die vorherrschenden negativen sozialen Einstellungen führen

dazu, dass Frauen in über der Hälfte der Länder weltweit trotz gesetzlicher Bestimmungen ihre Land- und Eigentumsrechte nicht wirksam ausüben können. Dies verdeutlicht die Diskrepanz zwischen dem Gesetz und seiner tatsächlichen Umsetzung (vgl. ebd.: 17-18). Kabeer (2021) betont, dass feministische Ökonom*innen insbesondere darauf hinweisen, dass Individuen und Gruppen zwar Entscheidungen treffen und einen Handlungsspielraum haben, dies jedoch innerhalb der Grenzen geschieht, die durch die strukturelle Verteilung von Regeln, Normen, Vermögenswerten und Identitäten zwischen verschiedenen Gruppen in ihrer Gesellschaft festgelegt sind (vgl. ebd.: 16). Die geschlechtsspezifische Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt ist daher neben der gesetzlichen Diskriminierung ein Ergebnis dieser ‚Zwangsstrukturen‘. Diese wirken sich im Laufe des Lebens von Männern und Frauen aus, wenn auch auf unterschiedliche Weise für verschiedene soziale Gruppen in verschiedenen sozialen Kontexten (vgl. ebd.: 16).

3.4. Gender policies

Gender policies sind ein wichtiges politisches Instrument und können verschiedene Ziele und Bereiche der Geschlechtergleichstellung und -gerechtigkeit umfassen. Diese politischen Maßnahmen werden von nationalen Regierungen sowie internationalen politischen Institutionen formuliert. In dieser Arbeit werden unter dem Begriff gender policies sowohl Dokumente in Form von Zielen und Umsetzungsplänen aus verschiedenen Sektoren und Ministerien als auch Gesetzgebungen einbezogen. Die Inhalte und das Potenzial von diesen Maßnahmen werden in der Literatur auf unterschiedliche Weise diskutiert und bewertet.

In der Diskussion über gender policies wird der Begriff ‚women friendly‘ häufig verwendet. Was darunter zu verstehen ist, wird von Theoretiker*innen breit diskutiert und kann eine Reihe an Aspekten beinhalten. Kathleen A. Bratton (2002) definiert diese als Gesetzgebung, die Diskriminierung abbaut oder den Auswirkungen von Diskriminierung entgegenwirken, sowie den sozioökonomischen Status von Frauen verbessern kann (vgl. Bratton 2002: 123). Frances Gardiner und Monique Leijenaar (1997) definieren ‚women friendly‘ policies ebenfalls als eine Politik, die darauf abzielt, den Status von Frauen zu verbessern, deren Annahme und Umsetzung die Existenz einer Kultur der Gleichberechtigung widerspiegelt (vgl. Gardiner&Leijenaar 1997, zitiert nach Beckwith&Cowell-Meyers 2007: 555). Anette Borchorst (1994) versteht unter Frauenfreundlichkeit wiederum eine Atmosphäre, in der patriarchale Machtmuster diskutiert werden (vgl. Borchorst 1994, zitiert nach Beckwith&Cowell-Meyers 2007: 555).

Dieses breit gefasste Verständnis von ‚women friendly‘ policies, kann zu unterschiedlichsten Inhalten der Politiken führen wie zum Beispiel Gleichstellungsmaßnahmen in Berufen und der Lohnfrage, Eigentumsrecht, geschlechtsbezogene Gewalt, aber auch Bereiche wie gesundheitliche Versorgung betreffen. Welche Inhalte und Themen sich positiv und erfolgreich für die Interessen von Frauen einsetzen, unterscheidet sich ebenfalls zeitlich und räumlich und wird deshalb von kulturellen und historischen Dynamiken beeinflusst (vgl. Beckwith&Cowell-Meyers 2007: 554).

Neben den Inhalten stellt sich die Frage, welche Wirkung gender policies haben sollen. Mala Htun und S. Laurel Weldon (2010) haben Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter nach zwei Aspekten aufgeschlüsselt: 1) Ob sie den Status von Frauen als Gruppe verbessern wollen, oder 2) ob sie die Doktrin und die kodifizierten Traditionen der wichtigsten kulturellen Gruppen in Frage stellen oder nicht (vgl. Htun&Weldon 2010: 207). Bei dem zweiten Aspekt handelt es sich um *transformative policies*, welche die vorherrschenden Ansichten und Normen zur Geschlechtergerechtigkeit in Frage stellen. Der erste Aspekt ist darauf ausgerichtet, geschlechtsspezifische Klassenungleichheiten mildern zu wollen (vgl. Burnet 2019: 9). Gender policies sollen laut Debuscher und Anslom (2013) ein transformatives Potenzial besitzen und kein reiner Agenda-Setting-Ansatz sein, der Frauen lediglich in die Gestaltung von Entwicklungszielen- und Strategien einbezieht (vgl. Debuscher&Anslom: 2013: 1118). Sie sollten auch weniger mächtigen, nicht-hegemonialen Gruppen der Zivilgesellschaft die Möglichkeit geben, ihre Interessen und ihre Gleichstellungsagenda öffentlich zu artikulieren (vgl. Verloo 2005: 348). Laut Jenny Lorentzen (2018) sollen durch die Formulierung von gender policies Gleichstellungsnormen der Geschlechter in die Gesellschaft eingeführt werden (vgl. Lorentzen 2017: 658). Regierungen, Politiker*innen und zivilgesellschaftliche Gruppen können somit erheblichen Einfluss darauf ausüben, welche Gender Normen innerhalb einer Gesellschaft definiert werden. In der Diskussion über gender policies konnten zwei identifiziert werden: Politiken, die darauf abzielen, die Situation und Rechte von Frauen als Gruppe zu verbessern, sowie Politiken, die patriarchale und kulturelle Normen in Frage stellen. Im Folgenden wird analysiert, wie es in Ruanda zu einer hohen Repräsentation von Frauen kommen konnte, und die historischen Kontexte der politischen Struktur und Frauenorganisationen werden näher beleuchtet.

4. Repräsentation von Frauen in Ruandas politischen Institutionen

In diesem Kapitel wird der Frage nachgegangen, welche Rolle die ruandische Regierungspartei Rwandan Patriotic Front (RPF) und zivilgesellschaftliche Frauenorganisationen in der politischen Repräsentation von Frauen in Ruanda spielen. Damit die politischen und zivilgesellschaftlichen Strukturen in Ruanda verstanden werden können, werden in diesem Kapitel die historischen Hintergründe und Auswirkungen des Genozids von 1994 genauer beleuchtet. Der Genozid stellt ein ausschlaggebendes Ereignis und Wendepunkt für die ruandische Gesellschaft und die politischen Strukturen dar. Auch zivilgesellschaftliche Strukturen und Organisationen wurden durch dieses Ereignis geprägt (vgl. Lorentzen 2017: 664).

Die Diskussion des theoretischen Rahmens in Kapitel drei dieser Masterarbeit, bezüglich der Repräsentation und Teilnahme von Frauen in politischen Institutionen, hat verdeutlicht, dass der Weg zur Steigerung der Präsenz von Frauen in politischen Institutionen durch unterschiedliche Akteur*innen sowie politische und historische Ereignisse beeinflusst werden kann. Besonders ausschlaggebend für die Erhöhung von Frauen in politischen Institutionen ist zum einen eine starke Zivilbevölkerung und Frauenbewegungen, wie auch eine etablierte Regierung (vgl. Beckwith&Cowell-Meyers 2007: 560). Im Folgenden werden diese beiden Aspekte in Ruanda genauer betrachtet und diskutiert. Hierfür wird ein historischer Überblick über die Situation von Frauen in der Zivilgesellschaft und im formalen politischen System vor und nach dem Genozid gegeben. Die Frage, inwiefern diese Faktoren in Ruanda gegeben sind und ob sie eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben, soll im folgenden Kapitel beantwortet werden.

4.1. Ruandas politische Lage vor dem Genozid

Nach der Unabhängigkeit im Jahr 1962 wurde Ruanda zu einem Einparteienstaat, in dem die Tutsi-Elite von der Politik ausgeschlossen wurde. Die Gewalt, die am Vorabend der Unabhängigkeit Ende 1959 begonnen hatte, dauerte bis 1973 an und zwang zu diesem Zeitpunkt viele Menschen, insbesondere Tutsi, zur Flucht aus dem Land (vgl. Golooba-Mutebi& Habiyonizeye 2018: 5). Die unmittelbare postkoloniale politische Regelung basierte auf der ethnischen Solidarität innerhalb der Hutu-Mehrheit, die sich aufgrund ihrer demografischen Dominanz zur politischen Vorherrschaft berechtigt fühlte. Ehemals eine von Tutsi dominierte Monarchie, entwickelte sich das postkoloniale Ruanda somit zu einer Hutu-Ethnokratie (vgl. ebd.: 5). Unter starkem internationalem Druck öffnete Präsident Juvenal Habyarimana 1991 den Staat für ein Mehrparteiensystem, indem er die Gründung mehrerer politischer Parteien

legalisierte und das von ihm 1976 erlassene Gesetz abschaffte, das besagte, dass alle Ruander*innen bei ihrer Geburt Mitglied in der vom Präsidenten gegründeten und geführten MRND-Partei werden mussten (vgl. Sinema 2015: 22).

Frauen waren vor dem Völkermord von politischer Macht und politischen Wettbewerb zum Großteil ausgeschlossen: entweder, weil sie per se Frauen waren oder aufgrund ihrer ethnischen oder politischen Zugehörigkeit (vgl. Mageza-Barthel 2015: 2). Obwohl 1961 das allgemeine Wahlrecht für Erwachsene eingeführt wurde, sind in der Zeit vor dem Genozid nur wenige Frauen zu bemerkenswerten politischen Persönlichkeiten geworden. Frauen hatten vereinzelt die Möglichkeit, in führende Positionen in den staatlichen Institutionen Ruandas zu gelangen, entweder durch Mitgliedschaft in den richtigen politischen Parteien oder durch die Übernahme von Ministerämtern, die sich mit Familien- und Kinderangelegenheiten befassten (vgl. ebd.: 4). In der Zeit vor dem Genozid haben sich jedoch schon Frauenorganisationen gegründet, die sich gegen die Regierung auflehnten, um für die Umsetzung von Frauenrechten und einen Demokratisierungsprozess zu kämpfen (vgl. ebd.: 56).

4.2. Genozid

Anfang April 1994 brach in Ruanda der Völkermord aus und galt im Juni 1994 offiziell als beendet. Die Feindseligkeit zwischen der Mehrheit der Hutu, die 85% der Bevölkerung ausmachten und den Minderheiten der Tutsi (14%) und Twa (1%), wird als einer der Hauptfaktoren gewertet, die zu den Ereignissen von 1994 führten (vgl. Mageza-Barthel 2015: 1). Die Opferzahl wird auf 800.000 bis 1 Million Tutsis und moderatere Hutus geschätzt (vgl. Turianskyi & Chisiza 2017: 7). Viele mutmaßliche Täter wurden verhaftet oder flohen aus dem Land. Laut Mageza-Barthel (2015) unterstreichen die Ereignisse dieses kurzen Zeitraumes die Härte des Konfliktes, dessen politische Geschichte sich schon über Jahrhunderte erstreckt hatte. Ein hervorstechendes Thema waren die starken Auswirkungen auf Frauen durch den Konflikt. Insbesondere die Enthüllungen über die sexuelle Gewalt während des Völkermords und die gezielte Verfolgung von Frauen sind ein ausschlaggebendes Merkmal des ruandischen Genozids. Die Erfahrungen der Frauen durch den Völkermord und ihre Beteiligung am anschließenden Transformationsprozess werden als ein Schlüssel zu der Frage, wie die heutige bemerkenswert hohe politische Repräsentation von Frauen in Ruanda erreicht wurde angesehen (vgl. Mageza-Barthel 2015: 1).

Durch das Einmarschieren der RPF 1994 in Ruanda, die von Mageza-Barthel als eine [...] „*liberation-movement-turned-political party*“ [...] beschrieben wird, endete der Genozid

(Mageza-Barthel 2015: 66). Die RPF wurde beim Einmarsch von dem heutigen ruandischen Präsidenten Paul Kagame angeführt und bestand zu einem Großteil aus den vormals im Exil lebenden Tutsi. Mit dem Ende des Genozids begann in Ruanda ein politischer Umbruch (vgl. Chemouni 2023: 147-148).

Der Genozid hat auch einen entscheidenden Einfluss auf das politische System und die Regierung des heutigen Ruanda und ist somit ein wichtiger Kontext für die Rolle von Frauen in der Gesellschaft und der Politik in Ruanda. Der Genozid hat zu einer Neuorientierung und einem Neu-Aufbau der Gesellschaft geführt, in der Frauen ihre Rechte und Position neu aushandeln konnten (vgl. Mageza-Barthel 2015: 60). Unmittelbar nach dem Völkermord waren rund 70 % der Einwohner Ruandas Frauen (vgl. Turianskyi & Chisiza 2017: 7). Im Ruanda vor dem Völkermord war es für Frauen fast unmöglich, Land zu besitzen oder einer Arbeit außerhalb des Hauses nachzugehen (vgl. ebd.: 7). Die Möglichkeit für Frauen, ihre Positionen neu zu verhandeln, wurde durch die neue Regierung nach dem Völkermord geschaffen, die sich stark für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzte. Die politische Marginalisierung von Frauen in der Zeit vor dem Genozid hat somit zu politischen Aktivitäten nach dem Genozid geführt. Letztendlich wurde das mangelnde Engagement der Regierung vor dem Völkermord für die Gleichstellung der Geschlechter zu einem Merkmal, das die Verpflichtung der Regierung nach dem Völkermord zur Gleichstellung der Geschlechter prägte (vgl. Mageza-Barthel 2015: 60).

Diese Umbruchphase und Rolle der Frauen ist durch die mächtige Exekutive, die für Länder im demokratischen Übergang charakteristisch ist, ergänzt worden und trifft im Falle Ruandas mit einer Führung zusammen, die laut Pearson und Powley (2008) bemerkenswert geschlechtssensibel ist (vgl. Pearson & Powley 2008: 20). Diese kulturellen Einstellungen wurden insbesondere durch die Rückkehr von Ruander*innen, die im Exil aufgewachsen waren, wesentlich geprägt. Die Mitglieder der RPF-Armee und -Partei, die nun das Land regierten, haben den Großteil ihres Lebens in Uganda verbracht, wo die Frauenbewegung besonders stark war und wo Quoten die Beteiligung von Frauen im Parlament erhöht haben (vgl. ebd.: 20). Pearson und Powley (2008) argumentieren, dass die RPF hierdurch eine maßgebliche Prägung für politische Repräsentanz von Frauen und Geschlechtergleichstellung mitbrachten. Präsident Paul Kagame hat sich von Beginn seiner Rolle als Staatsoberhaupt für die Beteiligung von Frauen an der Regierung und für geschlechtsspezifische politische Initiativen eingesetzt (vgl. ebd.: 20). Der Genozid hat somit eine Neuorientierung der Gesellschaft und Normen mit sich gebracht, in der Frauen eine wesentliche Rolle gespielt

haben. Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, welche Rolle zivilgesellschaftliche Frauenorganisationen in der Zeit nach dem Genozid in Bezug auf Frauenrechte und Repräsentation von Frauen gespielt haben.

4.3. Frauenorganisationen

Frauenorganisationen aus der Zivilbevölkerung spielen in Post-Konflikt-Regionen oftmals eine wichtige Rolle in der Formulierung von zentralen Themen. Das Ende von Bürgerkriegen und Konflikten kann eine starke gesellschaftliche Kraft freisetzen, die zu Veränderungen führt (vgl. Hughes&Tripp 2015: 1514).

Mageza-Barthel (2015) argumentiert in ihrer tiefgehenden Analyse über die Geschlechternormen Ruandas, dass der Genozid von 1994 die heutige Geschlechterpolitik in Ruanda maßgeblich definiert hat:

„Womens organization were interrupted by the genocide and once the necessity of organizing collectively to cope with the genocide’s destruction became visible, they were propelled into action once more. Thereby, they developed into emerging publics.”
(Mageza-Barthel 2015: 45).

Non-governmental organizations (NGOs), so auch insbesondere Frauenorganisationen, waren in der Zeit nach dem Genozid von entscheidender Bedeutung. Sie haben eine federführende Rolle beim Wiederaufbau Ruandas nach dem Krieg und dem Völkermord gespielt. Viele Frauen erwarben in diesem Bereich Fähigkeiten und Erfahrungen, die sie auf das politische Leben und die Regierungsarbeit vorbereiteten (vgl. Naleli 2016: 118).

Die Frauenorganisation Pro-Femmes, die 1992 gegründet wurde, war maßgeblich an dem Wiederaufbau und den Friedensprozessen beteiligt. So wurde 1994 die ‚Campaign Action for Peace‘ (CAP) konzipiert und in Vorbereitung auf die Pekinger Konferenz von 1995 ins Leben gerufen. Danach gewann sie an Schwung und spielte eine zentrale Rolle bei den Erfolgen der Frauenbewegung in Ruanda (vgl. Mageza-Barthel 2015: 62). Laut Mageza-Barthel (2015) ermöglichte es Frauen somit die Teilnahme am öffentlichen Leben und schuf eine Kultur des Dialogs. Daraus resultierend konnten Frauen ihre Ansichten öffentlich vortragen und übernahmen Aufgaben, die traditionell nicht Frauen zugeschrieben wurden. Der Beitrag der Frauenorganisationen zur Friedenskonsolidierung war sowohl sozial als auch politisch, und bestand auf lokaler und nationaler Ebene. Frauen wurden als politische Akteurinnen sichtbar gemacht und eine durch den Völkermord gespaltene Gesellschaft wiederhergestellt (vgl. ebd.: 62). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass durch die gesellschaftlichen Veränderungen nach

1994 insbesondere zwei Effekte erreicht wurden: zum einen führte das Engagement von Frauenorganisationen zu politischen Forderungen und Kampagnen für Frauenrechte, zum anderen wurden Frauen als politische Akteurinnen anerkannt.

Themen, für die sich die ruandischen Frauenorganisationen eingesetzt haben, waren stark auf ihre Sicherheit und geschlechtsspezifische Gewalt konzentriert und wurde zu einem kontinuierlichen Thema in der Übergangszeit und darüber hinaus. Der Zugang zu Ressourcen wurde zu einem weiteren zentralen Thema der ruandischen Frauenbewegung (vgl. Mageza-Barthel 2015: 61). Laut Pearson und Powley (2008) bot der historische Kontext eine besondere Chance für die Frauenorganisationen, da im Jahr des ruandischen Genozids in Südafrika und Mosambik Wahlen stattfanden, die zu einer erheblichen Erhöhung der Präsenz von Frauen in nationalen Parlamenten führte (vgl. Pearson&Powley 2008: 20). Diese Errungenschaften lenkten einen besonderen Fokus auf die Teilhabe und Repräsentation von Frauen in politischen Institutionen und Entscheidungspositionen. Die vierte Weltfrauenkonferenz in Peking im Jahr 1995 fand nur ein Jahr nach dem Ende des ruandischen Genozids statt und wurde von einer Delegation ruandischer Aktivistinnen besucht, die den Anstoß zur Reorganisation und Wiederbelebung der Frauenbewegung gab (vgl. ebd.: 20). Ihre Bemühungen nach Peking stützten sich auf formale Erklärungen und Resolutionen, einschließlich der Bestimmung der Pekingener Plattform, die eine 30-Prozent-Quote für Frauen in Entscheidungspositionen vorsieht und in die ruandische Verfassung von 2003 aufgenommen wurde. Viele der Frauen, die in zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen aktiv waren und diese vertraten, gehörten später zur ersten Generation von Parlamentarierinnen in Ruanda (vgl. ebd.: 20). Die Bedeutung der politischen Beteiligung aus der Zivilgesellschaft zeigte sich ebenfalls auf lokaler Ebene. Vor dem Völkermord war die Teilnahme von Frauen an Dorfräten untersagt. Deshalb wurde ein eigenes System von Frauenräten ins Leben gerufen, die sich mit Themen wie Bildung, Gesundheit und persönlicher Sicherheit beschäftigten. Durch ihr fundiertes Verständnis auf lokaler Ebene gewannen die Vertreterinnen dieser Räte an Glaubwürdigkeit und begannen, sich auf verschiedenen Regierungsebenen zu engagieren, wobei viele von ihnen höhere politische Ämter bekleideten (vgl. Hunt 2014: 4).

Das politische Handeln von Frauen hat dazu geführt, dass politische Errungenschaften zu rechtlichen Garantien wurden. Besondere Erfolge sind vor allem die geschlechtsspezifische Gesetzgebung und eine Verfassung, die die politischen und sozialen Errungenschaften der Frauen in der Zeit nach dem Genozid widerspiegelten (vgl. Mageza-Barthel 2015: 61). In Hinblick auf Gleichstellungsmaßnahmen entstand außerdem eine umfangreiche ‚Gender-

Machinery‘ in Ruanda, die durch die Zusammenarbeit der Regierung, Frauenorganisationen und internationalen Geldgebern, insbesondere der UN, entstanden ist. Unter der Gender-Machinery sind verschiedene neue staatliche Strukturen zu verstehen, die mit dem Ziel geschaffen worden sind, die Beteiligung von Frauen in der Politik und ihre Vertretung bei der Entscheidungsfindung in der Regierung zu erhöhen. In diesem Prozess haben Frauenorganisationen durch ihre Forderungen eine tragende Rolle eingenommen, und im Zusammenspiel mit der Politik der RPF haben die neuen staatlichen Institutionen, die in Kapitel 4.5. dieser Arbeit genauer beschrieben werden, ihren Ursprung (vgl. ebd.: 63). Dies macht die wichtige und präzente Rolle von Frauen im Zusammenhang mit dem Genozid und ihrer Rolle im Wiederaufbau der Gesellschaft deutlich. Die Organisationen der weiblichen Zivilgesellschaft spielte folglich eine wichtige Rolle beim Eintreten für eine geschlechtersensible Verfassung (vgl. Pearson&Powley 2008: 19).

So sind zum Beispiel viele Frauen aus den zivilgesellschaftlichen Frauenbewegungen in das Rwandan Women Parliamentarian Forum (RWPF) gewechselt, welches ab 1996 als parteiübergreifende Fraktion für alle Parlamentarierinnen agierte. Ziel war es, diskriminierende Gesetze zu überarbeiten und geschlechtsspezifische Bestimmungen in Gesetzesvorlagen aufzunehmen (vgl. Mageza-Barthel 2015: 63). Personen aus den zivilgesellschaftlichen Frauenbewegungen sind somit von Anfang an in der ‚Gender Machinery‘ der Regierung und dessen Gründung beteiligt und vertreten gewesen. Es ist anzumerken, dass die Mehrzahl zur städtischen und ländlichen Elite des Landes gehörten und sich aus der Führung von Frauenorganisationen und der Zivilgesellschaft im Allgemeinen rekrutierten (vgl. ebd.: 63). Die meisten Frauen, die nach dem Genozid Parlamentarierinnen wurden, sind aus dem politischen Aktivismus, dem NGO-Bereich oder der RPF, als diese noch eine Freiheitsbewegung war, in die Politik gewechselt. Es ist anzumerken, dass eine Mehrheit der Mitglieder der RPF, die nach dem Genozid aus dem Exil zurückgekehrt sind, Hochschulausbildungen im Ausland absolviert und für die Internationale Gemeinschaft gearbeitet haben, und somit nicht direkt von der Zerstörung des Genozids betroffen waren (vgl. Naleli 2016: 120).

Frauen aus der Zivilbevölkerung Ruandas, die sich vor dem Genozid der RPF angeschlossen haben, spielen eine bedeutende Rolle im Zusammenhang mit ihrer starken Präsenz in politischen Ämtern. Viele Frauen wurden bereits vor 1994 Mitglieder der RPF, als sie noch eine Befreiungsbewegung war. Somit übernahmen Frauen eine führende Rolle bei der Versöhnung und dem Wiederaufbau des Landes, noch bevor eine verfassungsmäßige Frauenquote eingeführt wurde. (vgl. ebd.: 24).

Die hohen Zahlen der Parlamentarierinnen, die 1994 ihr Amt aufnahmen, zeigt neben dem zivilgesellschaftlichen Aspekt auch den großen politischen Willen der RPF, Frauen als Akteurinnen in der Politik einzubeziehen. Somit hatten Frauen schon vor der Einführung der Frauenquote die Chance, den politischen und gesellschaftlichen Neuanfang mitzugestalten und die bereits vor dem Genozid gestellten Forderungen umzusetzen. Durch den politischen Wechsel gab es für Frauen in der Post-Genozid-Zeit die Chance, mehr Aktion und Gehör für Forderungen zu finden. Ruandische Frauenbewegungen und -organisationen haben somit einen deutlichen Einfluss auf die Forderung nach Teilhabe und Verbesserung der Rechte und Stellung von Frauen in der Gesellschaft gehabt.

4.4. Regierungspartei (RPF)

Nachdem die Auswirkungen von Frauenorganisationen und der Zivilbevölkerung auf die Repräsentation von Frauen in der ruandischen Politik diskutiert wurde, wird in diesem Subkapitel der Frage nachgegangen, welche Rolle die ruandische Regierungspartei in Bezug auf die Repräsentation und Teilhabe von Frauen spielt.

Die RPF wurde 1987 in Uganda von Tutsi-Flüchtlingen gegründet, die vor den Anti-Tutsi-Pogromen in den 1950er und 1960er Jahren flohen (vgl. Chemouni 2023: 148). Sie wurde mit dem Ziel gegründet, die Rückkehr der Flüchtlinge nach Ruanda zu ermöglichen, was die beiden Hutu-dominierten Regime seit der Unabhängigkeit stets abgelehnt hatten. Die RPF startete 1990 einen Angriff von Uganda aus und errang 1994 die Macht, indem sie einen klaren Sieg über die Armee der Regierung erlangte und den Völkermord an der Volksgruppe der Tutsi beendete (vgl. ebd.: 148). Die RPF etablierte daraufhin eine Übergangsregierung von 1994 bis 2001. Im März 2001 fanden in Ruanda die ersten Kommunalwahlen seit über 30 Jahren statt. Zwischen Mai und August 2002 organisierte die ruandische Regierung Hunderte von Versammlungen im ganzen Land, um Meinungen und Beiträge der ruandischen Bevölkerung zum Verfassungsentwurf zu erhalten (vgl. Dagne 2011: 4). Ein Referendum über den Entwurf wurde im Mai 2003 durchgeführt. Im August 2003 fanden schließlich die ersten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen mit Mehrparteiensystem seit Jahrzehnten statt, in der Präsident Kagame 95 % der abgegebenen Stimmen erhielt (vgl. ebd.: 4).

Da der Genozid zwischen ethnischen Gruppen verlief, war die RPF in der Regierungsbildung nach dem Genozid darauf bedacht die Macht formell nach ethnischen Kriterien aufzuteilen und auf Ministerebene ein Gleichgewicht zwischen Tutsi und Hutu zu erreichen (vgl. Chemouni 2023: 148). Diese Maßnahme sollte die Bemühungen der RPF um Einheit und Machtteilung

verdeutlichen. Laut Chemouni (2023) spiegelte dies jedoch nicht die tatsächliche Machtverteilung wider. Unterstützt durch ihre Kontrolle über das Militär, festigte die RPF ihre Vorherrschaft über andere Parteien, indem sie die prominentesten Oppositionsführer ausschloss und strikte Kontrolle über andere Parteien ausübte (vgl. ebd.: 148). Auch innerhalb der RPF selbst konzentrierte sich die Macht. Hutu-Vertreter*innen, die der Führung kritisch gegenüberstanden oder versuchten, eine eigene Machtbasis zu etablieren, wurden ausgegrenzt. In den frühen 2000er Jahren gerieten einige Tutsi-Mitglieder in Konflikt mit der RPF-Führung und flohen aus dem Land (ebd.: 148).

Die ideologische und politische Ausrichtung der RPF lässt sich aus einem Acht-Punkte Programm herleiten, welches im Oktober 1990 im Zuge des Angriffes der RPF von Uganda aus veröffentlicht wurde und die politische Zielsetzung der RPF manifestierte (vgl. Reyntjens 2016: 62). Das Programm besteht aus folgenden thematischen Säulen: die Konsolidierung der nationalen Einheit, die Förderung von Einheit, Demokratie und den Aufbau eines unabhängigen, selbsttragenden Staates. Das Programm umfasste außerdem die Bekämpfung von Korruption, Misswirtschaft und dem Missbrauch öffentlicher Ämter, die Rückführung und Neuansiedlung ruandischer Flüchtlinge, die Bereitstellung und Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen, die Förderung von Frieden und Sicherheit sowie die Außenpolitik und Stärkung der Unabhängigkeit (vgl. ebd.: 62). Auf dieser Basis konzentrierte sich die RPF nach der Übernahme der Macht 1994 ideologisch und politisch auf die Förderung der nationalen Einheit und verschmolz dies mit einem Projekt zur Schaffung einer gemeinsamen nationalen Identität (vgl. Chemouni&Mugiranez 2019: 125). Es handelt sich um einen Prozess der Neuentdeckung des "Ruanda-Seins" und der ruandischen Werte, wobei andere wichtige Identitätskategorien wie Ethnizität und Regionalismus untergraben wurden. Zum Beispiel änderte die RPF die Namen von Ortschaften und passte Verwaltungsgrenzen an. Im Allgemeinen sind die politischen Maßnahmen der RPF darauf ausgerichtet, alles zu fördern, was der nationalen Einheit Ruandas dient (vgl. ebd.: 125).

Ein markantes Merkmal der Regierungsführung nach dem Genozid ist der hohe Grad an Modernisierung und technokratischen Bemühungen in Ruanda (vgl. Chemouni&Mugiranez 2019: 140). Dieses Modernisierungsprojekt wurde laut Filip Reyntjens (2016) von der RPF mit hoher Geschwindigkeit und einem Top-Down-Ansatz vorangetrieben (vgl. Reyntjens 2016: 72). Zur Vision eines hochmodernen Staates gehört auch die Förderung der Geschlechtergleichstellung, die einen bedeutenden Platz in den politischen Maßnahmen der RPF einnimmt. Diese Maßnahmen konzentrieren sich stark darauf, die Denkweisen und

sozialen Einstellungen der Ruander*innen zu verändern, was laut Benjamin Chemouni und Assumpta Mugiranez (2019) ein zentraler Bestandteil der Politik der RPF ist (vgl. Chemouni&Mugiranez 2019: 125). Laut Burnet (2019) haben sich die Hauptakteure der ruandischen Regierungskoalition, darunter die RPF und Paul Kagame, für eine stärkere Vertretung von Frauen eingesetzt. Präsident Kagame hat mehrfach und präsent seine starke Unterstützung für die Rolle der Frauen in der Regierung und in der Gesellschaft zum Ausdruck gebracht (vgl. Burnet 2019: 7). Die Aussagen beziehen sich insbesondere auf die Argumentation, dass eine Entwicklung Ruandas nicht möglich sei, wenn die Hälfte der Bevölkerung zurückgelassen werde und eine Ausschöpfung des gesamtgesellschaftlichen Potenzials für den Neuaufbau und die Entwicklung Ruandas ausschlaggebend sei (vgl. Turianskyi&Chisizia 2017: 8). Der politische Wille der RPF, Frauen in Führungsposition zu wählen, wird in dem Quotensystem ‚proportional representation‘ (PR), das in Ruanda angewandt wird, deutlich. Die erfolgreiche Strategie wird ebenfalls in Ländern wie Südafrika verwendet und zeigt im Vergleich mit anderen Quotensystemen eine besonders hohe Repräsentation von Frauen. Durch das PR-System werden nicht die Kandidat*innen, sondern die politischen Parteien gewählt. Die politischen Parteien stellen dann Frauen auf ihren Kandidat*innenlisten auf und sind nicht darauf angewiesen, dass die Wähler weibliche Kandidatinnen wählen - so wird verhindert, dass patriarchalische Vorurteile die Wahl von Frauen beeinflussen (vgl. Naleli 2016: 29).

Ruandas politischem System wird eine hohe politische Aufmerksamkeit zugesprochen, die Geschlechtergleichstellung in den politischen Institutionen herzustellen. Jedoch steht der autokratische Führungsstil Paula Kagames immer wieder in der Kritik. Seit 1994 ist die RPF die dominierende politische Partei Ruandas und hat im Laufe der Zeit die Zahl ihrer Sitze im Parlament und in der Exekutive erhöht. Nach den Wahlen von 2013 hat die RPF die Präsidentschaft und 41 der 53 Sitze im Unterhaus inne (vgl. Burnet 2019: 2). Die übrigen zwölf direkt gewählten Sitze werden von Parteien gehalten, die der RPF nahestehen. Vielen Beobachtern zufolge ist die RPF im Laufe der Zeit immer autoritärer geworden und hat die Regierung sowie die privaten Medien fest im Griff, indem sie abweichende Stimmen systematisch zum Schweigen brachte und unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen unterdrückte (vgl. ebd.: 2). Das Engagement für Geschlechtergleichheit- und Gerechtigkeit der RPF und Präsident Paul Kagame werden unterschiedlich wahrgenommen und diskutiert: Obwohl das Engagement der RPF für die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte von Frauen maßgeblich dazu beigetragen hat, die politische Vertretung und die Rechte der Frauen zu sichern und zu stärken, betrachten einige Wissenschaftler*innen die frauenfreundliche

Politik des RPF als einen Weg, politische Dominanz aufrechtzuerhalten (vgl. ebd.: 8). Burnet (2019) argumentiert, dass in der Förderung der Geschlechterparität und der Frauenrechte, die RPF die politische Agenda kontrolliert, während andere Parteien nicht die politische Macht haben, die Ergebnisse maßgeblich zu beeinflussen (vgl. ebd.: 8).

Ruanda wird im *Varieties-of-Democracy-Index* als Wahlautokratie eingestuft. Obwohl Ruandas Verfassung viele demokratische Grundsätze enthält, treffen diese in der Praxis nicht immer zu (vgl. Lowry 2021: Abs. 3). Diese Einstufung liegt zu einem großen Teil an der Abschaffung einer Amtszeitbeschränkung für Präsident Paul Kagame. Die Verfassungsänderung von 2017, die es Kagame ermöglicht, bis 2034 Präsident zu bleiben, wurde ohne offenen Widerstand der RPF oder anderer Parteien angenommen. Die derzeitige politische Regelung ist folglich durch eine außerordentliche Machtkonzentration in der Regierungspartei charakterisiert (vgl. Chemouni 2023: 149).

Zusammenfassend lässt sich aus der Diskussion schließen, dass die RPF durch ihre starke Machtposition effektive Instrumente zur Umsetzung der hohen Repräsentation von Politikerinnen durchsetzen konnte. Ausschlaggebend war die Chance, nach dem Genozid eine politische und gesellschaftliche Neuorientierung und Umstrukturierung umzusetzen, die den Anteil von Frauen in politischen Institutionen drastisch erhöht haben und maßgeblich durch die RPF und zivilgesellschaftliche Organisationen umgesetzt wurde. Jedoch geht die starke Position der Regierungspartei und dem Präsidenten Paul Kagame mit autokratischen Tendenzen und politischer Unterdrückung von oppositionellen Stimmen einher.

Im Folgenden wird die politische Struktur des Parlaments und des Kabinetts von Ruanda im Zusammenhang mit der Repräsentation von Politikerinnen sowie der Ausarbeitung politischer Maßnahmen näher betrachtet und erläutert.

4.5. Politische Institutionen

4.5.1. Parlament

Das ruandische Parlament besteht aus zwei Kammern, dem Senat und der Abgeordnetenkommission. Zu den wichtigsten Aufgaben und Befugnissen der beiden Kammern gehören die Vertretung der Bevölkerung, die Verabschiedung von Gesetzen sowie die Kontrolle und Überwachung der Exekutive (vgl. Government of Rwanda 2024).

Frauenanteil der Abgeordnetenversammlung im ruandischen Parlament 1965 bis 2016:

Jahr	Frauenanteil in %
2016	61 %
2013	64 %
2008	56,4 %,
2003	48,8 %
2001-2002	23 %
1999	21 %
1998	19 %
1995-1997	17 %
1994	14 %
1988	17 %
1983	13 %
1981	6 %
1965	0 %

Tabelle 2: Frauenanteil der Abgeordnetenversammlung im ruandischen Parlament 1965 bis 2016 (eigene Darstellung; mit Daten von IPU-Parline ; Republic of Rwanda 2019: 55 erstellt).

Tabelle Nr. 2 stellt einen historischen Überblick des Frauenanteils im ruandischen Parlament von 1965 bis 2016 dar.

Seit der neuen Konstitution von 2003 wird die Abgeordnetenversammlung folgendermaßen gewählt: von den 80 Mitgliedern der Abgeordnetenversammlung werden 53 Abgeordnete in freier Wahl gewählt. Weitere 24 Sitze (30 %) werden in indirekten Wahlen nur für Frauen vergeben. Nur Frauen dürfen wählen, was eine Ausnahme unter den Wahlen mit reservierten Sitzen darstellt. Bei den Wahlen im Jahr 2003, bei denen Ruanda mit 48,8 % die höchste Frauenquote der Welt erreichte, wurden 15 weitere Frauen in nicht reservierte Sitze gewählt (vgl. Dahlerup 2007: 86). Dahlerup (2007) argumentiert, dass dieses Ergebnis, zeigt, dass Frauenquoten nicht nur zu Mindestrepräsentationen führen, sondern im Gegensatz auch zu einer Höchstgrenze führen kann (vgl. ebd.: 86).

Wie bereits erläutert, setzt Ruanda ein Wahlsystem der proportionalen Vertretung (PR) ein, wobei es den Parteien obliegt, festzulegen, welche Kandidat*innen auf den Wahllisten platziert werden. Die RPF hat besonders darauf geachtet, Frauen bevorzugt auf den Kandidat*innenlisten zu platzieren und eine 50/50-Geschlechterverteilung zwischen Frauen und Männern aufzustellen (vgl. Naleli 2016: 29). In Bezug auf die Repräsentation von Frauen im Parlament hat Ruanda somit, wie auch Südafrika, durch politische Aktionen eine

erfolgreiche Strategie gewählt, damit die Repräsentation von Frauen erhöht wird (vgl. Dahlerup 2007: 79).

Die hohe Repräsentation im ruandischen Parlament zeigt, inwiefern Frauenquoten und Wahlsysteme eine positive Auswirkung auf die Regierungskultur haben kann und ein Schneeballeffekt der gewählten Politikerinnen auslösen kann. Ebenfalls zeigt sich, dass Parteien und Regierungen sich als Gatekeeper für die Wahl und Nominierung von Frauen stark machen können, was maßgeblichen Einfluss auf die politische Gleichstellung der Geschlechter haben kann.

4.5.2. Kabinett

Das ruandische Kabinett besteht aus dem Premierminister, den Minister*innen, den Staatsminister*innen und anderen Mitgliedern, die vom Präsidenten der Republik bestimmt werden können, wenn er dies für notwendig hält. Das Kabinett setzt die nationale Politik um, die vom Staatspräsidenten und der Kabinettsitzung beschlossen wurde. Es ist dem Präsidenten der Republik und dem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig (vgl. Government of Rwanda). Die Anzahl der Ministerien hat sich überdies stark verändert und schwankt zwischen den Jahren (siehe Tabelle Nr. 3).

Frauen in Minister*innen Positionen von 2008 bis 2019

Jahr	Frauen in Ministerinnenpositionen in %
2019	51,9 %
2018	50 %
2017	47,4 %
2015	35,5 %
2014	39,3 %
2012	32,2 %
2010	33,3 %
2008	16,7 %

*Tabelle 3: Frauen in Minister*innen Positionen in Ruanda von 2008 bis 2019 (eigene Darstellung: mit Daten aus IPU-Parline erstellt).*

Tabelle Nr. 2 zeigt die Anzahl an Frauen in Minister*innen Positionen von 2008 - 2019. Seit 2018 besteht Geschlechterparität in den Minister*innenpositionen. Mit 52% hat das Land mehr weibliche als männliche Minister*innen im Kabinett erlangt.

Die Exekutive initiiert Gesetzesvorlagen, die dann an das Kabinett und schließlich an das Parlament weitergeleitet werden, um dort debattiert und abgestimmt zu werden. Naleli (2017) argumentiert, dass Frauen in der Exekutive somit eine wichtige Rolle in der Gestaltung und Einflussnahme auf Gesetze und policies spielen können (vgl. Naleli 2017: 71). Folglich sind Ministerinnen ein wichtiger Bestandteil dieser Forschung zur Einflussnahme von Politikerinnen auf gender policies. Die gegenwärtige politische Ordnung zeichnet sich durch eine bemerkenswerte Konzentration von Macht in der Regierungspartei aus. Obwohl Vertreter*innen anderer Parteien Kabinettsposten gemäß der Verfassungsvorschrift besetzen, wonach die dominierende Partei im Parlament nicht mehr als 50 % der Ministerstellen besetzen darf. Minister*innen, die nicht zur RPF gehören, werden von der Regierung streng überwacht und stellen die Linie der RPF nicht in Frage (vgl. Chemouni 2023: 149).

Neben dem ruandischen Parlament und der Exekutive existieren Gruppierungen und Zusammenschlüsse, die die „Gender-Machinery“ in Ruanda repräsentieren. Sie spielen eine bedeutende Rolle in Bezug auf Gender-Policies und den Einfluss von Politikerinnen. Im weiteren Verlauf wird die „Gender-Machinery“ Ruandas näher erläutert.

4.5.3. Gender Machinery

Ruanda verfügt über eine umfassende *Gender Machinery*, die sowohl nach dem Genozid 1994 wie auch im Kontext der neuen Konstitution 2003 entstanden ist. Diese Zusammenschlüsse und Organisationen spielen eine wichtige Rolle in der Umsetzung von politischen Maßnahmen in Bezug auf Geschlechtergleichstellung und -gerechtigkeit und sind in der ruandischen Politik fest verankert (vgl. Mageza-Barthel 2015: 62-64). Hierbei handelt es sich um staatliche Organisationen, die von der Regierung, entweder nach dem Genozid oder im Zuge der neuen Konstitution von 2003, etabliert wurden (vgl. Gender Monitoring Office 2018). Auch beinhaltet es Zusammenschlüsse von ruandischen Parlamentarierinnen. Ziel dieser gender machinery ist zum einen die Einhaltung und wirksame Umsetzung der verschiedenen nationalen, regionalen und internationalen Verpflichtungen zu gewährleisten, etwa durch das Gender Monitoring Office und politische Partizipation von Frauen zu gewährleisten. Zum anderen soll, wie durch den National Womens Council (NWC) die Ansichten und Meinungen der Zivilgesellschaft eingebunden werden (vgl. National Womens Council 2023). Im Folgenden wird eine kurze Übersicht über die wichtigsten Akteur*innen gegeben und deren Rolle im Hinblick auf Frauenrepräsentation und gender policies diskutiert.

Gender Monitoring Office

Um die Einhaltung und wirksame Umsetzung der verschiedenen nationalen, regionalen und internationalen Verpflichtungen zu gewährleisten, hat die Regierung Ruandas die Etablierung eines Gender Monitoring Office (GMO) in der Konstitution 2003 verankert. Zu den wichtigsten Aufgaben zählt, die Einhaltung der Gleichstellungsgrundsätze zu überwachen, die Rechenschaftspflicht der Geschlechter auf allen Ebenen zu fördern und gegen geschlechtsspezifische Gewalt und damit verbundene Ungerechtigkeiten vorzugehen (vgl. Government of Rwanda).

Das GMO spielt außerdem eine wichtige Rolle in der Datensammlung, Überwachung und Unterstützung der Politikgestaltung für Geschlechtergleichstellung. *Gender-Audits* werden nicht ausschließlich im öffentlichen Sektor, sondern auch in privaten Unternehmen sowie in NGOs und religiösen Einrichtungen durchgeführt (vgl. Debuscher 2013: 1118). Außerdem erstellt das GMO regelmäßig Berichte für das ruandische Parlament über den Stand der Gleichstellung der Geschlechter und gibt politische Richtlinien heraus (vgl. UNDP 2020: 34). Das Forum bietet somit einen Kontrollmechanismus für die Umsetzung und Erreichung von gender policies und unterstützt die politische Arbeit für Geschlechtergleichberechtigung von Politiker*innen.

National Women's Council

Der National Womens Council (NWC) wurde 1998 als Instrument zur Kanalisierung der politischen Beteiligung von Frauen geschaffen und soll eine beratende Funktion bei der Entscheidungsfindung der Regierung ausüben (vgl. Mageza-Barthel 2015: 64). Der NWC ist ein Organ, das unter der Leitung und Aufsicht des Ministeriums für Gleichstellung und Familienförderung (MIGEPF) für die Interessenvertretung, capacity building und die soziale Mobilisierung zuständig ist. Der Nationale Frauenrat setzt sich aus Frauen und Mädchen ab 18 Jahren zusammen. Seine Strukturen sind auf Dorfebene angesiedelt und auf jeder Ebene gibt es ein Exekutivkomitee bestehend aus sieben Personen. Auf nationaler Ebene ist das höchste Organ die Generalversammlung (vgl. National Womens Council 2023). Das NWC dient somit der politischen Beteiligung von Frauen und Mädchen aus der Gesellschaft heraus.

The Rwandan Women Parliamentary Forum

Das Ruanda Women Parliamentary Forum (RWPF) ist ein parteiübergreifender Frauenausschuss, der Frauen im ruandischen Parlament auf gemeinsame Ziele hin vereinen und sich für die Gleichstellung der Geschlechter auf legislativer Ebene einsetzen will. Zu den

spezifischen Zielen des 1996 gegründeten FFRP gehört es, die Solidarität unter den weiblichen Parlamentsabgeordneten unabhängig von unterschiedlichen Parteiideologien zu stärken, die Frauen im Parlament dabei zu unterstützen, sich für die Überarbeitung oder Aufhebung von Gesetzen einzusetzen, die Frauen diskriminieren, und andere Abgeordnete sowie öffentliche und private Einrichtungen für die Bedeutung der Gleichstellung der Geschlechter zu sensibilisieren (vgl. Mageza-Barthel 2015: 63). Das RWPF ist ein wichtiger Teil der nationalen *Gender Machinery* Ruandas und setzt sich dafür ein, dass in allen nationalen Gesetzen und Politiken, einschließlich des Staatshaushalts, die Gleichstellungsproblematik berücksichtigt wird. Außerdem arbeitet das Forum daran, die Kapazitäten der weiblichen Parlamentarierinnen auszubauen, damit sie sich für geschlechtsspezifische Themen einsetzen und ihre anderen parlamentarischen Aufgaben erfolgreich wahrnehmen können (vgl. Pearson&Powley 2008: 19).

Die Bildung parteiübergreifender politischer Fraktionen von Frauen kann ein wichtiger Faktor sein, um den Einfluss von Politikerinnen auf den Gesetzgebungsprozess zu stärken. Studien, die in den USA und Großbritannien durchgeführt wurden, zeigen den starken Einfluss von Fraktionen auf die Ausarbeitung und Verabschiedung von politischen Maßnahmen und Gesetzen (vgl. Pearson&Powley 2008: 15). Parteiübergreifende Zusammenschlüsse von Politikerinnen können zum einen wichtige Themen sichtbar machen und auf die Tagesordnung bringen, und sind zum anderen eine Chance aus parteitreuen Linien auszuberechnen. Ein entscheidender Punkt, damit Frauen im Parlament Auswirkungen auf die Gesetzgebung haben können, ist laut Dahlerup (1998), ob Politikerinnen gemeinsame Ideen entwickeln, für die sie kämpfen wollen (vgl. Dahlerup 1988: 294). Im ruandischen Kontext, in dem die Regierungspartei RPF eine dominante Position einnimmt, ist der Zusammenschluss von Parlamentarierinnen ein positives Zeichen, dass Politikerinnen im ruandischen Parlament durch das FFRP parteiübergreifend Ideen entwickeln und initiieren.

Das Kapitel hat diskutiert, welche Rolle die ruandische Regierungspartei RPF und zivilgesellschaftliche Frauenorganisationen in der politischen Repräsentation von Frauen in Ruanda spielen und hat die Auswirkungen des Genozid 1994 auf die politischen Strukturen Ruandas beleuchtet. Die Diskussion hat gezeigt, dass aktive Frauenorganisationen maßgeblich am Wiederaufbau der Gesellschaft und Neuformulierung von sozialen Normen nach dem Genozid beteiligt waren. Diese wurden durch einen hohen politischen Willen der RPF ergänzt, die Frauenbeteiligung in politischen Institutionen zu erhöhen. Die Repräsentation von Frauen konnte 2003 durch die Einführung einer Frauenquote in der ruandischen Konstitution gesetzlich

verankert werden, und die Anzahl an Politikerinnen hat sich in den folgenden Jahren weit über die 30 %-Quote entwickelt. Das Zusammenspiel dieser Faktoren hat zu einer Mehrheit an Frauen im Parlament und zu einer hohen Anzahl an Ministerinnen geführt. Ruanda ist somit ein Land mit einer Vorreiterrolle im Bereich Repräsentation von Frauen und verfügt außerdem über eine umfangreiche *gender machinery*.

Im kommenden Abschnitt wird untersucht, welche Auswirkungen die bemerkenswert hohe Repräsentation von Frauen auf die Geschlechterpolitiken Ruandas hatte. Konnten aufgrund der bedeutenden Anzahl von Frauen in politischen Institutionen ‚frauenfreundliche Politiken‘ umgesetzt werden? Aufbauend auf der theoretischen Diskussion erfolgt in Kapitel fünf eine qualitative Inhaltsanalyse der ausgewählten Politiken, gefolgt von einer deskriptiven Datenanalyse der Auswirkungen auf die sozioökonomische Entwicklung Ruandas in Kapitel sechs.

5. Qualitative Inhaltsanalyse

Im Rahmen dieser Analyse werden die politischen Dokumente Ruandas untersucht. Dabei wird geprüft, ob sich die starke Präsenz von Frauen in den politischen Institutionen des Landes auf die strategischen Ansätze und Konzepte zur Förderung der Geschlechtergleichstellung und -gerechtigkeit ausgewirkt hat. Dieses Kapitel widmet sich einer ausführlichen Behandlung und Analyse folgender Fragen: Werden Konzepte wie Gendermainstreaming und die Veränderung sozialer Geschlechternormen aktiv in die politischen Richtlinien integriert, um Geschlechtergleichstellung und -gerechtigkeit zu fördern? Auf welche Weise wurden sie in die politischen Maßnahmen eingebunden und dargestellt? Welche konkreten inhaltlichen Schwerpunkte und Prioritäten werden in den politischen Richtlinien gesetzt?

Gender policies beinhalten Strategien und Konzepte, die von politischen Institutionen und Parteien für den Umgang mit dem Thema Gleichstellung und Gerechtigkeit der Geschlechter festgelegt werden (vgl. King 2002: 1). Gendermainstreaming, wie im theoretischen Rahmen erläutert, hat seit den 1990er Jahren eine wichtige Rolle in der Umsetzung gespielt. Diese Strategie wurde erstmals auf der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking definiert und legt fest, wie Regierungen und Organisationen geschlechtsspezifische Aspekte in ihren Strukturen und Praktiken berücksichtigen sollten (vgl. ebd.: 13).

Die ausgewählten politischen Maßnahmen wurden auf den Begriff ‚Gendermainstreaming‘ untersucht. In der anschließenden Analyse wird diskutiert, inwiefern dieses Konzept in den

Richtlinien beschrieben und zur Förderung von Geschlechtergleichstellung und -gerechtigkeit eingesetzt wird. Zudem wird betrachtet, wie es in den lokalen Kontext Ruandas integriert wurde.

5.1. Gendermainstreaming

In den ruandischen Richtlinien wird die Auffassung und Definition von Gendermainstreaming aus den Vereinten Nationen übernommen. Die Definition klärt darüber auf, welches Ziel mit der Gendermainstreaming-Strategie verfolgt wird:

“Mainstreaming involves ensuring that gender perspectives and attention to the goal of gender equality are central to all activities - policy development, research, advocacy/ dialogue, legislation, resource allocation, and planning, implementation and monitoring of programmes and projects.” (UN Women: Abs. 1).

Die erste National Gender Policy Ruandas wurde 2010 veröffentlicht, zwei Jahre nachdem im ruandischen Parlament eine Mehrheit von Politikerinnen erreicht wurde. Diese Politik basiert wesentlich auf dem Konzept des Gender Mainstreaming. Die Maßnahmen im Politikdokument legen als Grundlage für die Erreichung von Geschlechtergleichstellung die Integration der Geschlechterperspektive in alle Sektoren fest.

Gender mainstreaming approach which aims at integrating gender issues into the policies, programmes, activities and budgets in all sectors and at all levels (National Gender Policy 2010: 20).

Gendermainstreaming spielt eine entscheidende Rolle in den politischen Leitlinien Ruandas. Die Strategie zur Förderung der Geschlechtergleichstellung beruht auf der Integration der Geschlechterperspektive in allen Sektoren. Die ruandischen Ministerien setzen das Gendermainstreaming insbesondere gezielt im Budgetkontext ein. So hat das Ministerium für Finanzen und Wirtschaftsplanung in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Gleichstellung und Familienförderung ein Projekt zur geschlechtergerechten Haushaltsaufstellung initiiert, um sicherzustellen, dass die Haushaltsmittel für staatliche Maßnahmen gendersensibel eingesetzt werden (vgl. National Gender Policy 2010: 11). 2013 wurde zusätzlich das *Organic Budget Law* erlassen, welches allen Ministerien vorschreibt im Rahmen des Haushaltsverfahrens geschlechtsspezifische Haushaltsaufstellungen vorlegen zu müssen (vgl. Gender Monitoring Office 2018). Erfolge die dadurch sichtbar geworden sind ist beispielsweise, dass durch die Berücksichtigung geschlechterspezifischer Aspekte bei der Haushaltsplanung im Bildungsbereich Ruanda eine Geschlechterparität bei der Einschulung von Mädchen und

Jungen in der Sekundarstufe erreicht und aufrechterhalten hat (vgl. Owusu-Gyamfi 2023: Abs. 7). In Ruanda scheint die Gendermainstreaming-Strategie somit insbesondere die Beachtung der Gender-Perspektive in der Allokation und Budget-Aufstellung des Staatshaushaltes vorangetrieben zu haben.

Nach Janet G. Stotsky et. al (2016) gehören Länder in Subsahara-Afrika, gemäß einer Untersuchung des Internationalen Währungsfonds (IMF), zu den Pionieren des Gender-Budgeting. Das bedeutet, dass Finanzpolitik und Finanzverwaltung aktiv genutzt werden, um die Gleichstellung der Geschlechter und die Entwicklung von Frauen zu fördern. Insbesondere haben sich Ruanda und Uganda in der erfolgreichen Umsetzung des Gender-Budgeting in dieser Region hervorgetan (vgl. Stotsky et. al. 2016: 3). Ministerien und Regierungsebenen, die für die soziale Wohlfahrt oder die Entwicklung von Frauen verantwortlich sind, wurden beauftragt, in ihren Haushalten geschlechtsspezifische Unterschiede und die Bedürfnisse von Frauen zu berücksichtigen. In diesen Ländern spielten auch die Parlamentarier*innen eine katalytische Rolle. In Ländern, die die größten Erfolge beim Gender-Budgeting verzeichneten, herrschte unter den Regierungsbeamten ein eindeutiger Konsens darüber, dass Gender-Budgeting nicht nur zum Wohlergehen der Frauen, sondern auch zum Wohlergehen der Gesellschaft als Ganzes beitragen würde (vgl. ebd.: 3).

Die National Gender Policy (2010), die von dem MIGEPROF initiiert und veröffentlicht wurde, bildet die Grundlage der Gender-Budgeting-Bemühungen in Ruanda. Laut Stotsky et. al. (2016) basiert dies auf der Überzeugung, dass jedes Ministerium dafür verantwortlich ist, die Bedürfnisse von Frauen in seinen Zuständigkeitsbereich zu integrieren. Die Überwachung und Unterstützung dieser Bemühungen obliegen dem Ministerium für Gleichstellung und Familienförderung sowie dem GMO. Darüber hinaus zielt die Initiative darauf ab, eine übermäßige Abhängigkeit von externen Berater*innen zu vermeiden und stattdessen zu versuchen, die Kapazitäten der Mitarbeiter*innen vor Ort zu stärken und auszubauen (vgl. Stotsky et al. 2016: 18).

In der Analyse der National Gender Policy (2010) wird die Verpflichtung der ruandischen Regierung, die Gleichstellung der Geschlechter aktiv in politische Strategien zu verankern deutlich:

„The Government of Rwanda made a strong commitment to integrate gender into policy and strategic planning instruments. In the Vision 2020, the Economic Development and Poverty Reduction Strategy (EDPRS), gender is highlighted as cross cutting issue in all sectors. In addition to that, a Gender Responsive Budgeting Project was initiated by the

Ministry of Finance and Economic Planning in Partnership with the Ministry of Gender and Family Promotion to ensure budget allocation to government interventions are gender sensitive“ (National Gender Policy 2010: 10-11).

Im Rahmen der Rwanda Vision 2020 und der EDPRS wird die Gleichstellung der Geschlechter als durchgängiges Anliegen in allen Sektoren hervorgehoben. Dadurch werden Gender-Aspekte bei Themen wie Armut und wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigt und in die Ausrichtung der Strategien mit einbezogen. So wird in der Vision 2020 betont, dass zur Förderung der Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter Ruanda seine Gesetze zum Thema kontinuierlich aktualisieren und anpassen wird, Bildung für alle fördern, sämtliche Formen der Diskriminierung beseitigen, die Armut bekämpfen und eine Politik der positiven Diskriminierung zugunsten von Frauen verfolgen (vgl. Republic of Rwanda Ministry of Finance and Economic Planning 2000: 21).

Das Gendermainstreaming wird nicht nur auf Ministerien Ebene eingesetzt, sondern auch auf lokaler Regierungsebene:

„The Ministry in charge of Gender will collaborate with the Ministry of Local Government (MINALOC) to facilitate and coordinate gender mainstreaming initiatives at district and sector levels.“ (vgl. National Gender Policy 2010: 30).

Die Einführung der Genderbudget-Initiative verdeutlicht, dass die politischen Maßnahmen in Ruanda Gendermainstreaming als zentrales Instrument und eine bedeutende Strategie nutzen, und vielen anderen Ländern, insbesondere in Bezug auf das Gender-Budgeting voraus sind. Die erfolgreiche Zusammenarbeit der Ministerien und die Anerkennung von Gendermainstreaming als wichtiges Instrument haben zu positiven Ergebnissen geführt. Da es sich um eine internationale Strategie handelt, wird im Weiteren erörtert, inwiefern Gendermainstreaming an den lokalen Kontext angepasst wurde, und ob die Stärkung lokaler Kapazitäten im Mittelpunkt steht.

Ein Aspekt, der oft in Bezug auf das Gendermainstreaming kritisiert wird, sind die Herausforderungen der Umsetzung. Die Kritik konzentriert sich darauf, dass es nach wie vor ein unzureichendes Verständnis dafür gibt, wie geschlechtsspezifische Perspektiven identifiziert und effektiv angegangen werden können. Das Erkennen und Bewältigen von Geschlechterperspektiven bleibt weiterhin eine der bedeutendsten Hürden (vgl. King 2002: 6). Der Strategic Plan (2011) des GMO verdeutlicht, dass auch in den politischen Maßnahmen

Ruandas erkannt wird, welche Lücken und Herausforderungen im Gender-Mainstreaming-Prozess im Hinblick auf Geschlechtergleichstellung bestehen:

“Lack of standardized indicators and frameworks for monitoring progress made on the achievement of gender equality commitments” (Gender Monitoring Office 2011: 20).

Für eine erfolgreiche Implementierung von Gendermainstreaming ist ein hoher politischer Wille erforderlich. Ebenso wichtig ist die klare Identifizierung von Geschlechterperspektiven in verschiedenen Ministerien und Sektoren. Wie in Kapitel vier erläutert wurde, zeigt sich in Ruanda durch die Regierungspartei RPF und einer gut etablierten *gender machinery* ein entschiedener politischer Wille zur Umsetzung von Maßnahmen zur Geschlechtergleichstellung. Die Verankerung von Gendermainstreaming als internationale Strategie, die übernommen und an den lokalen Kontext angepasst wurde, wird durch die Aufnahme in die ruandische Verfassung von 2003 verdeutlicht.

“The constitution reinforces the principles of gender equality and elimination of all forms of discrimination against women and provides a very strong platform for gender mainstreaming in all sectors” (National Gender Policy 2010: 13).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Ruanda das Gendermainstreaming zeitnah nach dem Genozid als eine Strategie in seine politischen Maßnahmen integriert hat. Die Integration wurde maßgeblich durch die Frauenkonferenz in Peking im Jahr 1995 vorangetrieben, an der eine Delegation aus Ruanda teilnahm. Zudem wurde sie durch das MIGEPROF in der National Gender Policy (2010) als bedeutendes Instrument positioniert. Dies hat dazu geführt, dass das Ministerium für Finanzen die internationale Strategie durch die Anwendung des Gender Budgeting im ruandischen Kontext verankert hat. Die Integration von Geschlechteraspekten auf allen Ebenen und in sämtlichen Sektoren kann eine entscheidende Grundlage für Politikerinnen darstellen, um politische Maßnahmen und Gesetze umzusetzen, die auf Geschlechtergerechtigkeit abzielen und die Situation der Frauen verbessern sollen. Im weiteren Verlauf der Analyse wird untersucht, inwieweit die politischen Maßnahmen einen gendertransformativen Ansatz verfolgen, der neben der instrumentellen Anwendung, wie dem Gendermainstreaming, auch auf die Veränderung sozialer Geschlechternormen abzielt.

5.2 Patriarchale Gesellschaftsformen und soziale Geschlechternormen

Politiker*innen können einen maßgeblichen Einfluss auf die Institutionalisierung von Geschlechternormen ausüben und spielen daher eine wichtige Rolle in der Formulierung von policies, wenn es um die Gleichstellung- und Gerechtigkeit der Geschlechter geht. Daher ist es

von entscheidender Bedeutung, dass politische Maßnahmen ergriffen werden und Politiker*innen sich aktiv für Veränderungen (negativer) sozialer Normen einsetzen, um Geschlechtergerechtigkeit zu fördern.

Im nachfolgenden Abschnitt erfolgt eine Untersuchung der politischen Maßnahmen in Ruanda, um festzustellen, inwieweit in den Dokumenten eine Auseinandersetzung mit sozialen Geschlechternormen und patriarchalen Strukturen stattgefunden hat. Zudem wird analysiert, welche spezifischen Maßnahmen ergriffen wurden und ob diese einen transformativen Charakter aufweisen.

Die ruandische National Gender Policy (2010) bezeichnet die ruandische Gesellschaftsstruktur als eine patriarchale:

„Rwandan society is characterized by a patriarchal social structure that underlies the unequal social power relations between men and women, boys and girls. This has translated into men’s dominance and women’s subordination. Gender inequalities have not seen as unjust, but as respected social normality.” (National Gender Policy 2010: 8).

In der National Gender Policy (2010) werden die Auswirkungen einer patriarchalen Struktur auf die Geschlechterbeziehungen dargelegt und als negativ bewertet. Die patriarchale Gesellschaftsstruktur und die darauf ausgerichteten sozialen Geschlechternormen werden, insbesondere auf die Kolonialzeit und die damit verbundenen Veränderungen, durch erzwungene soziale und wirtschaftliche Modelle und Regeln, zurückgeführt, die die patriarchalen Geschlechternormen maßgeblich verstärkt haben (vgl. National Gender Policy 2010: 8). Zwar herrschte bereits im vorkolonialen Ruanda ein patriarchalisches System, in dem das Staatsoberhaupt ein mächtiger polygamer König war, dessen Autorität theoretisch grenzenlos war. Die meisten Führungskräfte unter ihm waren Männer, obwohl vereinzelt auch Frauen auf niedrigeren Ebenen der Macht tätig waren. Die Existenz der Institution der Königinmutter in der ruandischen Monarchie zeugte jedoch von der Flexibilität des Systems, Frauen zumindest eine gewisse Rolle in Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Mit der Kolonialisierung blieb dieser Status quo weitgehend erhalten, und die Geschlechterdynamik verschlechterte sich aus verschiedenen Gründen. Die Einführung einer Geldwirtschaft verstärkte die bestehenden Geschlechterungleichheiten, da nur Männer Zugang zu und Kontrolle über die wichtigste Ressource, nämlich Geld, hatten. Zudem spiegelte sich die Gewalt und Brutalität, die Männer unter der europäischen Herrschaft erlitten hatten, in ihrer Behandlung von Frauen und Kindern wider (vgl. National Gender Policy 2010: 9).

Um diese verankerten gesellschaftlichen Normen aufzubrechen und Veränderungen zu erzielen, benötigt es gendertransformative Ansätze und Maßnahmen. Laut dem BMZ (2023) schärfen gendertransformative Ansätze das gesellschaftliche Bewusstsein für Geschlechterungleichheiten und verändern nachhaltig die zugrundeliegenden Ursachen (vgl. BMZ 2023). Diese können beispielsweise diskriminierende Gesetze, ungleiche soziale Normen und Praktiken sowie diskriminierende Einstellungen, Geschlechterrollen oder -stereotype sein (vgl. ebd.). Damit ein Ansatz gendertransformativ ist, müssen diskriminierende Genderstereotype und -normen sowohl auf individueller und zwischenmenschlicher Ebene als auch auf gesellschaftlicher und systemischer Ebene aufgebrochen und behandelt werden (vgl. ebd.).

In der Analyse der ruandischen Policy-Dokumente sind das patriarchale System und soziale Geschlechternormen ein überaus präzentes Thema. Übergreifend wird deutlich, dass die politischen Maßnahmen den Schlüssel zur Gleichstellung der Geschlechter in der Veränderung sozialer Geschlechternormen und den Abbau von negativen Vorurteilen gegenüber Frauen innerhalb der Gesellschaft sehen. Gemäß der National Gender Policy (2010) wird die Gleichberechtigung der Geschlechter in Ruanda durch verschiedene Hindernisse erschwert, die mit sozialen Geschlechternormen im Zusammenhang stehen. Dazu zählen eine hohe reproduktive Arbeitsbelastung, die es Frauen erschwert, sich an Entscheidungsprozessen sowie anderen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen. Weiterhin besteht eine voreingenommene Wahrnehmung, dass Frauen nicht für die Entscheidungsfindung geeignet seien, und es gibt eine eingeschränkte Beteiligung von Männern an der Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und anderen geschlechtsspezifischen Problemen (vgl. National Gender Policy 2010: 18). Ein entscheidender Faktor ist somit eine Veränderung der gesellschaftlichen Normen in Bezug auf Gender. Die Policy sieht ein bedeutendes Hindernis in der ruandischen Gesellschaft, insbesondere aufgrund von [...] „*Resistance to behaviour change and poor understanding of gender concept.*“ (ebd.: 18).

In der Analyse der National Gender Policy (2010) wurde deutlich, dass Ruandas politische Maßnahmen stark auf der Annahme basieren, dass eine Veränderung der Denkweise und der sozialen Einstellungen in der Bevölkerung notwendig ist, um die Geschlechtergleichstellung zu fördern und zu erreichen. So sehen die untersuchten Dokumente beispielsweise alle einen Zusammenhang zwischen negativen sozialen Geschlechternormen und GBV. Der GBV Policy Strategic Plan (2011) widmet sich dem Thema soziale Geschlechternormen und formuliert als eines seiner Ziele die Verbesserung und Förderung von positiven kulturellen Werten:

„Positive cultural values and social attitudes on gender and against GBV are enhanced” (GBV Policy Strategic Plan 2011: 15).

Gemäß dem Dokument bedarf es kultureller Werte, die die Prävention von geschlechtsbezogener Gewalt (GBV) unterstützen. Diese Werte sollen durch die Konzeption und Umsetzung von Kommunikations- und Advocacy-Kampagnen zu Gender und GBV gefördert und vermittelt werden. Die Kampagnen sollen sich an diverse Bevölkerungsgruppen richten, darunter lokale und religiöse Führer*innen, Strafverfolgungsbehörden, Familien und Schulen (vgl. GBV Strategic Plan 2011: 15). Hier ist ein Hinweis auf einen gendertransformativen Ansatz, der auf zivilgesellschaftlicher Ebene Veränderungen zur Verbesserung der Lebenssituation von Opfern genderbasierter Gewalt abzielen soll.

Negative Auswirkungen einer patriarchalen Gesellschaftsstruktur auf geschlechtsspezifische Ungleichheiten werden in der National Gender Policy (2010) in Hinblick auf die Beschäftigung hervorgehoben, in der festgehalten wird, dass Frauen mehrheitlich in der Kategorie ‚unterstützendes Personal‘ angestellt sind, während Männer Schlüsselpositionen einnehmen (vgl. National Gender Policy 2010: 9).

In der ruandischen Konstitution von 2003 konnte die Gleichstellung der Geschlechter als soziale Norm verankert werden. Darin wurde die Skizzierung des künftigen politischen Systems, die Regelung der Anwendung internationaler Normen in Ruanda und die Festlegung besonderer Bestimmungen zur Vertretung der Frauen behandelt. Laut Mageza-Barthel (2015) ist besonders die aktive Beteiligung der ruandischen Frauenbewegung am Verfassungsgebungsprozess hervorzuheben, bei dem sie ehrgeizige Ergebnisse erzielte, insbesondere hinsichtlich der Festlegung der Gleichstellung der Geschlechter als Norm. Die Bewegung mobilisierte sich innerhalb der gesamten institutionellen Landschaft Ruandas, bildete Bündnisse mit einflussreichen Männern und internationalen Partnern und setzte sich das Ziel, die Verankerung der Gleichstellung der Geschlechter als Norm in der Verfassung von 2003 zu erreichen. Ebenso setzte sie sich für Instrumente wie die verfassungsmäßige Quote ein, um diesen Grundsatz aufrechtzuerhalten (vgl. Mageza-Barthel 2015: 103). Die Verankerung der Gleichstellung der Geschlechter als soziale Norm und die Instrumente, die damit einhergehen, führte zu einer hohen politischen Repräsentation von Frauen, die die Bekämpfung von negativen sozialen Geschlechternormen als hohe Priorität in den untersuchten politischen Maßnahmen im Zeitraum von 2008 – 2018 platziert haben.

Um positive Fortschritte zu erzielen, ist es notwendig, nicht nur formale politische Maßnahmen und Institutionen zu etablieren, die eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

ermöglichen, sondern auch tief verwurzelte soziale Geschlechternormen aktiv anzugehen. Diese Normen können eine wirkliche Gleichstellung beeinträchtigen und erfordern daher eine gezielte und konsequente Aufmerksamkeit (vgl. UNDP 2023: 16). Die Analyse der policies hat gezeigt, dass soziale Geschlechternormen ein wichtiger Fokus der ruandischen Regierung und Politikerinnen ist und in dem Zeitraum 2008-2018 maßgeblich in den politischen Maßnahmen eingeflossen sind. So konnte Ruanda durch die gestärkten zivilgesellschaftlichen Frauenbewegungen und die hohe Vertretung von Frauen in politischen Institutionen Themen im Zusammenhang mit sozialen Geschlechternormen und patriarchalen Strukturen in den politischen Richtlinien präsentieren. Bei der Analyse der politischen Maßnahmen wird offensichtlich, dass die Thematik der sozialen Geschlechternormen und ihrer negativen Auswirkungen von zentraler Bedeutung ist. Die National Gender Policy widmet ein Kapitel dem soziokulturellen Kontext. Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern werden fast ausschließlich auf negative soziale Normen zurückgeführt, und es wird festgestellt, dass in der Gesellschaft nicht genügend Verhaltensänderungen stattfinden. Die prominente Behandlung dieses Themas deutet auf einen transformativen Ansatz hin, der nicht nur die Belange von Frauen berücksichtigt, sondern darauf abzielt, das gesamte gesellschaftliche Konstrukt zu verändern. Die politischen Maßnahmen beinhalten Schulungs- und Informationsmaßnahmen zu Gender-Themen auf Schul- und Gemeindeebene, aber es fehlen maßgebliche Maßnahmen, um zu präzisieren, wie dies erreicht werden soll. Es wird deutlich, dass Strukturen wie die Gender-Machinery und Gesetze, die Diskriminierung verhindern sollen, stark betont werden. Die Umsetzung, insbesondere das Monitoring, wie sich gesellschaftliche Normen verändern sollen, bleibt jedoch unklar.

5.3. Prioritäten der gender policies

5.3.1. Economic empowerment und Zugang zu Ressourcen

Wie im Kapitel vier beschrieben wurde, waren Frauen in der ruandischen Gesellschaft vor dem Genozid von Rechten und dem Zugang zu Ressourcen oftmals exkludiert. Im Vergleich zur Kolonialzeit hatten Mädchen und Frauen in der Zeit vor dem Genozid zwar zunehmend Zugang zu öffentlichen Einrichtungen wie dem Bildungswesen, und politische Institutionen zeigten sich offener für die Belange von Frauen, trotzdem waren sie massiv diskriminierenden Gesetzen und Praktiken im Rechts- und Sozialsystem ausgesetzt (vgl. Mageza-Barthel 2015: 56). Mit dem Umbruch der zivilgesellschaftlichen und politischen Ordnung im Jahr 1994 wurden Rechte und Zugang zu Ressourcen und wirtschaftlicher Teilhabe ein wichtiges Thema der ruandischen

zivilgesellschaftlichen Frauenbewegung und präsenten Thema der politischen Agenden und Maßnahmen nach dem Genozid (vgl. ebd.: 61).

Eine ausschlaggebende Errungenschaft für die Gleichberechtigung von Zugang zu Ressourcen und Eigentum ist das *Organic Land Law*, welches im Jahr 2005 in Ruanda verabschiedet wurde (vgl. ebd.: 131). Zu diesem Zeitpunkt lag der Frauenanteil im ruandischen Parlament bei 48,8 % und einem 34,62-prozentigen Anteil an Ministerinnen (vgl. IPU Archive). Das *Organic Land Law* regelt vorrangig die Nutzung, das Eigentum und die Verwaltung von Land, indem es verschiedene Landkategorien definiert, Nutzungsrechte festlegt und Kriterien für die Übertragung von Eigentum vorgibt. Dieses Gesetz nimmt eine zentrale Stellung im wirtschaftlichen Rechtssystem Ruandas ein, da Land eine der wenigen natürlichen Ressourcen des Landes ist und die überwältigende Mehrheit der Ruander*innen auf subsistenzwirtschaftliche Landwirtschaft angewiesen ist. Es ist besonders relevant, da die Mehrheit der ruandischen Frauen in ländlichen Gebieten lebt, während nur eine Minderheit in städtischen Gebieten ansässig ist (vgl. Mageza-Barthel 2015: 131).

Neben dem Organic Land Law wird das Thema Landnutzungsmanagement auch in der National Gender Policy (2010) aufgegriffen und als ein Themenschwerpunkt für die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit platziert. „*To facilitate the establishment of gender sensitive land administration services that are accessible to all*“ (National Gender Policy 2010: 26). Als Maßnahme soll die Förderung von Trainings für Frauen gemacht werden, dass insbesondere auch auf Nachhaltigkeit und Umwelteinflüsse ausgerichtet ist: „*To increase number of women trained and involved in environmental impact assessment.*“ (National Gender Policy 2010: 26).

Seit der Einführung des Gesetzes haben Frauen und Mädchen klare Nutzungsrechte und Kontrolle über die Erträge, die auf diesem Land wachsen. Zusätzlich wurde die Entscheidungsbefugnis bei Landstreitigkeiten den neu etablierten Landkommissionen übertragen, die gemäß der Verfassung sowohl aus Männern als auch aus Frauen bestehen müssen (vgl. ebd.: 132). Durch die Schaffung dieses Gesetzes wurde ein bedeutendes Recht für die Gleichstellung der Geschlechter und die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen etabliert. Laut Mageza-Barthel (2015) wurde die Umsetzung maßgeblich durch die Lobbyarbeit von Frauenorganisationen und einer sektorübergreifende Zusammenarbeit von Politikerinnen vorangetrieben. (vgl. ebd.: 134).

Economic empowerment von Frauen ist ebenfalls eine der Prioritäten der National Gender Policy 2010:

“Women require economic freedom, obtained notably by promoting their rights in management and access to resources, employment, adequate working conditions and economic capacity building” (National Gender Policy 2010: 8).

Der Ausschnitt aus der National Gender Policy 2010 unterstreicht, dass ein besonderer Fokus auf das economic empowerment von Frauen gelegt wird. In dem Dokument wird die Förderung von Partnerschaften zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor, mit dem Ziel, Märkte für Frauenprodukte in verschiedenen Sektoren zu schaffen, als Maßnahme formuliert. Die Unterstützung des Ausbaus der unternehmerischen Fähigkeiten von Frauen in ländlichen Gebieten ist hierbei besonders wichtig (vgl. National Gender Policy 2010: 23). Trainings sollen dazu dienen, dass Frauen in Einkommen generierende Aktivitäten investieren können, indem ihnen ein erleichterter Zugang zu Krediten und anderen Produktionsmitteln ermöglicht wird (vgl. ebd.: 24).

Außerdem werden drei Maßnahmen für die Förderung der Beschäftigung und Zugang zum Arbeitsmarkt und in Entscheidungspositionen vorgeschlagen:

“1) To ensure that measures aimed at facilitating an increased number of women in decision making in all sectors are undertaken; 2) To enact and enforce anti-discriminatory laws in the employment field; 3) To ensure that measures to facilitate access to technical jobs for women are adopted.” (National Gender Policy 2010: 26-27).

Die politischen Maßnahmen setzen zudem einen Schwerpunkt auf die Förderung der Bildung im Kontext der wirtschaftlichen Stärkung von Mädchen und Frauen. An der Nationalen Universität Ruandas betrug der höchste Frauenanteil unter den Studierenden im Jahr 2008 50 % an der Fakultät für Erziehungswissenschaften. Im Gegensatz dazu lag der Frauenanteil an der Fakultät für angewandte Wissenschaften im gleichen Jahr bei lediglich 11,6 %, was die geringe Teilnahme von Frauen in den Bereichen Wissenschaft und Technologie deutlich zeigt. Diese Diskrepanz spiegelt die dominierende Präsenz von Frauen in Sektoren wider, die mit ihren traditionellen Rollen und Verantwortlichkeiten verbunden sind (vgl. National Gender Policy 2010: 16). Bei der Analyse wurde deutlich, dass die politischen Maßnahmen auf Investitionen und die Förderung von Programmen setzen, die Frauen dazu ermutigen, Naturwissenschaften und technische Studiengänge zu wählen, um den Zugang zu Berufen mit höherem Einkommen zu ermöglichen.

Die wirtschaftliche Stärkung von Frauen ist eng mit den Bemühungen zur Bekämpfung der Armut verknüpft, die einen weiteren Schwerpunkt der politischen Maßnahmen in Ruanda ausmachen.

5.3.2. Armutsbekämpfung

Die National Gender Policy (2010) bezeichnet Armut als eines der größten Probleme für Frauen und Männer in Ruanda. Hintergrund für den Fokus ist auch die hohe Armutsrate, die nach dem Genozid in Ruanda herrschte (vgl. National Gender Policy 2010: 8).

Sozioökonomische Themen wie Armut werden in der National Gender Policy (2010) im Zusammenhang mit Geschlechterungleichheiten formuliert. Laut der Policy ist das Problem der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in das Patriarchat als ein System eingebettet, das Männern mehr Macht zugesteht als Frauen. Die Ungleichheit zeigt sich in verschiedenen übergreifenden Themen wie Armut, von der Frauen stärker betroffen sind als Männer (vgl. National Gender Policy 2010: 14). Durch die Analyse der Geschlechterpolitiken und bestehender Literatur zur Umsetzung politischer Maßnahmen wird deutlich, dass in Ruanda übergreifende gesellschaftliche Themen wie Armut unter dem Aspekt der Geschlechterperspektive betrachtet werden. Dies verdeutlicht die Anwendung von Gendermainstreaming in Ruanda. Die Anwendung wird zum Beispiel in der Einbeziehung von Gender- und Geschlechterungleichheiten in ruandischen Policies und strategischen Planungsinstrumenten wie der EDPRS deutlich, auf die sich die National Gender Policy (2010) bezieht (vgl. National Gender Policy 2010: 10). In der Policy wird auch betont, dass es wichtig ist, Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, dass die Einschränkungen, Optionen, Anreize und Bedürfnisse von Frauen und Männern bei sämtlichen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, insbesondere solchen, die gezielt auf die Armutsbekämpfung von Frauen abzielen, angemessen berücksichtigt werden. (vgl. National Gender Policy 2010: 20). Dieser Aspekt ist von entscheidender Bedeutung, um Ungleichheitsmuster zu erkennen und entsprechende Maßnahmen sowie Ziele zu entwickeln, um patriarchale Strukturen zu überwinden und die sozioökonomische Situation von Frauen zu verbessern.

Die Armutsbekämpfung steht im direkten Zusammenhang mit der Vision und Mission der National Gender Policy (2010), nachhaltige Entwicklung zu fördern:

„The Vision of the National Gender Policy is to set the Rwandan society free from all forms of gender-based discrimination and see both men and women participate fully

and enjoy equitably from the development processes” (National Gender Policy 2010: 19).

Der Politik kommt in der Bekämpfung von Armut in der Regel eine wichtige Rolle zu. Die Förderung der Beschäftigung von Frauen kann Ländern helfen, sich aus der Armutsfalle zu befreien und einen selbsttragenden Weg zu höherem Wachstum und größerer Geschlechtergerechtigkeit einzuschlagen (vgl. Kann&Klasen 2021: 80). Die gender policies sollen somit auch zur Förderung von Geschlechtergleichberechtigung beitragen, um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, von der die gesamte Gesellschaft profitieren kann, wie in diesem Abschnitt klar wird:

“The main mission of this policy is to contribute to the elimination of gender inequalities in all sectors of national life, in order to achieve the nations’s goal for sustainable development” (National Gender Policy 2010: 19).

In der Analyse wird deutlich, dass die Themen Armut und Armutsbekämpfung ein starker Fokus der Exekutive, insbesondere der RPF ist. Es wird auf die Verbesserung der gesamten sozioökonomischen Lage Ruandas abgezielt. So wird Präsident Paul Kagames Ansicht in der National Gender Policy prominent in den Fokus gestellt, dass die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau entscheidend für eine nachhaltige sozioökonomische Entwicklung sind (vgl. National Gender Policy 2010: 7).

Ruanda hat mehrere Internationale Entwicklungsziele und Konventionen ratifiziert. Unter anderem die CEDAW, MDGs, New Partnership for Africa’s Development (NEPAD), Common Market for Eastern and Southern Africa (COMESA) ratifiziert, und hält sich an die internationalen Konventionen, Chartas und Erklärungen, die zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen sollen und einen Gender-Fokus haben (vgl. National Gender Policy 2010: 10). Der Fokus auf Armutsbekämpfung und *sustainable development* im Zusammenhang mit Geschlechtergleichstellung wird in der Literatur jedoch auch kritisch diskutiert. Jenny Lorentzen (2017) argumentiert, dass die Stärkung der Rolle der Frau und die Förderung der Geschlechtergleichstellung mit dem Ziel, Frauen in die formelle Wirtschaft zu integrieren und dadurch ihren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu erhöhen, gleichzeitig dazu führen, dass die Verantwortung für die Überwindung der Armut auf Frauen übertragen wird. Nach Lorentzens Ansicht wird durch diese Herangehensweise sowohl die Armut als auch die Gleichstellung der Geschlechter als technisches Problem betrachtet, anstatt als politische Herausforderung. Dies impliziert einen Bedeutungswandel und eine politische Abwendung der

feministischen Vorstellung von Geschlechtergleichheit als Veränderung der geschlechtsspezifischen Machtverhältnisse (vgl. Lorentzen 2017: 666). Petra Debusscher und An Ansoms (2013) vertreten in ihrer Studie zu den Geschlechterpolitiken in Ruanda die These, dass die tatsächliche Integration von Geschlechtergleichheit, obwohl eines der Querschnittsthemen in den lang- und mittelfristigen Strategien Ruandas, offensichtlich ein entscheidender Faktor für das übergeordnete Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung und Modernisierung der Gesellschaft ist. Dies wird als ein Instrument betrachtet, das Ruanda befähigt, effektiv im globalen Wettbewerb der Wirtschaft zu bestehen (vgl. Debusscher&Ansom 2013: 1119). Es ist von Bedeutung, diese Kritik angemessen zu berücksichtigen. Dennoch verdeutlicht die Analyse der ruandischen Maßnahmen, dass im Zusammenhang mit der Armutsbekämpfung nicht nur wirtschaftliche Entwicklungsaspekte berücksichtigt werden, sondern auch andere Themen, die darauf abzielen, durch Armutsreduzierung das Leben von Frauen zu verbessern und negative Auswirkungen zu verhindern.

Mädchen und Frauen, die in Armut leben, sehen sich verschiedenen negativen Auswirkungen und Konsequenzen gegenüber. Gemäß einer Untersuchung von Jane Kabubo-Mariara, Adalbertus Kamanzi und Andy McKay (2021) stellt Armut eine der Hauptursachen für frühe Heirat dar, insbesondere in ländlichen Gebieten (vgl. Kabubo-Mariara, Kamanzi, McKay 2021: 241). Ebenso wird Armut häufig als Ursache für hohe Schulabbruchquoten genannt. Viele Schülerinnen beenden ihre Schulbildung vorzeitig, da sie sich die Schulgebühren oder das benötigte Schulmaterial nicht leisten können (vgl. ebd.: 238). In der Studie wurden auch Fälle dokumentiert, in denen die Armut Mädchen dazu zwang, aus materiellen Gründen Sex zu haben, was zu frühen Schwangerschaften führte (vgl. ebd.: 243). Die vielfältigen negativen Folgen von Armut werden in der National Gender Policy hervorgehoben. Unter anderem soll durch die Reduzierung von Armut GBV-Raten gesenkt und wirtschaftlichen Abhängigkeiten entgegengewirkt werden, und sind in den politischen Maßnahmen als Ziele verankert. So betont der GBV Policy Strategic Plan (2011), dass wirtschaftliche Abhängigkeit und Armut von Frauen die Wahrscheinlichkeit erhöht, von GBV betroffen zu sein (GBV Policy Strategic Plan 2011: 11).

Die Tatsache, dass in den politischen Maßnahmen die Armutsbekämpfung nicht ausschließlich im Zusammenhang mit wirtschaftlicher Entwicklung betrachtet wird, unterstützt die Annahme, dass eine umfassende Teilnahme von weiblichen Politikerinnen dazu führte, dass die

Gleichberechtigung der Geschlechter und die Berücksichtigung der Frauenrechte verstärkt in den Mittelpunkt gerückt werden.

Nachfolgend wird die Analyse des Schwerpunkts zu geschlechtsbezogener Gewalt (GBV) in den politischen Maßnahmen erörtert.

5.3.3. Gender Based Violence

Das Thema GBV nimmt in den policies und in der Literatur zu politischen Maßnahmen von ruandischen Politikerinnen einen zentralen Stellenwert ein.

Das RWPF spielte bereits frühzeitig eine führende Rolle bei der Förderung von Gesetzen und politischen Maßnahmen gegen geschlechtsbezogene Gewalt (GBV). Gewalt gegen Frauen erwies sich bereits in der Konsultation mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zur Konstitution von 2003 als ein prominentes Thema. Die Prüfung des rechtlichen Status von Frauen in Ruanda, die von dem Gender Ministry und dem RWPF durchgeführt wurde, führte zum *2008 GBV Law* (vgl. Mageza-Barthel 2015: 136). Das Gesetz, welches maßgeblich von weiblichen Parlamentarierinnen eingebracht und verabschiedet wurde, ist eine große Errungenschaft und laut Mageza-Barthel auf die hohe Präsenz von Frauen im Parlament zurückzuführen. Des Weiteren betont sie, dass das RWPF besonders darauf hinwies, dass geschlechtsbezogene Gewalt (GBV) ein spezifisch ruandisches Problem ist. Um Unterstützung für das Gesetz im Parlament zu gewinnen, wurde argumentiert, dass GBV nicht nur ein Hindernis für die nationale, sondern auch für die regionale Entwicklung und Sicherheit darstellt. Aufgrund der internationalen Führungsrolle Ruandas in Bezug auf Frauen in der Politik wurde argumentiert, dass das Land in diesem Bereich eine Vorreiterrolle einnehmen sollte (vgl. ebd.: 138). Das RWPF nutzte diese übergeordnete Argumentation, um insbesondere die Zustimmung männlicher Abgeordneter zu gewinnen, obwohl das eigentliche Ziel des Gesetzes darin besteht, das Verhalten der Menschen zu verändern und die Art und Weise, wie Geschlechterverhältnisse im Alltag gelebt werden (vgl. Mageza-Barthel: 138). Die verstärkte Teilnahme von Frauen in der Regierung und die Entwicklung geschlechtsspezifischer Gesetzgebung werden laut Elizabeth Pearson und Elizabeth Powel (2008) als Bestandteile einer umfassenderen Bewegung zur Verbesserung der Situation von Frauen in Ruanda betrachtet. Die mangelnde Klarheit bezüglich Definitionen oder Strafen für geschlechtsspezifische Gewalt im ruandischen Recht vor der Einführung des GBV-Gesetzes von 2008 lässt sich zum Teil auf den historischen Mangel an Frauen in Entscheidungspositionen zurückführen. (vgl. Pearson&Powel 2008: 27).

Laut Mageza-Barthel (2015) zeigt das Gesetz gegen geschlechtsspezifische Gewalt (GBV) von 2008 die Verantwortung weiblicher Abgeordneter für die Interessen ihres jeweiligen Wahlkreises von Frauen auf nationaler Ebene (vgl. Mageza-Barthel 2015: 138). Allerdings wurden einige der von der RWPF während ihrer Konsultationen gesammelten Strafmaße bereits reduziert, als das Gesetz dem Parlament vorgelegt wurde. Dies schwächte die Verbindlichkeit der gesammelten Perspektiven und wirft die Frage nach dem Einfluss von Frauen auf die Gestaltung von Politik auf (vgl. ebd.: 138). Die Autorin kommt zu dem Schluss, dass trotz der zunehmenden Präsenz von Frauen die Parlamente weiterhin ein patriarchalisches Umfeld verkörpern, in dem weibliche Abgeordnete oft gegen patriarchale Denkmuster kämpfen müssen (vgl. ebd.: 139).

Seit der Verabschiedung des GBV-Gesetzes im Jahr 2008 wurde das Thema auch weiterhin von der Mehrheit im ruandischen Parlament und von den Ministerinnen intensiv in den politischen Maßnahmen aufgegriffen und führte schließlich zur Entwicklung einer eigenständigen GBV-Richtlinie (2011). In den analysierten politischen Maßnahmen wird GBV als ein in der ruandischen Gesellschaft vorhandenes Problem betrachtet. Besonders hinderlich für die Bekämpfung von GBV sind tief verwurzelte Vorstellungen über Geschlechterrollen, bei denen Gewalt in verschiedenen Formen gegen Frauen als normal betrachtet wird. Zur Initiierung eines Wandels wird dabei den gemeindebasierten Strukturen und Organisationen eine bedeutende Rolle zugeschrieben. Eine Sensibilisierung in Schulen soll dazu beitragen, soziale und familiäre Strukturen sowie Umgebungen zu verändern (GBV Policy 2011: 11).

Die GBV-Policy analysiert Interventionen zur Bekämpfung von GBV in Ruanda. Dabei werden Stärken, Chancen, Schwächen und Bedrohungen identifiziert. Als Stärke werden der politische Wille, robuste politische Maßnahmen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen und Strukturen zur Bewältigung von GBV einzusetzen, herausgestellt. Im Gegensatz dazu werden verankerte negative soziale Normen und Verhaltensweisen sowie mangelnde finanzielle Ressourcen und Personal im Bereich Prävention und Intervention als Schwächen und Bedrohungen identifiziert (vgl. ebd.: 10). Dies könnte darauf hinweisen, dass die Beteiligung von Frauen in der ruandischen Politik zu einer erhöhten Sichtbarkeit und Einbindung in politische Maßnahmen führt. Jedoch bedeutet dies nicht zwangsläufig, dass sich soziale Normen in der Gesellschaft automatisch verändern.

Die Analyse zeigt außerdem, dass GBV eines der präsentesten Themen der politischen Maßnahmen von weiblichen Politikerinnen des ruandischen Parlaments und der Ministerien ist. Das Thema wurde maßgeblich von Politikerinnen in die Agenda aufgenommen sowie

Gesetzgebungen initiiert und umgesetzt. Bei der Untersuchung politischer Maßnahmen lässt sich ein Zusammenhang zwischen der verstärkten Präsenz von Frauen in politischen Organisationen und positiven Auswirkungen sowie Veränderungen in Bezug auf Geschlechterpolitiken feststellen.

Die Themensetzung der politischen Maßnahmen, sowie die Gesetzgebungen, die in diesem Zeitraum eingebracht und verabschiedet wurden, zeugen von positiven Auswirkungen der hohen Anzahl von Politikerinnen und einer geschlechtssensiblen Exekutive. Diese zeigen eine inhaltliche Repräsentation, die über eine rein symbolische Bedeutung hinausgeht. Die politischen Maßnahmen, wie das GBV-Gesetz (2008), die von Parlamentarierinnen eingebracht und umgesetzt wurden, sowie die nationalen Politiken des Ministeriums für Gender und Familienförderung, legen sowohl auf institutioneller als auch auf geschlechtertransformatorischer Ebene einen starken Fokus auf die Gleichstellung der Geschlechter und eine gendersensible Politik. Ruanda konnte im Zeitraum von 2008 bis 2018 rechtliche Maßnahmen für Frauen erreichen und frauenfreundliche Inhalte zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit und -gleichstellung entwickeln. Insbesondere das Thema GBV wurde durch das intensive politische Engagement der Parlamentarierinnen und in Zusammenarbeit mit der zivilgesellschaftlichen Frauenbewegung durch die Entwicklung von Gesetzen und politischen Maßnahmen vorangetrieben. Die Veränderung negativer sozialer Geschlechternormen innerhalb der Gesellschaft zeigt eine Umsetzung von geschlechtstransformativen Ansätzen. Dennoch bleibt die Rolle der Exekutive bei der Förderung von Maßnahmen zugunsten der Frauen trotz der Mechanismen, die die Vertretung von Frauen in Ruanda verbessern, unerlässlich (vgl. Mageza-Barthel 2015: 139). Dies zeigt sich durch die autoritären Tendenzen der Regierung und die parteitreue Linie, die von Parlamentarier*innen eingenommen wird, sobald sie ins Parlament gewählt wurden (vgl. Turianskyi& Chisiza 2017: 9).

Nachdem festgestellt wurde, dass während des Zeitraums der hohen Frauenrepräsentation in der Politik entscheidende politische Maßnahmen entwickelt und umgesetzt wurden, wird nun überprüft, ob diese Gesetze und Richtlinien im Laufe der Zeit auch signifikante Ergebnisse erzielt haben. Um zu untersuchen, ob diese Ergebnisse sich von denen anderer Länder unterscheiden, die eine geringe Beteiligung von Frauen in der Politik aufweisen, wird ein Vergleich mit Malawi durchgeführt. In diesem nächsten Kapitel werden daher die Schwerpunktthemen der politischen Maßnahmen aus einer sozioökonomischen Perspektive analysiert. Das Ziel besteht darin zu untersuchen, ob sich im Zeitraum von 2008 bis 2018

aufgrund der deutlichen Präsenz von Frauen in Entscheidungspositionen positive Entwicklungen in den Bereichen wirtschaftliche Teilhabe, Bildung, reproduktive Gesundheit und GBV abzeichnen.

6. Sozioökonomische Entwicklung Ruandas

Die Dokumentenanalyse der policies hat einen starken Fokus auf die Förderung der Lebensqualität und Chancengleichheit für Frauen in Ruanda gezeigt. Außerdem wurde in den policies herausgearbeitet, dass durch die Gleichstellung der Geschlechter die Entwicklung Ruandas gefördert werden soll und diese eine maßgebliche Strategie der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Ruandas darstellt. Im Folgenden wird der zweiten Forschungsfrage nachgegangen, inwiefern sich die politischen Maßnahmen und die politische Repräsentation von Frauen auf die sozioökonomische Entwicklung Ruandas konkret ausgewirkt haben und nicht etwa nur als Absichtserklärungen in policy documents verbleiben. Hierfür wird anhand von quantitativen Daten analysiert, ob die angestrebten Verbesserungen der Lage der Frauen in Gesetzestexten und Policy-Dokumenten sich auch in realen sozioökonomischen *outcomes* widerspiegeln.

6.1. Gesundheit und Reproduktionsgesundheit

Geburtenraten

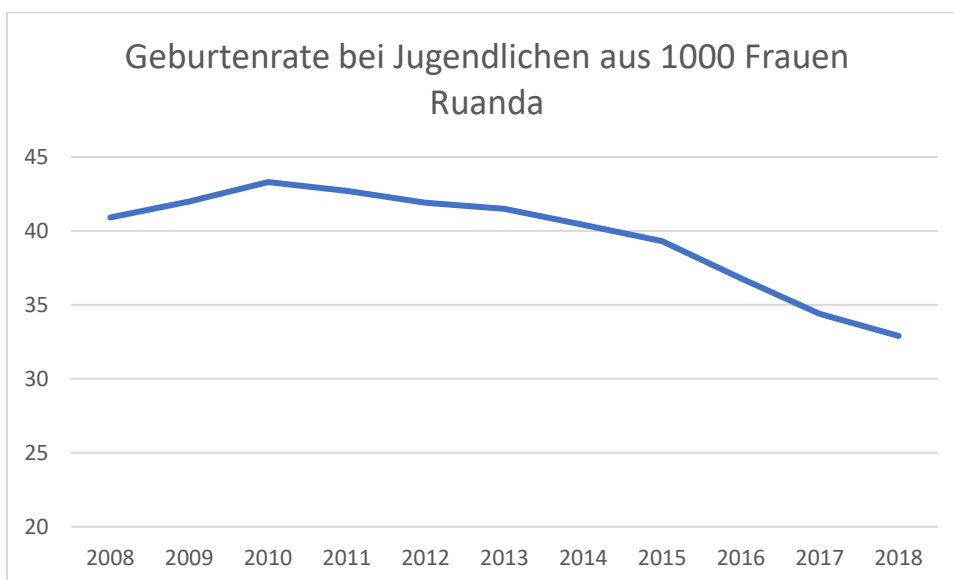


Abbildung 1: Geburtenrate bei Jugendlichen Ruanda

Quelle: Daten des Gender Inequality Index UNDP, eigene Darstellung.

Abbildung 1 veranschaulicht Geburtenraten Minderjähriger aus 1000 Geburten bei 15 bis 19-jährigen Mädchen in Ruanda. Die Daten zeigen seit 2010 eine stetige Senkung der Geburtenrate unter Jugendlichen. In dem Zeitraum 2008 bis 2018 konnte die Rate in Ruanda von 40,9 Geburten auf 32,9 Geburten gesenkt werden. Im Vergleich liegt die Rate für Subsahara Afrika¹ bei 118 Geburten in 2008 und 101 Geburten in 2018. Laut dem Rwanda National Human Development Report 2018 ist die Geburtenrate bei Jugendlichen in Ruanda nur halb so hoch wie in anderen ostafrikanischen Ländern, die ähnliche sozio-kulturelle oder ökonomische Konditionen aufweisen (vgl. UNDP 2018: 33). Ruanda nimmt somit eine deutliche Vorreiterrolle nicht nur in Ostafrika, sondern in ganz Subsahara Afrika ein. Mit der Durchsetzung von Policy-Maßnahmen konnte ein wirksamer sozialer Schutz erzielt werden, der maßgeblich dazu beigetragen hat, dass die Geburtenrate bei Jugendlichen in Ruanda so niedrig ist. Diese Zahlen können hauptsächlich auf die Bemühungen der politischen Programme Ruandas zurückgeführt werden. Die Maßnahmen haben sich insbesondere auf die soziale Mobilisierung und Sensibilisierung für Reproduktionsgesundheit, sowie auch auf die zunehmende Verfügbarkeit und Nutzung moderner Verhütungsmittelweisen und die Bekämpfung von sexueller bzw. geschlechterbezogener Gewalt konzentriert (vgl. ebd.: 33). In den politischen Maßnahmen Ruandas wurde ein besonderes Augenmerk darauf gelegt, die Familienplanung zu fördern und den Zugang zu Informationen und medizinischer Versorgung sicherzustellen. Dies beinhaltet die Gewährleistung, dass Frauen und Männer mit angemessenen Informationen zur reproduktiven Gesundheit versorgt werden. Darüber hinaus wurde darauf geachtet, dass das Gesundheitssystem für reproduktive Dienstleistungen geschlechtssensibel gestaltet ist und für Männer und Frauen gleichermaßen leicht zugänglich ist (vgl. National Gender Policy 2010: 24).

¹ Subsahara Afrika umfasst 49 Staaten (vgl. Lange 2019) <https://ifair.eu/de/2019/06/22/die-region-subsahara-afrika/>

Geburtenrate Vergleich Ruanda-Malawi

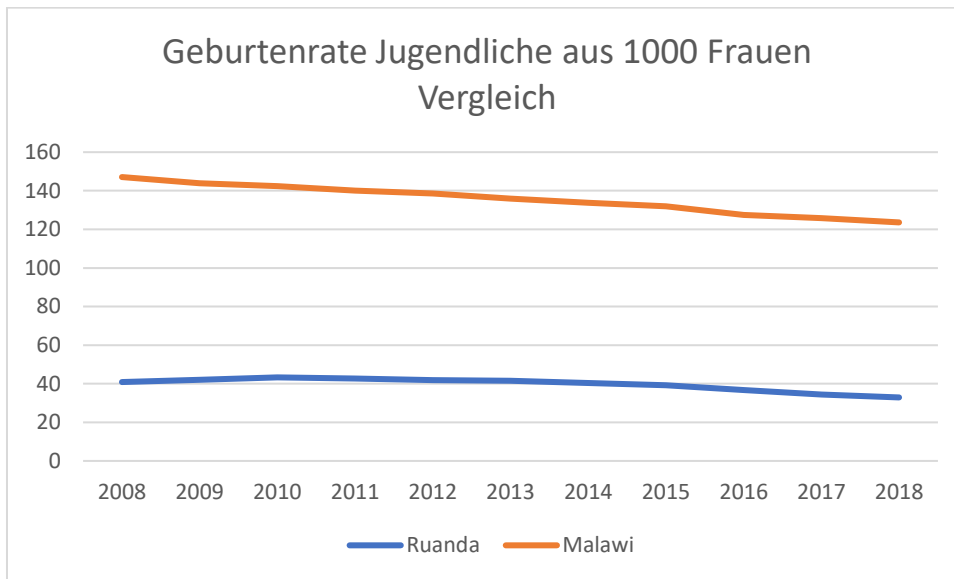


Abbildung 2: Geburtenrate bei Jugendlichen Vergleich Ruanda -Malawi

Quelle: Daten des Gender Inequality Index UNDP, eigene Darstellung.

An Abbildung 2 wird die Geburtenrate von Malawi und Ruanda im Vergleich im Zeitraum 2008 bis 2018 veranschaulicht. Die Geburtenrate bei Jugendlichen in Ruanda ist dreimal so niedrig wie in Malawi und macht erneut die Vorreiterrolle des Landes deutlich. Anhand des Graphen wird deutlich, dass die Jugendlichen Geburtenrate in Malawi über den Zeitraum ebenfalls gesunken ist. Die Zahlen liegen allerdings weit über dem Sub-Sahara Durchschnitt, während es Ruanda gelungen ist, trotz des niedrigen Wertes über die Jahre weitere Fortschritte zu erzielen.

Müttersterblichkeit

Hohe Müttersterblichkeitsraten sind nach wie vor ein weit verbreitetes Phänomen in vielen Regionen und Ländern der Welt. Insbesondere in Subsahara Afrika und im südlichen Asien, wo sich 80 Prozent aller weltweiten Todesfälle von Müttern und Kindern ereignen (vgl. UNICEF 2019). Die mangelnden Fortschritte bei der Senkung der Müttersterblichkeit in vielen Ländern verdeutlicht den geringen Wert, der dem Leben von Frauen beigemessen wird, und ist ein Indiz dafür, dass sie bei der Festlegung öffentlicher Prioritäten nur wenig Mitspracherecht haben (vgl. UNFPA 2005: 34). Politische Maßnahmen für die gesundheitliche Versorgung bei Schwangerschaften und Geburten, wie sie in der National Gender Policy (2010) gefordert werden, sind deshalb maßgeblich, damit die gesundheitliche Versorgung von Frauen verbessert werden kann (vgl. National Gender Policy 2010: 24).

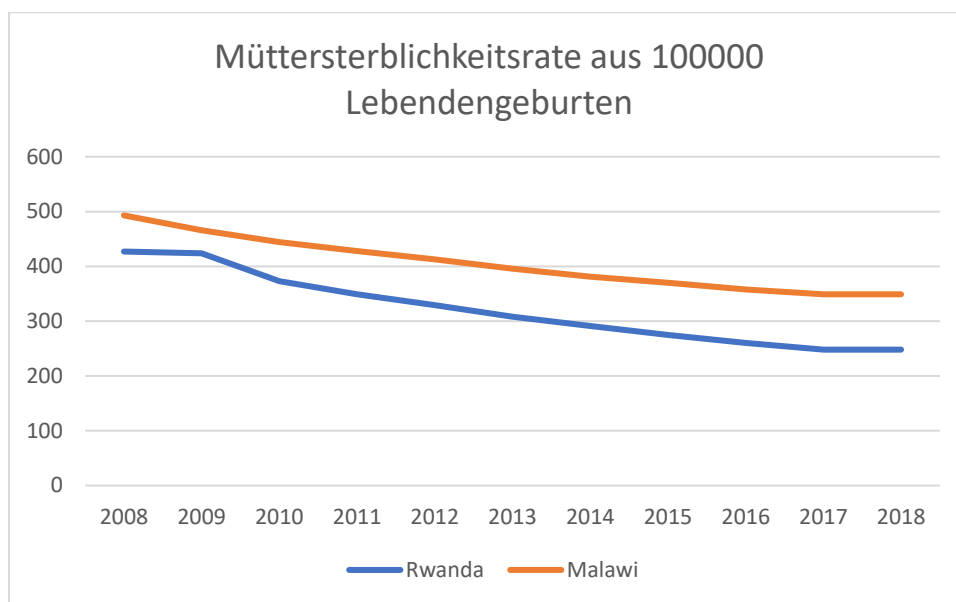


Abbildung 3: Müttersterblichkeitsrate Vergleich Ruanda-Malawi

Quelle: Daten des Gender Inequality Index UNDP, eigene Darstellung.

In Abbildung 3 wird die Müttersterblichkeitsrate aus 1000 Lebendgeburten (*live births*) in Ruanda und Malawi dargestellt. In Ruanda konnte ab dem Jahr 2009 ein starker Abstieg der Müttersterblichkeitsrate verzeichnet werden. Die ruandische Rate hat sich in nur einem Jahrzehnt von 424 auf 248 fast halbiert. Diese Zahlen verdeutlichen, wie effektiv die ruandischen Programme und Strategien der Reproduktionsgesundheit und der gesundheitlichen Versorgung für Frauen sein konnten. Es wird deutlich, dass sich fokussierte Programme maßgeblich auf die gesundheitliche Versorgung von Frauen auswirken kann. Diese Zahlen spiegeln sich auch in dem *Global Gender Gap Report*² wider, in dem sich Ruanda in der Kategorie: *Health and Survival* in 2014³ von Position 118 auf Position 90 in 2018 deutlich verbessern konnte (vgl. World Economic Forum 2014: 8; Global Gender Gap Report 2018: 10). Die Daten weisen anhand des Graphen 4 ebenfalls eine Senkung der Müttersterblichkeit in Malawi von 493 auf 349 im Zeitraum der Jahre 2008 bis 2018 auf. Ruanda hat prozentual eine größere Senkung in dem gleichen Zeitraum erzielen können.

Die deutliche Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung bezogen auf Reproduktionsgesundheit, Schwangerschaft und Müttersterblichkeit bestätigt die Annahmen von bereits durchgeführten Studien wie Esther Duflo (2001), dass eine Mehrheit an Frauen in

² Der Global Gender Gap Report misst den aktuellen Stand und die Entwicklung der Geschlechterparität (vgl. Global Gender Report 2022: 5)

³ Daten des Global Gender Reports sind für Ruanda erst ab 2014 verfügbar

politischen Entscheidungspositionen, insbesondere in dem Bereich *Gesundheit und Reproduktionsgesundheit* Veränderungen erzielen. In den politischen Maßnahmen Ruandas wurde dies durch eine Förderung eines geschlechtssensiblen Gesundheitssystems für reproduktive Dienstleistungen deutlich. Die Analyse der Daten anhand von Ruanda bekräftigen die Ergebnisse der bereits durchgeführten Studien zu den Auswirkungen von politischer Repräsentation von Frauen. Die Daten zeigen, dass die politische Beteiligung von Frauen den Prozess der Prioritätensetzung in der öffentlichen Politik verändert und dazu beiträgt, dass insbesondere in dem Bereich Gesundheit eine integrativere Regierungsführung stattfindet, die auch konkrete Erfolge erzielt (vgl. UNFPA 2005: 16).

6.2. Gender Based Violence

GBV ist ein maßgeblicher Fokus der politischen Maßnahmen des ruandischen Parlaments und der Regierung. Mehrere ruandische policies wurden veröffentlicht und Gesetze verabschiedet, die sich spezifisch mit GBV auseinandersetzen. Darunter die GBV Policy (2011), dem GBV Policy Strategic Plan (2011) und der National Gender Policy (2010).

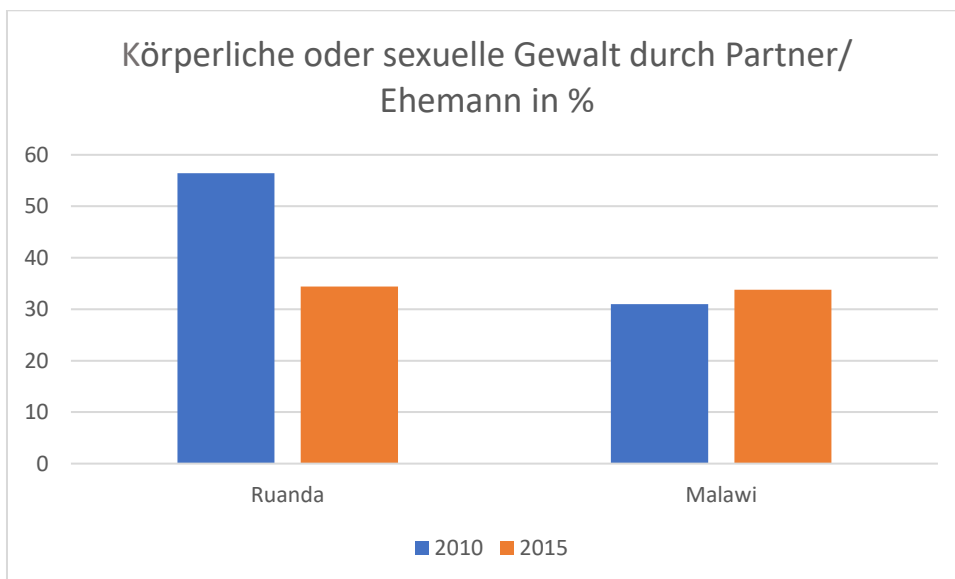


Abbildung 4: Körperliche Gewalt durch einen Partner Ruanda Malawi Vergleich

Quelle: Daten des USAID Statcompiler, eigene Darstellung.

Abbildung 4 zeigt den Prozentanteil von Frauen an, die körperliche oder sexuelle Gewalt durch ihren Partner oder Ehemann erfahren haben.⁴ Es werden in einem Vergleich die Daten für 2010 und 2015 für Ruanda und Malawi verglichen.⁵

Im Jahr 2010 betrug die Rate körperlicher oder sexueller Gewalt durch einen Partner oder Ehemann in Ruanda 56,5 %. Die Daten verdeutlichen, dass in Ruanda eine bedeutende Reduzierung dieser Rate auf 34,4 % im Jahr 2015 erzielt wurde. Im Vergleich dazu wies Ruanda im Jahr 2010 eine deutlich höhere Rate als Malawi auf. Seitdem hat das Land eine deutliche Verbesserung erfahren und Malawi, das im Jahr 2015 einen Anstieg der GBV um 2,8 Prozentpunkte verzeichnete, bei diesem Indikator überholt. Der starke Fokus auf GBV kann darauf zurückgeführt werden, dass die Rate der körperlichen und sexuellen Gewalt an Frauen in Ruanda zum Zeitpunkt der Einführung der policies sehr hoch war. Die ersten Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung von GBV wurden von dem RWPF in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft entwickelt und haben somit maßgeblich zur Einführung von politischen Maßnahmen und Sichtbarkeit des Themas geführt (vgl. Pearson&Powley 2008: 7).

In dem Bereich der GBV scheinen die sektorübergreifenden Maßnahmen, die in den policies herausgearbeitet wurden, besonders wirksam gewesen zu sein. Die konkreten Maßnahmen und Kooperationen, die in den Policy-Dokumenten ausgearbeitet wurden, beinhalten *One Desks* der ruandischen Polizei und eine soziale Sensibilisierung in der Gesellschaft für das Thema. GBV ist ein starker Fokus der Programme und Gesetze, die in dem Zeitraum entstanden sind, in der die hohe Anzahl von Frauen in den politischen Institutionen deutlich ist. Als primäres Ziel hat der National Strategic Plan for Fighting Against Gender-based Violence 2011-2016 die Schaffung einer Umgebung festgelegt, die auf Prävention ausgerichtet ist und in der geschlechtsspezifische Gewalt in der Gesellschaft nicht toleriert wird (Republic of Rwanda 2011: 35). Die Daten bestätigen eine deutliche Verbesserung in dem Bereich der GBV, jedoch liegt der ruandische Wert damit noch immer über dem Weltdurchschnitt von 27% im Jahr 2015 (vgl. World Bank Gender Data Portal). In Malawi leitet die Abteilung für Gender-Angelegenheiten im Ministerium für Gender, Kinder, Behinderungen und Soziales (MOGCDSW) die koordinierten Maßnahmen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) auf nationaler Ebene (vgl. Mellish&Settergren 2015: 1). Die Studie ‚Gender Based Violence in Malawi‘ von Mellish und Settergren (2015), die malawische GBV-Maßnahmen analysiert hat, kommt zu dem Schluss, dass sich der Regierungsansatz bezüglich geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) und Gewalt gegen Frauen zum Positiven verändert hat.

⁴ Die Daten stellen Umfrageergebnisse dar

⁵ Die Jahre 2010 und 2015 wurden aufgrund der Datenlage gewählt. Die Jahre waren in dem Zeitraum die einzigen Jahre die für Ruanda und Malawi verfügbar waren.

Jedoch die Umsetzung der Strategien auf allen Ebenen durch eine unzureichende Verbreitung sowie das Fehlen eines Budgets zur Unterstützung der Maßnahmen beeinträchtigt wird (vgl. ebd.: 37).

Wie wichtig ein sektorübergreifende Ansatz ist, wird in der GBV Policy formuliert: GBV hängt oft mit Armut und ökonomischer Abhängigkeit zusammen (vgl. Republic of Rwanda 2011: 9). Armutsreduktion, Bildung und ein selbstbestimmter Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und Reproduktionsgesundheit ist deshalb ein wichtiger Punkt der ruandischen policies. Es ist von entscheidender Bedeutung, Gender-Mainstreaming zu praktizieren, indem eine geschlechterspezifische Perspektive in jeden Sektor und alle Maßnahmen einbezogen wird, insbesondere im Zusammenhang mit geschlechtsspezifischer Gewalt, da die verschiedenen Maßnahmen miteinander verknüpft sind. Die analysierten Daten und positiven Entwicklungen im Bereich *Gesundheit, Reproduktionsgesundheit* und *GBV* deuten darauf hin, dass durch die vielen politischen Programme in Bezug auf gesundheitliche Versorgung, die von weiblichen Ministerinnen und im Parlament mit einer weiblichen Mehrheit eingebracht worden sind, eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Frauen in Ruanda zu verzeichnen ist.

6.3. Bildung

Bildung ist ebenfalls ein wichtiger Punkt der ruandischen policies und ein Faktor, wenn es um die Gleichstellung und Chancengleichheit der Geschlechter geht. Die sozioökonomischen Kategorien stehen miteinander im Zusammenhang, denn zahlreiche Studien haben belegen können, dass das Niveau und die Qualität der Bildung, die ein junger Mensch erreichen kann, in engem Zusammenhang mit dem Heirats- und Geburtenalter sowie mit seinen beruflichen Möglichkeiten steht (vgl. Kabubo-Mariara et. al. 2021: 237). Die Verbesserung der schulischen Situation kann deshalb ein wichtiger Faktor für die soziale Entwicklung eines Landes sein und steht im direkten Zusammenhang mit den Bereichen Gesundheitliche Versorgung und Reproduktionsgesundheit sowie wirtschaftliche Teilhabe und Chancen, die ebenfalls in diesem Kapitel analysiert werden.

Ruandas Bildungspolitik hat eine Vorreiterrolle in der Region eingenommen: im Jahr 2008 wurde ein neues Gesetz unterzeichnet, das allen Ruander*innen eine gebührenfreie Sekundarschulbildung ermöglicht (vgl. Houser 2018: o. S.). Schulgebühren abzuschaffen, gehört zu den politischen Maßnahmen, Chancengleichheit zu ermöglichen und die Anzahl der Schulabschlüsse zu erhöhen (vgl. Evans et al. 2021: 1). Die Maßnahme der freien

Sekundarschulbildung wird ebenfalls in den SDGs unter Ziel 4 *Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung* gewährleisten und *Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern*, festgelegt (vgl. UNRIC 2023). Dieses SDG wurde 2015 formuliert, was darauf hinweist, dass Ruanda der Programmsetzung in der Bildungspolitik den internationalen Maßnahmen voraus ist.

Sekundarschulbildung Ruanda

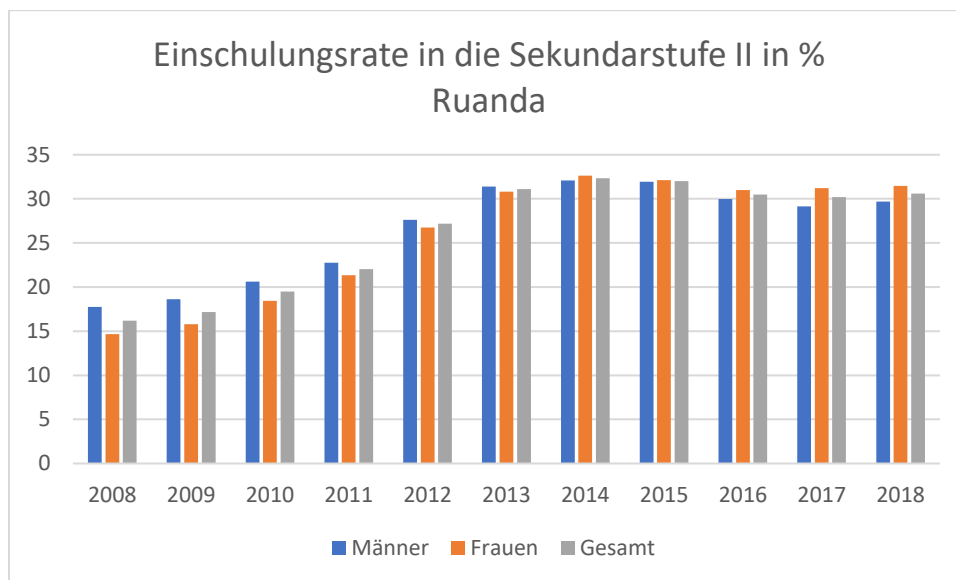


Abbildung 5: Einschulungsrate in die Sekundarstufe II Ruanda

Quelle: Daten der Worldbank Education Statistics, eigene Darstellung.

Abbildung 5 zeigt die Einschulungsquote von Männern und Frauen sowie den Gesamtwert in der Sekundarschulstufe II von 2008 bis 2018 in Ruanda.

An den Sekundarschulbildungsraten ist zu erkennen, dass Ruanda im Sekundarbereich die Geschlechterparität erreicht hat. Die Rate von Frauen ist höher als die von Männern und konnte sich im Laufe der Zeit weiter steigern. Seit dem freien Zugang zur Sekundarschulbildung im Jahr 2008 ist ein deutlicher Anstieg der Zahlen beider Geschlechter zu erkennen. Die Policy-Bemühungen um eine neunjährige freie Schulbildung mit Zugang für Jungen und Mädchen, die in der National Gender Policy (2010) als Maßnahme für die Gleichstellung der Geschlechter im Bildungssektor betont wird, spiegeln sich in den Daten der Einschulungsquoten der Sekundarstufe wider und zeigt die stark steigende und relativ hohe Beteiligung von Mädchen. Inwiefern sich der Zugang zu einer freien Sekundarschulbildung positiv auf weitere Bereiche auswirken kann, zeigt die Studie von Duflo, Esther (2021), die einen direkten Zusammenhang zwischen freier Sekundarschulbildung und einer niedrigeren Geburtenrate bei Jugendlichen

Mädchen nachweisen konnte (vgl. Duflo et al. 2021: 3). Ein weiterer Schritt der National Gender Policy (2010), der darauf abzielt, die formale Bildung zu stärken, besteht in der Implementierung von Programmen zur Nachholbildung für Frauen, die ihren Sekundarschulabschluss noch nicht erreicht haben (vgl. National Gender Policy 2010: 24).

Sekundarschulbildung Malawi

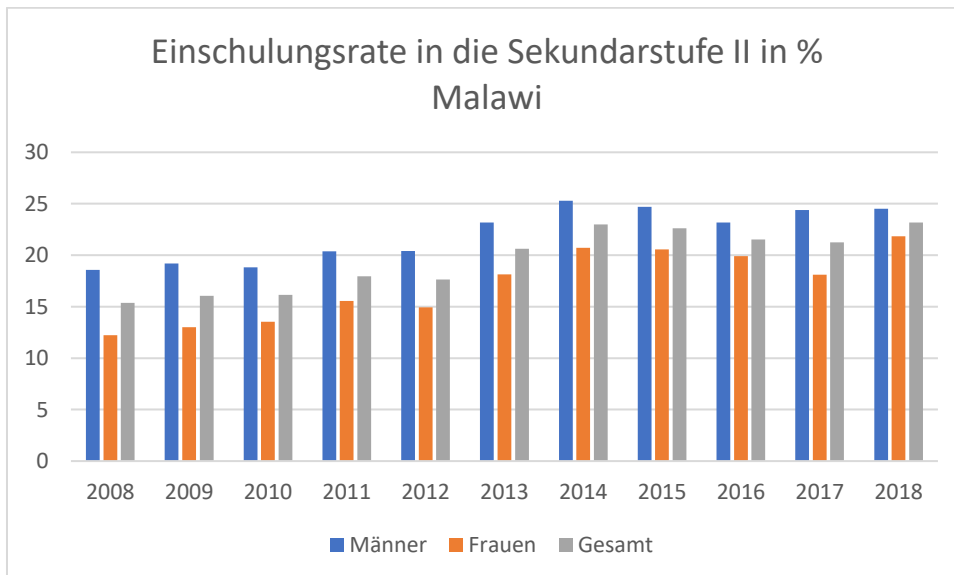


Abbildung 6: Einschulungsrate in die Sekundarstufe II Malawi

Quelle: Daten der Worldbank Education Statistics, eigene Darstellung.

An Abbildung 6 wird deutlich, dass Männer einen höheren Anteil der Sekundarschulbildungsrate als Frauen darstellen. In Malawi zeigen die Daten im Vergleich zu Ruanda eine Geschlechterdisparität, welche Ruanda ab 2014 beheben konnte, sowie eine langsamere Entwicklung der allgemeinen Rate in der Sekundarschulbildung. Die politischen Maßnahmen der ruandischen Regierung, um die Chancengleichheit in der Schulbildung zu verbessern, haben eine deutliche Auswirkung auf die Anzahl im gesamten (einen Anstieg von 16 % auf 30 %) und die Anzahl an Frauen in der Sekundarschulbildung (einen Anstieg von 14 % auf 31 %) erzielt. Freien Zugang zur Sekundarschulbildung zu ermöglichen ist eine wichtige politische Maßnahme, denn die Sekundarschule ist nicht nur eine Plattform für die Hochschulbildung, sondern auch das Tor zur formalen Beschäftigung für Jugendliche (vgl. Armstrong et. al 2020: 37).

Hochschulbildung (Universität) Ruanda

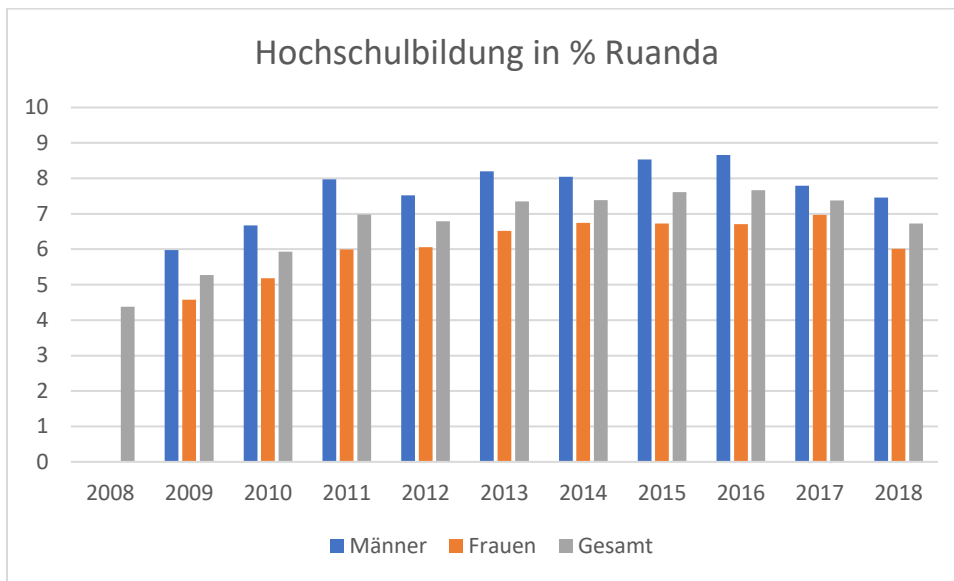


Abbildung 7: Hochschulbildung in Ruanda

Quelle: Daten der Worldbank Education Statistics, eigene Darstellung.

Abbildung 7 zeigt die Prozentanzahl von Frauen und Männern an Hochschulen in Ruanda. Es kann bis 2016 eine allgemeine Verbesserung der Hochschulrate festgestellt werden. Ab 2016 gibt es wieder einen leichten Rückgang der allgemeinen Zahlen. Für Frauen ist die Tendenz bis 2017 steigend, sodass bis zu diesem Zeitpunkt die Lücke kleiner wurde. Ab 2018 lässt sich jedoch erneut ein Absinken der Raten beobachten. Die Entwicklung der Hochschulraten zeigen eine Verbesserung der Raten allgemein, sowie für Frauen in Ruanda. Jedoch lässt sich nach dem Sinken der Raten 2018 keine deutliche weitere positive Entwicklung feststellen lassen.

Die Zielsetzung der Bildungspolitik für Frauen ist, den Zugang zu gewährleisten und die Leistung von Mädchen und Frauen auf allen Ebenen zu erhalten. Insbesondere liegt ein Schwerpunkt auf der Ausbildung von Mädchen und Frauen in den Bereichen Wissenschaft und Technik. In diesem Zusammenhang wurden einige positive Maßnahmen ergriffen, darunter *The Forum for African Women Educationalists (FAWE)*, deren Aufgabe es ist, Mädchen und Frauen beim Erwerb von Bildung zu unterstützen (National Gender Policy 2010: 11). Die Anzahl von Frauen an ruandischen Universitäten ist zwar vergleichsweise hoch und stabil, jedoch sind in den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern und Studiengängen immer noch Geschlechterdiskrepanzen festzustellen. In der National Gender Policy wurde dieser Zustand kritisiert: An der Nationalen Universität von Ruanda lag der höchste Prozentsatz an weiblichen Studierenden im Jahr 2008 bei 50 % an der Fakultät für Erziehungswissenschaften. Im selben Jahr lag der Anteil der weiblichen Studierenden an der Fakultät für angewandte Wissenschaften bei 11,6 %, was die geringe Beteiligung von Frauen in Wissenschaft und Technologie

verdeutlicht. Dies spiegelt die starke Vertretung von Frauen in Bereichen wider, die mit ihrer traditionellen Rolle und Verantwortung verbunden sind (vgl. National Gender Policy 2010: 16). Ein Problem dieser geringen Raten von Frauen in wissenschaftlichen und technologischen Studiengängen ist, dass die wachsenden Sektoren Technologie, Wissenschaft und Ingenieurwesen in vielen Ländern tendenziell sehr männerdominiert sind, was die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Beschäftigung vergrößern könnte. Wo anfänglich geschlechtsspezifische Unterschiede in der Ausbildung bestehen, kann der technologische Wandel aufgrund von Qualifikationen auch dazu führen, dass Frauen in Rückstand geraten, da die Nachfrage nach ungelernten Arbeitskräften sinkt (vgl. Kann&Klasen 2021: 80).

Der Politik und den politischen Maßnahmen werden in diesem Bereich eine wichtige Rolle zugeschrieben. Die Förderung von Bildung und der Beschäftigung von Mädchen und Frauen kann Ländern helfen, aus ihrer Armutsfalle auszubrechen und einen Weg zu höherem Wachstum und größerer Geschlechtergerechtigkeit einzuschlagen (vgl. Kann&Klasen 2021: 80). Im Hochschulbereich lassen sich anhand der Entwicklung der Daten schlussfolgern, dass die politischen Maßnahmen insgesamt eine positive Auswirkung hatten, jedoch nicht ausschlaggebende Veränderungen für Frauen erzielt haben.

Hochschulbildung Malawi

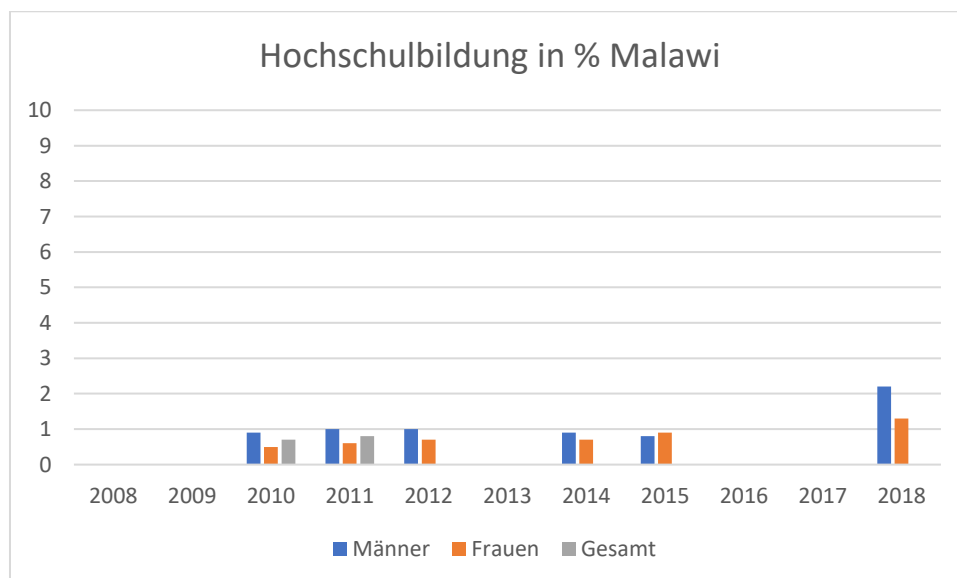


Abbildung 8: Hochschulbildung Malawi

Quelle: Daten der Worldbank Education Statistics, eigene Darstellung.

Abbildung 8 zeigt die Einschreibquote in der Hochschulbildung Malawis von 2008 bis 2018⁶. Anhand der vorhandenen Daten zeigt sich die sehr viel geringere Rate im Vergleich zu Ruanda, sowie eine große Diskrepanz in dem Übergang von der Sekundarstufe in die Hochschulbildung in Malawi. Auch ist die Situation der Hochschulbildungsrate für Frauen in Ruanda deutlich besser als in Malawi.

Das ruandische Bildungssystem weist derzeit die höchsten Beteiligungsquoten in Ostafrika auf (vgl. Lartigue&Miller-Grandvaux 2018: Abs. 5). Die Zahlen können auf massive policy outputs im Bildungsbereich zurückgeführt werden. Der Fokus der Bildungsmaßnahmen Frauen und Männer gleichermaßen zu fördern, spiegelt sich insbesondere in den Daten der Sekundarschulbildung wider. Im Hochschulbereich konnte hingegen noch keine Geschlechterparität erreicht werden.

Bildung steht im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Faktoren wie dem Zugang zum Arbeitsmarkt, Armutsreduzierung und Gleichberechtigung von Entscheidungspositionen. Sie wird häufig als eine entscheidende Humankapitalinvestition bezeichnet, die die Tür zu späteren wirtschaftlichen Möglichkeiten öffnen kann (vgl. Evans et al. 2021: 1). Im folgenden Subkapitel werden Faktoren der *wirtschaftlichen Teilhabe und Chancen* der Geschlechter und dessen Auswirkungen auf die soziale Entwicklung in Ruanda analysiert.

6.4. Wirtschaftliche Teilhabe und Chancen

Die wirtschaftliche Teilhabe und Stärkung von Frauen werden als ein Schlüsselpunkt gesehen, um Armut zu reduzieren und somit den Lebensstandard von Frauen zu verbessern. *Women's economic empowerment* ist ein zentraler Aspekt der National Gender Policy (2010) Ruandas. Die Policy-Dokumente betonen mehrfach, dass Frauen und Männer gleichermaßen von dem Entwicklungsprozess profitieren sollen. Zum Beispiel im GMO Strategic Plan 2011 (vgl. GMO Strategic Plan: 27).

Lebensstandard

Der Lebensstandard wird am geschätzten GNI von Frauen und Männern gemessen.

⁶ Die Daten für die Jahre 2008, 2009, 2013, 2016 und 2017 sind nicht verfügbar

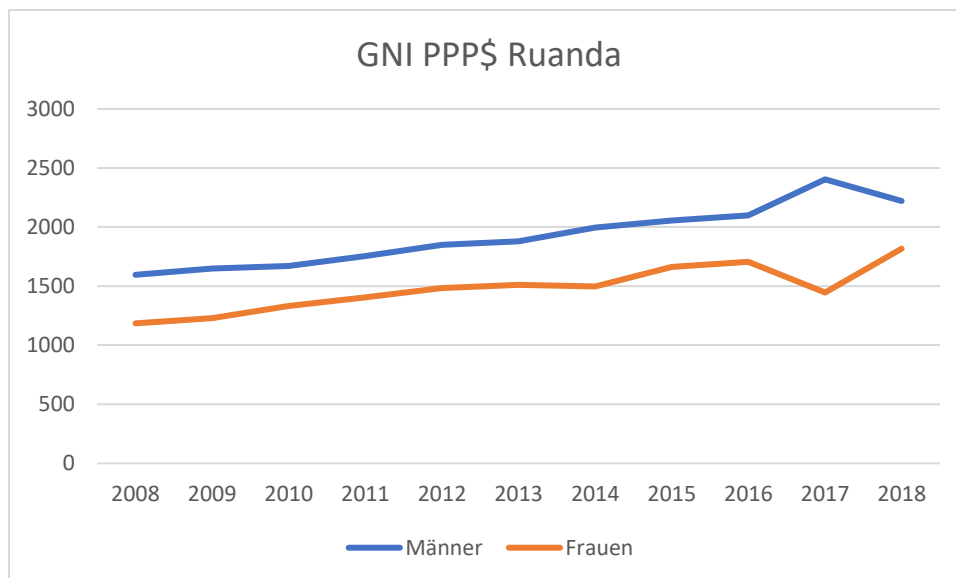


Abbildung 9: GNI Frauen und Männern Ruanda

Quelle: Daten der UNDP Human Development Reports, eigene Darstellung.

An der Abbildung 9 wird eine Verbesserung des *Gross national income*⁷ (GNI) von Frauen und Männern in Ruanda seit 2008 deutlich. Das allgemeine Einkommen von Frauen zu verbessern und somit den Lebensstandard und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu fördern, konnte über den Zeitraum verbessert werden.

Armutsreduktion

Armut wird in der National Gender Policy (2010) als einer der größten Probleme für Männer und Frauen in Ruanda identifiziert (vgl. National Gender Policy 2010: 8). Laut der policy sind seit dem Genozid 1994 insbesondere Frauen von Armut betroffen. Für die Verbesserung der Situation von Frauen fokussiert sich die policy auf die wirtschaftliche Freiheit von Frauen, die sie insbesondere durch die Förderung ihrer Rechte bei der Verwaltung und beim Zugang zu Ressourcen, Beschäftigung, angemessenen Arbeitsbedingungen und dem Aufbau wirtschaftlicher Kapazitäten erhalten sollen (vgl. ebd.: 8).

⁷ GNI wird folgendermaßen definiert: „Das Bruttonationaleinkommen (BNE) ist definiert als Bruttoinlandsprodukt zuzüglich der Nettoeinnahmen aus dem Ausland aus Arbeitnehmerentgelten, Vermögenseinkommen und Nettosteuern abzüglich der Produktionssubventionen.“ (OECD).

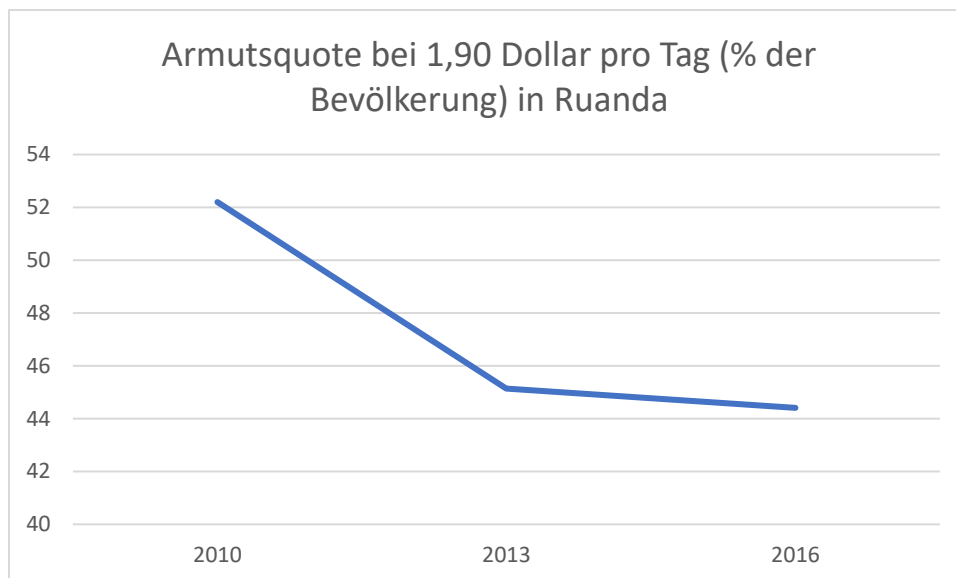


Abbildung 10: Armutsquote bei 1,90 Dollar pro Tag in Ruanda

Quelle: Daten des World Bank Poverty Calculator, eigene Darstellung.

Abbildung 10 zeigt den prozentualen Anteil der ruandischen Bevölkerung die in den Jahren 2010, 2013 und 2016⁸ von weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag lebten. Ruanda hat seit 2010 beachtliche Fortschritte in der Armutsreduktion gemacht. Die Verringerung der Armut war sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten signifikant, vor allem aber in städtischen Gebieten, in denen sich die Zuwanderung in den letzten Jahren beschleunigt hat (vgl. World Bank Poverty Equity Brief 2020: 1). Diese beeindruckenden Raten der Armutsbekämpfung sind (zumindest teilweise) auf die weitreichenden entwicklungspolitischen Maßnahmen Ruandas zurückzuführen, darunter Landreformen, die Modernisierung des ländlichen Raums und die Umgestaltung der Landwirtschaft (vgl. Rohrweder et. al. 2017: 13).

Die soziale Entwicklung in Bezug auf Armut in Ruanda hat sich deutlich verbessert. In den zuvor analysierten politischen Maßnahmen wird die Bedeutung des Gender-Mainstreaming betont, indem darauf hingewiesen wird, dass eine geschlechtsspezifische Perspektive in allen Bereichen und Sektoren berücksichtigt werden sollte. Die Reduzierung der Armut bei Frauen steht somit im Fokus der politischen Maßnahmen in Ruanda, um die Gleichberechtigung zu fördern und die wirtschaftliche Entwicklung zu stärken.

Erwerbsarmutsquote

Die Erwerbsarmutsquote gibt den Prozentsatz der Erwerbstätigen an, die trotz ihrer Arbeit in Armut leben. Die Armut für diesen Graphen wird anhand der internationalen Armutsgrenze von 1,90 US-Dollar pro Tag in Kaufkraftparität definiert (vgl. ILOSTAT).

⁸ Die Daten sind für die drei Jahre verfügbar

In dem Zeitraum 2008 bis 2018 konnte die Erwerbsarmut in Ruanda sowohl bei Männern als auch bei Frauen verringert werden.

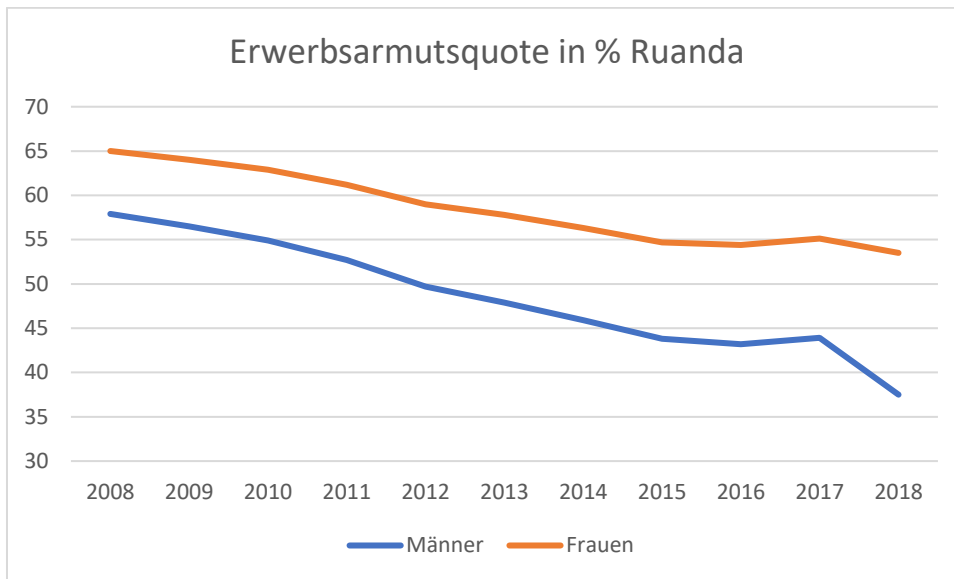


Abbildung 11: Erwerbsarmutsquote in Ruanda

Quelle: Daten der ILO (ILOSTAT), eigene Darstellung.

Abbildung 11 verdeutlicht, dass sich die Erwerbsarmutsquote für Frauen und Männer über den Zeitraum der Jahre 2008 bis 2018 stark verbessert hat, jedoch konnte die Erwerbsarmutsquote bei Männern deutlich stärker reduziert werden als bei Frauen. Die Daten sprechen nicht für eine gleichberechtigte wirtschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Freiheit von Frauen.

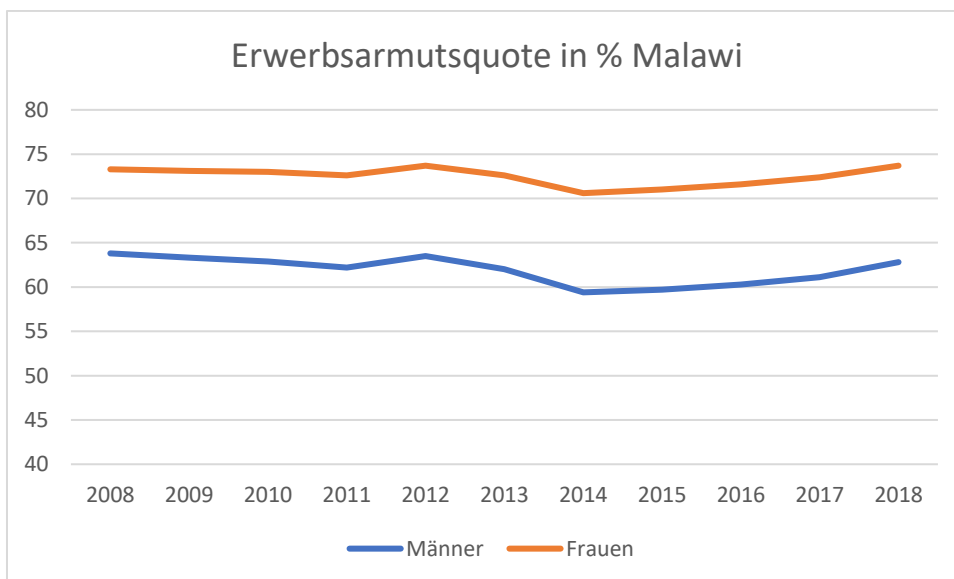


Abbildung 12: Erwerbsarmutsquote in Malawi

Quelle: Daten der ILO (ILOSTAT), eigene Darstellung.

Abbildung 12 zeigt die Erwerbsarmutsquote in Malawi von 2008 bis 2018. Über die ganze Periode gibt es keine Verbesserung der Quote, weder bei Männern noch bei Frauen.

Der Vergleich mit Malawi zeigt, dass politische Maßnahmen und der Fokus auf Armutsreduktion insgesamt einen deutlichen Erfolg erzielen können. Es scheint jedoch, dass entwicklungspolitische Maßnahmen in Ruanda zu dem Erfolg geführt haben, während genderspezifische Maßnahmen hier nicht maßgeblich zum Tragen gekommen sind.

Erwerbstätigkeit

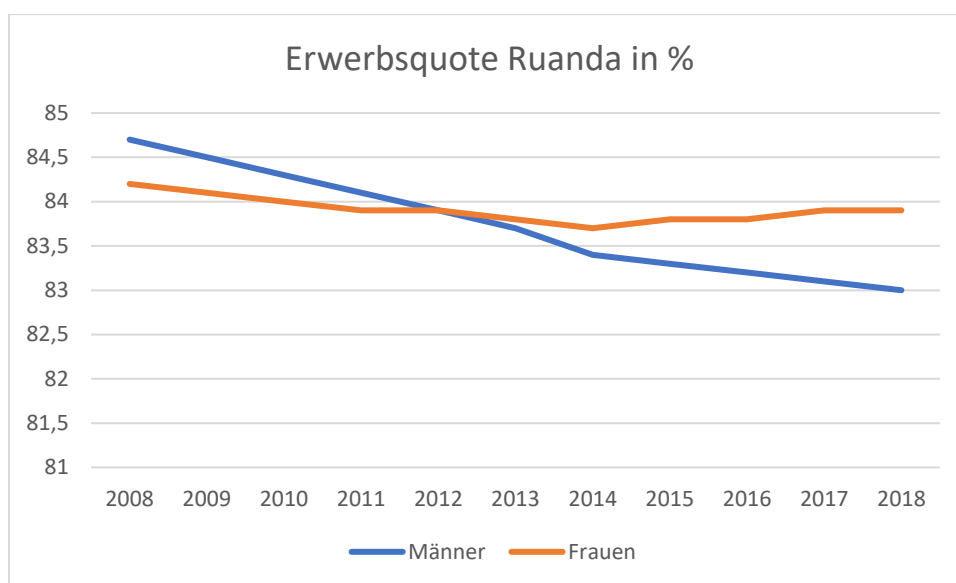


Abbildung 13: Erwerbsquote Ruanda

Quelle: Daten des UNDP Gender Inequality Index, eigene Darstellung.

Abbildung 13 zeigt die Erwerbsquote von 2008 bis 2018 in Ruanda von Männern und Frauen. Die Erwerbsquote von Frauen ist über dem gesamten Zeitraum minimal gesunken, trotz einer Verbesserung ab 2014. Bei Männern fiel die Rate etwas stärker, so dass zum Schluss die Erwerbsquote der Frauen über der der Männer lag. Es ist anzumerken, dass die Erwerbsquote von Frauen in Ruanda im internationalen Vergleich sehr hoch ist (83,9% in 2018) und der Unterschied zwischen der reinen Erwerbsquote von Frauen und Männern sehr klein. Im globalen Vergleich besteht ein sehr viel ausgeprägterer Unterschied in der Erwerbsquote von Frauen (48,5 %) und Männern (75 %) (vgl. ILO 2018).

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Subsahara-Afrika ist allerdings sehr hoch, was in vielen Ländern, wie auch in Ruanda mit der Dominanz der Landarbeit zusammenhängt (vgl. De Haan 2018: 10). Frauen in Ruanda machen einen Großteil der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte aus. Die National Gender Policy (2010) problematisiert die ungleiche Verteilung von

Erwerbstätigkeit in den ländlichen und urbanen Gebieten. Während Frauen einen höheren Teil der Landwirtschaftlichen Erwerbsquote ausmachen, machen Männer in urbanen Regionen einen höheren Teil der Erwerbstätigen aus. Ungleichheit spiegelt sich in den urbanen Regionen in den Positionen, die Männer und Frauen im Erwerbsleben innehaben, wider: die Mehrheit der erwerbstätigen Frauen waren zu dem Zeitpunkt der policy in der Kategorie des unterstützenden Personals, während eine beträchtliche Anzahl von Männern die Schlüsselpositionen besetzen (vgl. National Gender Policy 2010: 8).

Managementpositionen

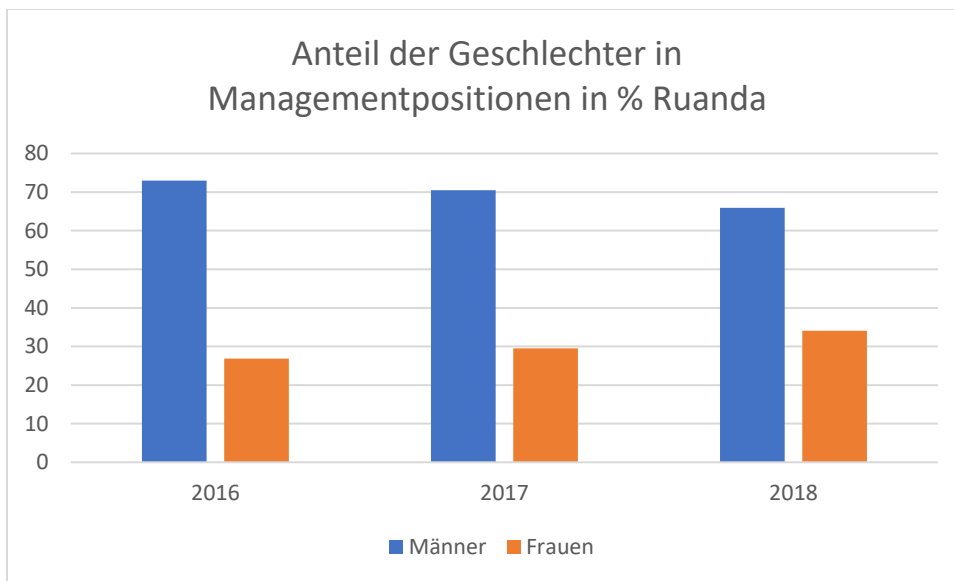


Abbildung 14: Anteil der Geschlechter in Managementpositionen in Ruanda

Quelle: Daten des National Institute of Statistics of Rwanda: Labour Force Surveys 2016-2018, eigene Darstellung.

Abbildung 14 zeigt den Anteil von Frauen in Managementpositionen von 2016 bis 2018⁹ in Ruanda. Anhand der Zahlen ist deutlich zu erkennen, dass Männer einen deutlich höheren Anteil an Managementpositionen einnehmen. Die Rate von Frauen konnte sich aber von 26,9 % in 2016 auf 34,1 % in 2018 verbessern. Dieser Stand von Frauen auf dem Arbeitsmarkt bestätigt die globale Situation von Frauen in Managementpositionen. So hat sich in der Verteilung von Männern und Frauen in der Berufshierarchie, laut Kabeer (2021), nur wenig geändert und Frauen sind in Management- und Führungspositionen weltweit weiterhin unterrepräsentiert (vgl. Kabeer 2021: 20).

Die National Gender Policy (2010) hat das Ziel, dass Frauen in der Wirtschaft Management- und Schlüsselpositionen einnehmen, klar formuliert: *“To sensitise women to the current opportunities in business and to occupy key positions.”* (National Gender Policy 2010: 26).

⁹ Daten für frühere Jahre nicht vorhanden

Acht Jahre nach dieser Zielsetzung der National Gender Policy betragen die Zahlen von Frauen in Management-Positionen immer noch weniger als die Hälfte, verglichen mit der Anzahl von Männern. Jedoch sind die steigenden Zahlen von Frauen in Managementpositionen in Ruanda in einem kurzen Zeitraum eine positive Entwicklung, da laut der International Labour Organisation (ILO) in manchen Ländern der Welt dieser Anteil rückläufig ist (vgl. Kabeer 2021: 20).

Für Malawi sind die Daten in der Kategorie *Frauen in Managementpositionen* nur für das Jahr 2013 verfügbar, weshalb kein direkter Vergleich mit Ruanda möglich ist. 15,2 % Frauen haben in Malawi 2013 Managementpositionen innegehabt. Dies bestätigt die große Lücke zwischen den Geschlechtern in Spitzenpositionen (vgl. LFS 2021).

Im untersuchten Zeitraum ist die reine Erwerbsquote von Frauen leicht gesunken und es haben sich auch weitere Faktoren im Bereich der Erwerbsarbeit verschlechtert. Im Länderranking des Global Gender Gap Report ist Ruanda in der Kategorie: *wirtschaftliche Teilhabe und Chancen* von Position 25 (im Jahr 2014) auf Position 30 (2018) abgestiegen (vgl. Global Gender Gap Report 2014: 8; Global Gender Gap Report 2018: 10). Laut dem Report ist eine Vergrößerung der geschlechtsspezifischen Diskrepanz auf einen Rückgang des geschätzten Arbeitseinkommens von Frauen, Fachkräften und technischen Angestellten sowie Lohngleichheit bei vergleichbarer Arbeit zurückzuführen (vgl. Global Gender Gap Report 2018: 20).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Lebensstandard und die allgemeine Armut in Ruanda verbessert werden konnte. Somit haben sich die Anstrengungen der Regierung, Ruanda wirtschaftlich in Richtung eines *middle income* Land zu entwickeln und die Armut innerhalb der Bevölkerung zu reduzieren, positiv ausgewirkt. Während das wirtschaftliche Wachstum von Frauen gestiegen ist und sich somit der Lebensstandard von Frauen (gemessen an dem GNI) verbessern konnte, ist der Gender Gap in den Bereichen Einkommen, technischen Angestellten und Lohngleichheit jedoch weiter auseinander gegangen. In diesem Bereich ist somit kein direkter policy outcome zu erkennen. Der Anstieg des allgemeinen wirtschaftlichen Wachstums, aber die Verschlechterung des gender gaps in Ruanda, bestätigt Gillian Dowies et. al. (2019) These, dass Wirtschaftswachstum allein nicht ausreicht, um die Chancengleichheit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt und *women's economic empowerment* zu erreichen (vgl. Dowie et al. 2021: 250). Für Ruanda lässt sich hieraus ableiten, dass trotz gender sensiblen politischen Maßnahmen, die Chancengleichheit in Bereichen des Arbeitsmarktes noch nicht erreicht wurde. Laut Dowie et. al. bestimmen vor allem Faktoren wie die Qualität der Arbeit,

geschlechtsspezifische Lohnunterschiede und soziale Normen und Betreuungspflichten das Empowerment-Potenzial und prägen die Erfahrungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt (vgl. ebd.: 250). Für eine strukturelle Verbesserung von Frauen ist es somit essentiell, dass sich der Fokus auf Lohngerechtigkeit und Betreuungspflichten erhöht. Werden diese Faktoren nicht genügend berücksichtigt, kann es zu einer Verzögerung der Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter kommen, die auch in den großen Diskrepanzen in der Besetzung von Managementpositionen zwischen Männern und Frauen in Ruanda deutlich wurde. Um diese Entwicklung voranzutreiben, müssen politische Maßnahmen und Programme auf die tieferen strukturellen Probleme abzielen, die Frauen daran hindern, wirtschaftliche und soziale Gleichstellung zu erreichen (vgl. ebd.: 251). Während des Forschungszeitraums hat der Vergleich mit Malawi gezeigt, dass Ruanda deutliche Fortschritte bei der Reduzierung der Erwerbsarmutsquote insgesamt erzielt hat. Dennoch war diese Quote für Frauen, wie in Malawi, höher als für Männer. Daher konnte trotz des hohen Frauenanteils in politischen Institutionen in Ruanda keine Verbesserung in diesem Bereich nachgewiesen werden.

Weitergehend hat die Analyse der sozioökonomischen Entwicklung in Ruanda die Vorreiterrolle Ruandas in den Bereichen *gesundheitliche Versorgung* und *Bildung* verdeutlicht. Die politischen Programme und Maßnahmen hatten einen maßgeblichen Einfluss auf die Gesundheits- und Reproduktionsgesundheit von Frauen, die Reduzierung von GBV und die Bildungsbeteiligung. Die Verschlechterung der gender gaps in dem Bereich *wirtschaftliche Teilhabe und Chancen* und die maßgebliche Verbesserung der *Gesundheitlichen Versorgung* von Frauen in Ruanda bestätigen auch den globalen Trend, dass geschlechtsspezifischen Unterschiede im Bereich Gesundheit und Bildung verringert werden, mit denen die Arbeitsmarktergebnisse für Frauen nicht mithalten können (vgl. ebd.: 3). Der Vergleich mit Malawi

7. Fazit

Das Ziel dieser Forschung bestand darin, die Auswirkungen einer Mehrheit von Frauen in politischen Institutionen auf Gender-Politiken, Gesetzgebung und sozioökonomische Auswirkungen zu ermitteln. Zu diesem Zweck wurde Ruanda als Fallbeispiel ausgewählt, da seit 2008 eine Mehrheit an Parlamentarierinnen vertreten sind und in den folgenden Jahren ebenfalls eine bedeutende Anzahl von Ministerinnen folgte. Die Arbeit wurde durch zwei übergeordnete Forschungsfragen geleitet. Die erste Frage bezüglich der Einflüsse einer hohen Frauenrepräsentation in politischen Institutionen auf politische Maßnahmen wurde mittels einer

qualitativen Inhaltsanalyse beantwortet. Die zweite übergeordnete Forschungsfrage, nämlich die Auswirkungen auf die sozioökonomische Entwicklung Ruandas, wurde in Kapitel sechs durch eine empirische Datenanalyse, die einen Vergleich mit Malawi einschloss, behandelt.

Die vorliegende Analyse trägt dazu bei, die Diskussion über politische Repräsentation und deren Auswirkungen auf Geschlechtergleichheit und -gerechtigkeit zu vertiefen und besser zu verstehen. Angesichts der Bemühungen vieler Länder, Geschlechterunterschiede zu überbrücken, kommt zielgerichteten politischen Maßnahmen und dem politischen Willen von Regierungen und Parlamenten eine entscheidende Bedeutung zu. Zudem stellen internationale Gendernormen und Ziele, insbesondere seit der Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing sowie die Ziele der Vereinten Nationen in Form der MDGs und SDGs, ein Instrument dar, das Politikerinnen in nationalen Parlamenten und Regierungen nutzen können, um politische Maßnahmen zu konzipieren, einzufordern und an den lokalen Kontext anzupassen.

Im vierten Kapitel dieser Arbeit wurde herausgearbeitet, dass eine robuste Frauenbewegung und zivilgesellschaftliche Frauenorganisationen in Ruanda einen bedeutenden Einfluss auf die hohe Repräsentation von Frauen in politischen Institutionen hatten. Zivilgesellschaftliche Frauenorganisationen, die sich nach dem Genozid von 1994 verstärkten, trugen in Zusammenarbeit mit der politischen Führung dazu bei, dass Frauen eine hohe Vertretung in der ruandischen Politik erreichen konnten. Diese Zusammenarbeit führte zur Verankerung von Maßnahmen zur Geschlechtergleichstellung in der ruandischen Verfassung von 2003, einschließlich einer 30-prozentigen Frauenquote für Parlamentarierinnen.

Anschließend wurde in Kapitel fünf mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse die erste Forschungsfrage untersucht, nämlich inwieweit sich die hohe Repräsentation auf die politischen Maßnahmen Ruandas auswirkt und zu einer inhaltlichen Repräsentation, also zu frauenfreundlichen Politiken, geführt hat. Die Analyse hat gezeigt, dass die ruandischen Maßnahmen einen starken Fokus auf soziale Geschlechternormen und das Patriarchat haben, ebenso wie auf die Stärkung der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen und den Kampf gegen geschlechtsbasierte Gewalt. Die policies haben sich zum Ziel gesetzt, traditionelle Geschlechterrollen zu durchbrechen, um die Förderung und Verwirklichung von Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit zu ermöglichen, und weisen einen transformativen Charakter auf. Die Gesetze und Maßnahmen, die im Forschungszeitraum von Parlamentarierinnen und Ministerinnen durchgesetzt wurden, deuten auf eine positive Wirkung auf politische Maßnahmen hin. Allerdings muss bedacht werden, dass Parlamente trotz hoher Frauenrepräsentation patriarchale Strukturen aufweisen können und in einigen Fällen

Gesetzesvorschläge zur Bekämpfung von Geschlechterungerechtigkeit auf Widerstand treffen. Daher ist die Bildung von Koalitionen von Politikerinnen von großer Bedeutung, wenn diese Maßnahmen durchsetzen wollen. Im Falle Ruandas existieren solche Koalitionen durch die umfassende *gender machinery*, die eine fest etablierte Struktur in der ruandischen Politik darstellt. Dieser Aspekt spielt eine wichtige Rolle bei der Umsetzung feministischer Maßnahmen.

Um zu ermitteln, ob die politischen Maßnahmen tatsächlich zu einer Verbesserung der Lage der Frauen in Ruanda geführt haben und ob es einen Zusammenhang zwischen der hohen Präsenz von Frauen in politischen Ämtern und einer Verbesserung sozioökonomischer Indikatoren gibt, wurde in Kapitel sechs eine deskriptive Datenanalyse durchgeführt. Dabei wurden die Daten aus Ruanda mit denen eines anderen ostafrikanischen Landes, nämlich Malawi, verglichen. Malawi weist ähnliche geografische, wirtschaftliche und politische Merkmale auf wie Ruanda, verzeichnet jedoch eine deutlich niedrigere Anzahl von Frauen in politischen Institutionen. Dieser Vergleich sollte die Plausibilität einer positiven Verbindung zwischen einem hohen parlamentarischen Frauenanteil und einer Steigerung der Geschlechtergleichstellung und -gerechtigkeit überprüfen. Die Ergebnisse zeigen, dass Ruanda in den Bereichen Gesundheitsversorgung, reproduktive Gesundheit, Bildung und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, insbesondere für Frauen, maßgebliche Verbesserungen erzielen konnte. Bezüglich wirtschaftlicher Teilhabe hat Ruanda Fortschritte bei der Armutsbekämpfung und der Reduzierung der Erwerbsarmutsquote erzielt, jedoch sind Frauen nach wie vor in Managementpositionen deutlich unterrepräsentiert. Die Verschlechterung des Gender Gaps in diesem Bereich deutet darauf hin, dass die hohe Repräsentation von Frauen in politischen Institutionen hier keine entscheidende Auswirkung hatte. Im Vergleich zu Malawi zeigt sich jedoch, dass Ruanda, als Land mit einem deutlich höheren Frauenanteil in politischen Institutionen, signifikant bessere Ergebnisse erzielt hat, was auf eine mögliche Kausalität von politischer Repräsentation nicht nur zu inhaltlicher Repräsentation, sondern auch zu soziökonomischen Outcomes hinweist.

Die Ergebnisse aus Kapitel fünf und sechs bestätigen Analysen, die zu diesem Thema durchgeführt wurden, dass durch eine hohe Anzahl an Parlamentarierinnen und Ministerinnen die Inhalte von politischen Maßnahmen beeinflusst werden. Die Kombination aus einer geschlechtersensiblen Regierungsführung und einer erstarkten Frauenbewegung schuf optimale Bedingungen für die hohe Repräsentation von Frauen und die daraus resultierenden politischen Maßnahmen und Gesetze. Durch die Zusammenarbeit der Frauenorganisationen und den

Verbänden von Parlamentarierinnen konnten in Ruanda maßgebliche Gesetze wie das GBV Law 2008 in das Parlament eingebracht werden. Allerdings liegt die Entscheidungsgewalt in Ruanda hauptsächlich bei der Exekutive, wobei Politiker*innen oft eine klare Parteilinie zur RPF und Präsident Kagame verfolgen. Trotz der Erfolge, die Ruanda in Bezug auf Geschlechtergleichstellung und sozioökonomische Entwicklungen erzielt hat, wird die ruandische Regierungsführung aufgrund ihrer autokratischen Züge, insbesondere in Bezug auf die Einschränkung oppositioneller Stimmen und ihrer politischen Dominanz, kritisiert. Die Auswirkungen dieses Politikstils auf feministische Stimmen und Politikerinnen, wird von einigen Forscher*innen in Frage gestellt. Deshalb stellt dieses Thema weitere Forschungsmöglichkeiten dar, die für weiterführende Untersuchungen von Interesse sind.

8. Literaturverzeichnis

Amundsen, Inge; Kayuni, Happy (2016): *Women in Politics in Malawi*, Bergen: Institute (CMI); Zomba: Department of Political and Administrative Studies (PAS).

Bauer, Gretchen; Burnet, Jennie E. (2013): Gender quotas, democracy, and women's representation in Africa: Some insights from democratic Botswana and autocratic Rwanda. In: *Women's Studies International Forum* 41, 103–112.

Beckwith, Karen; Cowell-Meyers, Kimberly (2007): Sheer Numbers: Critical Representation Thresholds and Women's Political Representation. In: *Perspectives on Politics* Vol. 5, No. 3, 553-565.

Bieber, Ina E. (2022): Noch immer nicht angekommen? – Strukturelle Geschlechterungleichheit im Deutschen Bundestag. In: *Politische Vierteljahresschrift* 63, 89–109.

BMZ (2023): Der Gender-Ansatz des BMZ. <https://www.bmz.de/de/themen/frauenrechte-und-gender/gender-ansatz-59366> [Abgerufen am: 01.09.2023].

Bratton, Kathleen A. (2002): The Effect of Legislative Diversity on Agenda Setting: Evidence from six legislatures. In: *American Politics Research* Vol. 30 No. 2, 115-142.

Borchardt, Andreas; Göthlich, Stephan E. (2009): Erkenntnisgewinnung durch Fallstudien. In: S. Albers et al. (eds.), *Methodik der empirischen Forschung*, Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Bortz, Jürgen; Döring, Nicola (2002): *Forschungsmethoden und Evaluation*, Heidelberg: Springer Berlin.

Burnet, Jennie E. (2019): *Women's Political Representation in Rwanda*. Anthropology Faculty Publications. 15. https://scholarworks.gsu.edu/anthro_facpub/15.

Bush, Sarah; Zetterberg, Pär (2021): Gender Quotas and International Reputation. In: *American Journal of Political Science*, Vol. 65, No. 2, 326–341.

Chaney, Paul (2012): Critical Actors vs. Critical Mass: The Substantive Representation of Women in the Scottish Parliament. In: *British Journal of Politics and International Relations*.

Chemouni, Benjamin (2023): The Politics of State Capacity in Post-genocide Rwanda. In: Sam Hickey (Hrsg.), Pockets of effectiveness and the politics of state-building and development in Africa, Oxford: University Press, 146 – 172.

Chemouni, Benjamin; Mugiranez, Assumpta (2019): Ideology and Interests in the Rwandan Patriotic Front: Singing the struggle in pre-Genocide Rwanda. In: African Affairs, 119/1, 115–140.

Clayton, Amanda; Zetterberg, Pär (2018): Quota Shocks: Electoral Gender Quotas and Government Spending Priorities Worldwide. In: The Journal of Politics, Volume 80, number 3, 916 - 932.

Dagne, Ted (2011): Rwanda: Background and Current Developments. In: CRS Report for Congress, Congressional Research Service.

Dahlerup, Drude (1988): From a small to a large Minority: Women in Scandinavian Politics. In: Scandinavian Political Studies Vol. 11 – No. 4, 275 – 298.

Dahlerup, Drude (2007): Electoral Gender Quotas: Between Equality of Opportunity and Equality of Results. In: Representation, Vol. 43, No. 2, 73 – 92.

Debusscher, Petra; Ansoms, An (2013): Gender Equality Policies in Rwanda: Public Relations or Real Transformations? In: Development and Change 44(5): 1111–1134.

Devlin, Claire; Elgie, Robert (2008): The Effect of Increased Women’s Representation in Parliament: The Case of Rwanda. In: Parliamentary Affairs Vol. 61 - No. 2, 237–254.

Duflo, Esther; Chattopadhyay, Raghavendra (2001): Women as Policy Makers: Evidence from an India-wide Randomized Policy Experiment, Cambridge: NBER Working Paper No. 8615.

Duflo, Esther; Dupas, P., and Kremer, M. (2021). The Impact of Free Secondary Education: Experimental Evidence from Ghana. *NBER Working Paper*. Retrieved from <https://www.nber.org/papers/w28937>

EIGE (2024): Gender Norms. https://eige.europa.eu/publications-resources/thesaurus/terms/1288?language_content_entity=en [Abgerufen am: 01.04.2024].

ESCWA (2020): Beijing Declaration and Platform for Action. <https://archive.unescwa.org/our-work/beijing-declaration-and-platform-action> [Abgerufen am: 10.10.2023].

Evans, David K. et. al. (2021): *Girls' Education at Scale*. CGD Working Paper 594. Washington, DC: Center for Global Development.

Gender Monitoring Office (2018): *Background*. <https://gmo.gov.rw/index.php?id=553&L=> [Abgerufen am: 24.02.2023]

Gender Monitoring Office (2018): *Laws and Policies for Gender*. <https://gmo.gov.rw/index.php?id=570> [Abgerufen am: 24.02.2023].

Gender Monitoring Office (2011): *GMO Strategic Plan 2011 – 2016*.

Golooba-Mutebi, Frederick; Habiyonizeye, Yvonne (2028): *Delivering maternal health services in Rwanda: The role of politics*. In: ESID Working Paper No. 106.

Government of Rwanda (2024): <https://www.parliament.gov.rw/about-1> [Abgerufen am: 01.03.2024].

Government of Rwanda (o. J.): *Background*. <https://gmo.gov.rw/index.php?id=553&L=2A%3D0%27A%3D0> [Abgerufen am: 02.03.2024].

Hancke, Bob (2009): *Intelligent Research Design: A Guide for Beginning Researchers in the Social Sciences*, New York: Oxford University Press Inc.

Haug, Frigga (2007): *Gender Mainstreaming: Randnotizen zu einem neuen Zauber*, in: Krondorfer, Birge (Hrsg.): *Gender im Mainstream? Kritische Perspektiven*. Ein Lesebuch, Wien, 12 - 14.

Htun, Mala; Weldon, S. Laurel (2010): *When Do Governments Promote Women's Rights? A Framework for the Comparative Analysis of Sex Equality Policy*. *Perspectives on Politics*, 207-216.

Hughes, Melanie M.; Tripp Aili, Mari (2015): *Civil War and Trajectories of Change in Women's Political Representation in Africa, 1985–2010*. In: *Social Forces* 93(4), 1513–1540.

Hunt, Swanee (2014): *The rise of Rwanda's women: Rebuilding and reuniting a nation*. In: *Council on Foreign Relations*, Vol. 93, 150–156.

Houser, Veronica (2018): Adrien aspires to achieve: How tuition-free secondary education opens doors for young people in Rwanda. <https://www.unicef.org/rwanda/stories/adrien-aspires-achieve> [Abgerufen am: 15.10.2023].

IPU Parline (2023): Rwanda Chamber of Deputies. <https://data.ipu.org/parliament/RW/RW-LC01/> [Abgerufen am: 02.02.2023].

IPU Women in Politics (2024): Malawi National Assembly. <https://data.ipu.org/parliament/MW/MW-LC01/> [Abgerufen am: 15.03.2024]

IPU-Report (2019): Women in parliament in 2018: The year in review. Geneva: IPU.

Kabeer, Naila (2021): Gender equality, inclusive growth, and labour markets, In: Grantham, Kate et. al (Hrsg.), Women's economic empowerment: Insights from Africa and South Asia, New York, 13-48.

Kabubo-Mariara, Jane et. al. (2021): The School-to-Work transition for young females in Sub-Saharan Africa, In: 233-249.

King, Angela (2002): Gender Mainstreaming: an Overview, New York: United Nations.

Krook, Mona Lena (2008): Quota Laws for Women in Politics: Implications for Feminist Practice, Social Politics: International Studies in Gender, State & Society, Volume 15, Issue 3, 345–368.

Lartigue, Laura; Miller-Grandvaux, Yolande (2018): Gender and Inclusive Education: Lessons from Rwanda. <https://www.edu-links.org/learning/good-practice-inclusive-education-lessons-rwanda> [Abgerufen am: 15.10.23].

Lorentzen, Jenny (2018): Norm appropriation through policy production: Rwanda's gender policies, Third World Thematics: A TWQ Journal, 2:5, 658-674.

Mageza-Barthel, Rirhandu (2016): Mobilizing Transnational Gender Politics in Post-Genocide Rwanda, New York: Routledge.

Mayring, Philipp (2000): Qualitative Content Analysis. In: Forum Qualitative Social Research, Berlin Vol. 1, Iss. 2.

Mayring, Philipp (2010): *Qualitative Inhaltsanalyse, Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz Verlagsgruppe.

Mellish, M.; S. Settergren (2015): *Gender-based Violence in Malawi: A Literature Review to Inform the National Response*. Washington, DC: Futures Group, Health Policy Project.

Naleli, Morojele (2016): *Women Political Leaders in Rwanda and South Africa*. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich.

National Womens Council (2023). Overview. <https://www.cnf.gov.rw/about-us/overview> [Abgerufen am : 02.02.2023].

Notz, Gisela (2007): *Gender Mainstreaming*, in: *Gender im Mainstream? Kritische Perspektiven*. Ein Lesebuch. Hg. Birge Krondorfer, Wien 2007.

Nord, Antonie Katharina (2012): *Mehr Geschlechtergerechtigkeit? Zur Frauenquote in Afrika*. In: *GIGA Focus Afrika* Nummer 5, 1-7.

Owusu-Gyamfi, Mavis (2023): *Equal power, faster progress: A recipe for Africa's transformation*. <https://www.brookings.edu/articles/equal-power-faster-progress-a-recipe-for-africas-transformation/> [Abgerufen am: 03.03.2024].

Phillips, Anne (1995): *The Politics of Presence*. Oxford: Clarendon Press.

Purkarthofer, Petra (2004): *Geschlechterverhältnisse zwischen Krieg und Frieden: Post-Conflict Settings und die Peacebuilding-Arbeit der Vereinten Nationen*, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, vol. XX, No. 2-2004, 6-31.

Pearson, Elizabeth; Powley, Elizabeth (2008): *Demonstrating Legislative Leadership: The Introduction of Rwanda's Gender-Based Violence Bill*, The Initiative for Inclusive Security: Hunt Alternatives Fund.

Republic of Rwanda Ministry of Finance and Economic Planning (2000): *Rwanda Vision 2020*.

Republic of Rwanda Ministry of Gender and Family Promotion (2010): *National Gender Policy*.

Republic of Rwanda (2011): *National Strategic Plan for Fighting Against Gender-based Violence 2011-2016*.

Republic of Rwanda (2011): National Policy Against Gender-based Violence.

Rohrweder, Brigitte et. al. (2017): You Cannot Live Without Money: Balancing Women's Unpaid Care Work and Paid Work in Rwanda. In: IDS Working Paper 498.

Reyntjens, Filip (2016): (Re-)imagining a reluctant post-genocide society: the Rwandan Patriotic Front's ideology and practice. In: Journal of Genocide Research, 18:1, 61-81.

Sinema, Kyrsten (2015): Who must die in Rwanda's genocide? The state of exception realized. Lanham, Maryland: Lexington Books.

Statistisches Bundesamt (2024): Female parliamentary representation: Global ranking of the Inter-Parliamentary Union (IPU) 2024. https://www.destatis.de/EN/Themes/Countries-Regions/International-Statistics/Data-Topic/GeneralRegionalStatistics/women_share_in_parliaments.html [Abgerufen am: 10.05.2024].

Stotsky, Janet G. et. Al. (2016): Sub-Saharan Africa: A Survey of Gender Budgeting Efforts. In: IMF Working Paper WP/16/152

Toledo, Yanet Martínez et. al. (2023): A Feminist Critique of Gender Mainstreaming in Journalism and Communication Education. In: The Handbook of Gender, Communication, and Women's Human Rights, First Edition, 348 -360.

Turianskyi, Yarik & Chisiza, Matebe (2017): Lessons from Rwanda: Female Political Representation and Women's Rights. In: SAIIA Occasional Paper 253.

UNDP (2023): Breaking down gender biases: Shifting social norms towards gender equality, New York: United Nations Development Programme.

UNDP (2020): Rwanda National Human Development Report 2018: Policy Innovations and Human Development: Rwanda's home grown solutions. New York.

UN Women (o. J.): Gender Mainstreaming. <https://www.un.org/womenwatch/osagi/gendermainstreaming.htm#:~:text=Mainstreaming%20involves%20ensuring%20that%20gender,monitoring%20of%20programmes%20and%20projects> [Abgerufen am: 10.10.2023].

UNFPA (2005): State of world population 2005: The Promise of Equality, Gender Equity, Reproductive Health and the Millennium Development Goals. United Nations Population Fund, New York.

UNICEF (2019): More women and children survive today than ever before – UN report. <https://www.unicef.org/press-releases/more-women-and-children-survive-today-ever-un-report> [Abgerufen am: 10.11.2023].

UNRIC (2023): Hochwertige Bildung. <https://unric.org/de/17ziele/sdg-4/> [Abgerufen am: 10.11.2023].

Verloo, Mieke (2005): Displacement and Empowerment: Reflections on the concept and practice of the council of Europe approach to Gender Mainstreaming and Gender Equality. In: Social Politics: International Studies in Gender, State & Society, Volume 12, Issue 3, Fall, 344-365.

World Economic Forum (2014): The Global Gender Gap Report 2014, Geneva: World Economic Forum.

World Bank Gender Data Portal: Violence. <https://genderdata.worldbank.org/en/economies/rwanda> [Abgerufen am: 15.11.2023].